

# Das Parlament

Berlin, Montag 5. Dezember 2011

www.das-parlament.de

61. Jahrgang | Nr. 49/50 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Geglückte Minister-Probe

**Daniel Bahr** Es war sein erstes wichtiges Reformvorhaben als Gesundheitsminister: Mit viel Verve verteidigte der Liberale im Bundestag am



Donnerstag das neue Gesetz zur besseren Gesundheitsversorgung („Landärztegesetz“) und sparte nicht mit bissigen Attacken gegen die Opposition. Das harte Thema Gesundheit pflasterte bisher den Karriereweg des 35-jährigen. Seit 2005 Gesundheitsexperte der FDP-Bundestagsfraktion, wurde er 2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Gesundheitsministerium; seit Mai führt er selbst das Ressort. Die kriselnde FDP setzt auch auf Bahr: Neben Generalsekretär Lindner und Parteichef Rösler komplettiert der Vorsitzende des NRW-Landesverbandes das neue Bild dominierender Jungpolitiker. 2012 folgt eine noch größere Bewährungsprobe für Bahr: die Reform der Pflegeversicherung. *krw*

## ZAHLE DER WOCHE

3.500

Haus- und Fachärzte fehlen derzeit nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) deutschlandweit. Am schlimmsten ist die Lage laut KBV in Sachsen-Anhalt, wo es allein 250 Hausärzte zu wenig gibt. Auch im Westen fehlen Mediziner, so in Westfalen-Lippe 100. Laut Prognosen scheiden bis 2020 rund 72.000 Haus- und Fachärzte sowie Ober- und Chefarzte an Kliniken aus.

## ZITAT DER WOCHE

»Lobbyismus ist Ihnen wichtiger als Wettbewerb.«

**Karl Lauterbach**, SPD-Gesundheitsexperte, am vergangenen Donnerstag in der Debatte zur ärztlichen Versorgung im Bundestag an die Adresse der FDP

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

**Rechtsextremismus** Debatte über Gewalt und politische Bildung **Seite 4**

### INNENPOLITIK

**Behinderte** Wie die UN-Konvention umgesetzt werden kann **Seite 6**

### WIRTSCHAFT & FINANZEN

**Stuttgart 21** Aktuelle Stunde zum Standort Deutschland **Seite 7**

### EUROPA UND DIE WELT

**Menschenrechte** Bericht der Bundesregierung und der EU **Seite 10**

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004 50

# Warten, bis der Arzt kommt

**GESUNDHEIT** Die Koalition will Mediziner mit mehr Geld aufs Land locken. Der Opposition reicht das nicht

Jeder Bürger soll auch künftig eine Arztpraxis in der Nähe seines Zuhauses finden. Dieses Versprechen will die schwarz-gelbe Koalition mit dem so genannten Landärztegesetz einlösen. Der Bundestag verabschiedete am vergangenen Donnerstag den im Gesundheitsausschuss erheblich veränderten Regierungsentwurf zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) (17/6906, 17/7224, 17/8005) mit den Stimmen der CDU/CSU- und FDP-Fraktion. Unter anderem sollen junge Mediziner mit finanziellen Anreizen angeregt werden, sich auf dem Land und in anderen strukturschwachen Regionen neu niederzulassen oder Praxen zu übernehmen. Hintergrund ist, dass vor allem in Ostdeutschland schon heute vielfach Nachfolger in Landarztpraxen fehlen. Das Problem wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren verschärfen, da immer mehr Ärzte in den Ruhestand gehen, zu wenige junge Mediziner von den Universitäten nachrücken und sich lieber in größeren Städten niederlassen. Die Oppositionsfaktionen kritisierten das Maßnahmenbündel im Plenum als unzureichend und lehnten die Vorlage geschlossen ab.

**Ohne Zwang** „Wir tun etwas gegen den drohenden Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum, und zwar über Anreize und nicht mit Zwang, nicht mit Planwirtschaft und nicht mit Bürokratie“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Heinz Lanfermann, zum Auftakt der Debatte. Der Gesundheitsexperte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Harald Terpe, hielt dagegen. Der Regierungskoalition gehe es bloß um „die Bedienung der Partikularinteressen der Ärzteschaft“. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, ätzte mit Blick auf die vorgesehenen Honorarverbesserungen, das „Gesetz müsste korrekterweise Ärzteversorgungsgesetz heißen“. Die Koalition habe „vor den Lobbyisten der kassenärztlichen Vereinigungen Angst gehabt“ und gehe gegen die ärztliche Überversorgung vor allem in Großstädten nicht konsequent vor. „Sie hätten dafür sorgen müssen, dass in den überversorgten Gebieten die frei werdenden Praxen aufgekauft werden“, betonte Lauterbach. Einen Entschließungsantrag (17/8010) seiner Fraktion mit diesem Inhalt lehnte der Bundestag jedoch mit schwarz-gelber Stimmenmehrheit ab.

**»Robin-Hood-Gehabe«** Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) warf der Opposition „modernes Robin-Hood-Gehabe“ vor. „Sie sagen, Überversorgung werde abgebaut, wenn man jene Ärztinnen und

## Was Versicherte jetzt wissen müssen

**ÜBERBLICK** Im Versorgungsstrukturgesetz steckt mehr als Maßnahmen gegen Ärztemangel auf dem Land

Im Mittelpunkt des vom Bundestag verabschiedeten Versorgungsstrukturgesetzes steht zwar die Sicherung einer medizinischen Grundversorgung für alle. Darin stecken jedoch auch zahlreiche Regelungen mit direkten Auswirkungen für die Versicherten. Eine Übersicht:

**Elektronische Gesundheitskarte** Die Koalition macht bei der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte Druck. Nur die Krankenkassen, die die Karte bis Ende des Jahres 2012 an mindestens 70 Prozent ihrer Versicherten ausgegeben haben, dürfen im Jahr 2013 ihre Verwaltungskosten im Vergleich zum Vorjahr erhöhen. Die elektronische Gesundheitskarte soll die bisherige Krankenversicherungskarte ersetzen. Auf ihnen sind zunächst nur die Stammdaten der Versicherten festgehalten, also etwa Anschrift und Geschlecht. Später sollen, das Einverständnis des Versicherten vorausgesetzt, die Karten auch als elektronische Patientenakte fungieren, die von jedem behandelnden Arzt eingesehen werden kann.

**Familienversicherung** Zeiten des freiwilligen Wehrdienstes oder eines Engagements nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz



In einigen ländlichen Gebieten vor allem Ostdeutschlands finden Hausärzte schon heute keinen Praxisnachfolger. Die Koalition will mit einem Maßnahmenbündel Abhilfe schaffen.

Ärzte bestraft, die sich vor zehn oder 20 Jahren entschieden haben, in einem Ballungsraum eine Arztpraxis mit viel Geld aufzubauen“, kritisierte Bahr. Die Opposition stelle die „Interessen derjenigen, die im Gesundheitswesen tätig sind“, gegen die Interessen der Patienten. „Hören Sie endlich damit auf zu glauben, dass der Patient besonders gut bedient ist, wenn der Arzt demotiviert ist“, rief der Minister der Opposition zu. Er fügte hinzu: „Mit Zwang werden Sie keine jungen Mediziner motivieren, sich auf dem Land niederzulassen.“

**»Das Beste an dem Gesetz ist, dass es keinen dauerhaften Schaden verursacht.«**

Martina Bunge (Die Linke)

Dieses Argument griff die gesundheitspolitische Sprecherin der Linken, Martina Bunge, auf. Das Gesetz bringe „Mehrkosten in noch unkalkulierbarer Höhe mit sich“. Da die Koalition mit Einführung von Zusatzbeiträgen alle Ausgabensteigerungen allein den gesetzlich Versicherten aufgebürdet habe, ließen „sich leicht Regelungen für Honorarzuwächse bei Ärzten machen“, empfand sich Bunge.

Die Koalition rechnet infolge des Gesetzes mit Mehrkosten für die GKV in Höhe von rund 200 Millionen Euro für die Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem Land. Für das Jahr 2013 entstehen „durch die Neujustierung der Honorarstrukturen“ bei den Vertragszahnärzten weitere Mehrausgaben von bis zu 120 Millionen Euro, wie aus einem Bericht des Haushaltsausschusses (17/8006) hervorgeht.

Bunge bemängelte, das Gesetz sei „alles andere als ein großer Wurf“. Die Versorgung

werde „nicht besser“ und „nicht zukunftssicherer“. Sie fügte hinzu: „Das Beste an dem Gesetz ist, dass es keinen dauerhaften Schaden verursacht.“ Nach 2013 gebe es die „Chance auf Änderung“. Das sieht auch SPD-Vizefraktionschefin Elke Ferner so. Nach der Bundestagswahl würden die Sozialdemokraten ein Versorgungsgesetz vorlegen, „das diesen Namen auch wirklich verdient und das die Probleme, die wir haben, auch wirklich angeht“, sagte Ferner.

**Appell an Länder** Der Bundestag lehnte die Anträge der Linken (17/3215, 17/7460) und der Grünen (17/7190) ab. Dagegen nahm das Parlament einen Entschließungsantrag der Koalition (17/8009) mehrheitlich an. In diesem werden die Länder unter anderem aufgefordert, mehr Lehrstühle für Allgemeinmedizin zu schaffen. „Jede Behebung des Ärztemangels fängt mit mehr Studienplätzen an“, sagte Lanfermann. *Monika Pilath*

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 2 und 3 und in der Debattendokumentation

## EDITORIAL

### Sozialarbeit mit Arztkoffer

VON JÖRG BIALLAS

Was bleibt, ist die Einsamkeit. Besonders auf dem Land, besonders für ältere Menschen. Längst ist es auch dort nicht mehr selbstverständlich, dass sich die Kinder um die Altvordern kümmern. Schon deshalb, weil die Nachgeborenen in die Städte gezogen sind, der Arbeit hinterher. Den Alten bleibt nur, sich allein in einer Welt zu rechtzufinden, die immer trostloser wird. Kein Supermarkt mehr im Ort. Die Postfiliale längst geschlossen. Der Dorfgasthof pleite. Das kirchliche Gemeindezentrum oder die Senioren-Begleitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen.

Dann macht auch noch der Landarzt seine Praxis dicht. Für viele geht damit die letzte Vertrauensperson, der letzte Gesprächspartner. Vielleicht wiegt dieses Problem sogar schwerer als das medizinische Risiko, das eintritt, wenn sich eine flächendeckende ärztliche Versorgung zunehmend auflöst.

Gut also, dass sich der Gesetzgeber dieses Problems annimmt. Viele sagen, das geschehe spät. Andere sogar: zu spät. Wie so oft ist das eine Frage der Perspektive. Fest steht: Es ist hohe Zeit, per Gesetz Anreize zu schaffen, die Mediziner das berufliche Landleben schmackhaft machen. Zu wünschen ist, dass die Effektivität der neuen Maßnahmen die verbreitete vorhandene Skepsis Lügen straft.

Gerade weil die demographische Entwicklung auf dem Land den Altersschnitt der Bevölkerung so unbarmerzig nach oben treibt, macht den ärztlichen Dienst dort weit mehr aus als das Messen des Blutdrucks oder das Verschreiben von Medikamenten. Ärzte sind dazu da, gesundheitliche Sicherheit zu vermitteln und ein offenes Ohr für die Nöte ihrer Patienten zu haben. Gute medizinische Versorgung ist deshalb auch immer gute Sozialarbeit.

Natürlich nicht ausschließlich für Senioren. Ein Arzt vor Ort ist ein Infrastrukturfaktor, der ebenso für junge Familien mit Kindern erheblich ist und das Leben außerhalb der Ballungsräume attraktiver macht. Im besten Fall kann ein effektives Landarzt-Modell also helfen, die wachsende Entvölkerung und die damit fast überall einhergehende Überalterung wenigstens zu verzögern. Damit ist der Landarzt ein wichtiger Baustein zur Zukunftssicherung in ländlichen Regionen. Und weit mehr als nur ein Mittel gegen die Einsamkeit der alten Menschen. *mpi*

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Krankenkasse**

Wenn Du krank bist, gehst Du zum Arzt. Der behandelt Dich, damit Du wieder gesund wirst, zum Beispiel mit Medizin oder einer Operation. Die Behandlung und die Medizin kosten Geld, manchmal sogar richtig viel Geld. Damit Deine Eltern das nicht selbst bezahlen müssen, seid Ihr bei einer Krankenkasse versichert. Deine Eltern geben der Kasse jeden Monat Geld. Wer viel verdient, muss viel bezahlen. Wer wenig verdient, muss wenig bezahlen. Jeder bekommt die Medizin, die er braucht. Egal, wie teuer das ist und egal, wieviel Geld er der Kasse gegeben hat. Die Krankenkasse gibt das Geld dann nach der Behandlung eines Kranken an den Arzt weiter.

**Kostenunterrichtung** Auf Antrag der Versicherten sollen die gesetzlichen Krankenkassen diese „über die in einem Zeitraum von

GASTKOMMENTARE

BESSERT DAS ÄRZTEGESETZ DIE VERSORGUNG?

Hilfreiches Paket

PRO



Stefan von Borstel, »Die Welt«

Für sein „Landärztegesetz“ muss Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) eine Menge Kritik einstecken. Ein teures „Arztbeglückungsgesetz“ sei das, was der FDP-Politiker da vorgelegt hat, höhnt die Opposition und wittert Klientelpolitik. Doch selbst die Ärzteschaft, die doch laut Opposition eigentlich beglückt sein sollte, mosert an dem Gesetz herum: Stückwerk sei das, mutloser Aktionismus ohne Konzeption. Bei näherer Betrachtung erweist sich das Versorgungsstrukturgesetz, das der Bundestag am Donnerstag verabschiedet hat, dann doch besser als sein Ruf. Erstmals nimmt sich die Politik des Themas Ärztemangel an. Das ist neu. Bislang hieß es immer, in Deutschland gebe es genug Ärzte, sie seien nur schlecht zwischen Stadt und Land verteilt. Auch jetzt fordert die Opposition immer noch, mit der Unterversorgung auf dem Lande die „Übersversorgung“ in der Stadt abzubauen. Doch mit dieser Art der Ärztelandverschickung wird man nicht weit kommen. Statt für die Uckermark oder die Oberpfalz werden sich junge Mediziner dann lieber gleich für die Arbeit im Ausland, in der Schweiz oder in Skandinavien entscheiden, wo sie mehr verdienen und die Arbeitsbedingungen besser sind. Mit einer ganzen Reihe von Einzelmaßnahmen – angefangen von finanziellen Anreizen, einer engeren Zusammenarbeit von Ärzten und Kliniken bis hin zur Aufhebung der Residenzpflicht (ein Arzt muss da wohnen, wo er praktiziert) – versucht Bahr nun, junge Mediziner aufs Land zu locken. Noch ist der Ärztemangel erst in einigen Regionen spürbar. Doch der demografische Wandel schreitet mit Macht voran. Das „Landärztegesetz“ wird dazu beitragen, die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der Menschen auch in Zukunft zu sichern.

Chance vertan

CONTRA



Heike Haarhoff, »die tageszeitung«

Immerhin das Problem hat Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) erkannt: Es gibt in Deutschland erhebliche regionale Unterschiede in der ärztlichen Versorgung. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern ein Arbeitsauftrag für jeden Politiker, der die grundgesetzlich garantierten gleichwertigen Lebensverhältnisse ein bisschen ernst nimmt. Das neue Versorgungsstrukturgesetz setzt jedoch die falschen Anreize. Denn warum weigern sich Ärzte, sich auf dem Land niederzulassen? Weil ihre akademischen Ehepartner hier keine qualifizierten Jobs finden und ihre Kinder nicht die Schule, die den Eltern vorschwebt. Schon gut: Auf diese Faktoren hat ein Minister kaum Einfluss. Dem gewichtigsten Grund für die Weigerung vieler Mediziner aber hätte die Koalition etwas entgegenzusetzen können: der ungerechten Honorierung ärztlicher Leistungen, die sich in Deutschland nicht nach der Intensität der Behandlung, sondern einzig nach dem Versichertenstatus des Patienten richtet. Diese Chance wurde vertan. Die Grenze zwischen attraktiver und unattraktiver Gegend verläuft nicht zwischen Stadt und Land, sondern zwischen privat und gesetzlich Versicherten. Der Starnberger See, eine der bestversorgten Regionen der Republik, ist der beste Beweis dafür, dass ländliche Gebiete mit hohem Rentenanteil und entsprechendem Krankenstand durchaus Ärzte anlocken, wenn nur der Anteil von Privatversicherten stimmt und damit die Einnahmenseite. Eine veritable Reform würde auf die Abschaffung dieser Zweiklassenmedizin zielen. Das wäre ein wirklicher Anreiz für Ärzte, Patienten entsprechend ihrer Bedürftigkeit zu behandeln und nicht nach ihrem Geldbeutel. Die flächendeckende Verteilung ergäbe sich, jede Wette, von selbst.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3 Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Der Landarzt soll nicht nur in einer idyllischen Vorabendserie im Fernsehen für die Menschen da sein. Das hat Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr als Leitlinie für das vom Bundestag beschlossene Versorgungsstrukturgesetz genannt. Herr Spahn, wie will die Koalition die ärztliche Versorgung auf dem Land verbessern? Schon heute müssen Menschen auf dem Land weite Strecken bis zum nächsten Arzt zurücklegen. Aber auch in den Städten gibt es erhebliche Unterschiede. So haben Sie etwa in Berlin-Neukölln große Schwierigkeiten, einen Kinderarzt zu finden, wohingegen in Charlottenburg viel mehr Kinderärzte als benötigt vorhanden sind. Diese Ungleichverteilung fällt statistisch bisher nicht auf, weil große Städte und Landkreise bisher meistens einen Planungsbezirk bilden. Das wird sich ändern. Wir sorgen dafür, dass die Bedarfsplanung kleinteiliger, zielgenauer und damit an den Bedürfnissen der Versicherten orientiert wird. Dazu zählt auch, dass künftig die demografische Entwicklung berücksichtigt wird.

Schon heute müssen insbesondere in einigen ländlichen Gebieten Hausarztpraxen schließen, weil kein Nachfolger zu finden ist. Wie wollen Sie das ändern? In Gebieten, in denen die gesundheitliche Versorgung nicht ausreicht, können Ärzte künftig mehr Geld verdienen. Außerdem verbessern wir die Arbeitsbedingungen. So fällt die Residenzpflicht weg. Ein Hausarzt kann künftig etwa am Stadtrand wohnen und auf dem Land seine Praxis haben. Ein Landarzt wird künftig auch nicht jedes Wochenende Bereitschaftsdienst haben. Das ist vor allem für Ärzte mit Familien ein wesentlicher Punkt.

Rechnen Sie damit, dass sich junge Mediziner künftig in ausreichender Zahl als Landarzt niederlassen?

Nach wie vor gibt es eine große Begeisterung für den Arztberuf. Das sieht man schon daran, dass es deutlich mehr Studienplatzbewerber als Medizinstudienplätze gibt. Es mangelt aber möglicherweise daran, während des Studiums Erfahrungen in Landarztpraxen zu sammeln. Das wollen wir ändern. Wir überarbeiten dazu gerade die Approbationsordnung für Ärzte. Grundsätzlich gestärkt werden soll auch die allgemeinmedizinische Ausbildung.

Was müssen die Länder ergänzend zum Versorgungsstrukturgesetz unternehmen, um mehr Ärzte aufs Land zu locken?

Die Länder müssen bei der Studienplatzvergabe neben der Abiturnote weitere Kriterien berücksichtigen, also beispielsweise praktische Erfahrungen als Krankenpfleger oder Rettungsassistenten. Außerdem muss überprüft werden, ob die Zahl der Medizinstudienplätze insgesamt, insbesondere aber mit der Fachrichtung Allgemeinmedizin, erhöht werden kann.

Die Opposition kritisiert, dass Sie zu wenig gegen die Übersversorgung vor allem in einigen Großstädten macht. Sind Sie vor der Ärztelobby eingeknickt?

Nein. Wir tun ja was gegen Übersversorgung. Wenn wir eine neue Bedarfsplanung haben, wissen wir genauer, wo tatsächlich eine Übersversorgung besteht. Dort werden die kassenärztlichen Vereinigungen künftig Arztsitze aufkaufen können, wenn ein Mediziner seine Praxis wegen Alter, Krankheit oder sonstiger Gründe aufgibt. Diese Praxen verschwinden dann vom Markt und Übersversorgung verfestigt sich nicht. Das ist für viele Ärzte erst einmal eine Zumutung.

Anders als zunächst geplant wird es für die kassenärztlichen Vereinigungen aber kein Vorkaufsrecht für frei werdende Arztsitze geben.

Das hätte in der Praxis zu großen organisatorischen und juristischen Problemen ge-



»Es geht um die Balance«

JENS SPAHN Der Unions-Gesundheitsexperte über den Aufkauf von Arztpraxen, lange Wartezeiten und das Ziel, Patienten glücklich zu machen

führt. Die jetzt gefundene Lösung setzt früher an: Will ein Arzt seine Praxis aufgeben, muss er dies dem jeweiligen regionalen Zulassungsausschuss mitteilen, in dem die gesetzlichen Krankenkassen und die kassenärztliche Vereinigung sitzen. Der Ausschuss kann dann entscheiden, ob der Arztsitz neu besetzt oder aufgekauft wird.

Warum führen Sie keine Pflicht zum Aufkauf frei werdender Arztsitze ein?

Es geht um die richtige Balance. Ein Beispiel: Ein Gebiet gilt als mit Internisten übersversorgt. Zu den Internisten zählt aber auch der einzige Rheumatologe weit und breit. Gibt der seinen Arztsitz auf, sollte dieser im Sinne der Patienten nachbesetzt werden. Bei einer Aufkaufpflicht gäbe es diese Flexibilität nicht.

Das jetzt vom Bundestag verabschiedete Gesetz sieht eine spezialfachärztliche

Versorgung für Menschen mit seltenen Erkrankungen vor. Was ist geplant?

Es geht darum, dass Patienten, die eine besonders komplexe Erkrankung haben, also etwa eine Krebserkrankung oder eine rheumatologische Erkrankung mit schwerem Verlauf, die bestmögliche Versorgung erhalten. Neu ist im Kern, dass künftig egal ist, ob diese Behandlung von einem Krankenhaus oder einer Facharztpraxis ambulant durchgeführt und angemessen honoriert wird. Entscheidend wird sein, dass die hohen Qualitätsanforderungen erfüllt sind.

Die Koalitionsfraktionen haben diesen neuen Versorgungsbereich im parlamentarischen Verfahren geändert. Was genau?

Ambulante Operationen werden nicht Bestandteil der spezialfachärztlichen Versorgung. Wir reagieren damit auf Bedenken der Länder, die eine ungesteuerte Mengen- und Kostenausweitung befürchten haben.

Ist damit die Oppositionskritik hinlänglich, das Gesetz trage in erster Linie zur Arztbeglückung bei?

Es geht darum, die Patienten glücklich zu machen. Und ein Punkt sind Anreize für Ärzte, die Versorgung weiter zu verbessern. Das vorhandene Geld muss besser und zielgenauer als bisher eingesetzt werden. Erstmals seit Jahren beschäftigen wir uns im Gesundheitsbereich nicht mit Kostendämpfungen, sondern mit der Frage, wie sich der Alltag von Patienten verbessern lässt. Ich finde, wir haben gute Antworten gefunden.

Welche Mehrkosten ergeben sich dem aus dem Gesetz?

Ganz genau lässt sich das im Vorhinein nicht beziffern, wir rechnen aber mit Mehrkosten im unteren dreistelligen Millionenbereich.

Müssen sich die Versicherten deshalb auf höhere Zusatzbeiträge einstellen?

Zusatzbeiträge wird es wegen des Versorgungsstrukturgesetzes in größerem Umfang nicht geben.

Viele gesetzlich Versicherte ärgern sich über lange Wartezeiten auf einen Facharzttermin. Was tun Sie dagegen?

Zunächst einmal müssen wir festhalten, dass die Wartezeiten im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich sind. Dennoch gibt es natürlich auch in Deutschland zum Teil zu lange Wartezeiten. Das Problem lässt sich nicht mit dem Hammer lösen, denn es hat vielschichtige Ursachen. Das eine sind die Honorare, das andere wir ran. Es darf für einen Arzt eben nicht attraktiv sein, besonders viele leichte Fälle besonders oft einzubestellen, sondern es muss sich lohnen, die schweren Fälle zu behandeln. Dann muss sich die Vernetzung zwischen den behandelnden Ärzten verbessern. Wir geben den Kassen und Ärzten jetzt auf, sich auf zeitliche Fristen zu einigen und gegebenenfalls Sanktionen einzubauen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Deutschen sehr viel zum Arzt gehen, im Schnitt 18 Mal im Jahr. Auch darüber wird man reden müssen.

Was meinen Sie damit?

Im Koalitionsvertrag steht noch immer die Bearbeitung der Praxisgebühr. Bislang erfüllt diese die vorgesehene Steuerungsfunktion offenkundig nicht ausreichend, nämlich ein Nachdenken darüber zu befördern, ob ein Arztbesuch wirklich notwendig ist. Ich bin dafür, dass wir uns das Thema Praxisgebühr noch in dieser Legislaturperiode vornehmen.

Das Interview führte Monika Pilath.

Jens Spahn (CDU) ist gesundheitspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion. Der 31-jährige ist direkt gewählter Abgeordneter aus dem Münsterland.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Pragmatiker mit Sozialmotor: Edgar Franke

Wenn Edgar Franke in seinem Büro im Jakob-Kaiser-Haus Besuch empfängt, schaut ihn ein großer alter Mann Hessens gütig durch eine schwarze Hornbrille an. Ein bisschen angegibt ist es zwar schon, das Bild des langjährigen hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn (SPD), das an der Wand gleich neben der Tür hängt. Aber Tradition verpflichtet. „Mein Vorgänger als SPD-Abgeordneter des nordhessischen Schwalm-Eder-Kreises, Gerd Höfer, hat mir das Bild vermacht, und der hat es von seinem Vorgänger“, erzählt Franke ein wenig atemlos, als er sein Büro im Eilschritt betritt. Schon sein Vater August Franke, der für die SPD im hessischen Landtag saß, kannte Zinn persönlich. „Vater war 25 Jahre lang Landrat im Schwalm-Eder-Kreis, das prägt“, sagt der 51-Jährige. Tradition verpflichtet, aber diese Woche ist keine Zeit, um in Erinnerungen zu schwelgen. Auf der Tagesordnung des Bundestages steht mit dem Versorgungsstrukturgesetz eines der umfangreichsten gesundheitspolitischen Reformgesetze der laufenden Legislaturperiode. Als promovierter Jurist und Sozialrechtskenner ist Franke bei seinen Fraktionskollegen dieser Tage daher ein besonders gefragter Mann. „Edgar, wie ist denn das?“ – diese Frage höre er gerade oft, erzählt Franke schmunzelnd. An diesem Mittwoch ist für ihn mal wieder Joggen angesagt. Nicht wie sonst „regelmäßig an der Spree entlang“, sondern vom Rechtsausschuss in den Gesundheitsausschuss und zurück, die parallel tagen. Der passionierte Skifahrer gehört beiden Aus-

schüssen an. Auch wenn diese Doppelarbeit ganz schön stressig sei, an der „Schnittstelle von Verfassungsrecht, öffentlichem Recht und Sozialrecht“ fühle er sich „pudelnwohl“ und könne seine fachlichen Kompetenzen gezielt einsetzen, sagt Franke. Berufliche Erfahrungen hat er mit einer Juristin verheiratete Vater zweier Töchter im Alter von elf und 15 Jahren reichlich gesammelt. In der SPD-Fraktion gehört Franke mit zwei Jahren Par-



»In der Politik geht es eben nicht nur um das gut Gemeinte, sondern um das gut Gemachte.«

lamentszugehörigkeit zwar zu „den Neuen“. Als Sozialrechtler aber ist er ein alter Hase. Nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt arbeitete er in den 1990er Jahren zunächst beim Dachverband der Berufsgenossenschaften, war dann Rektor und Professor an der Hochschule der gesetzlichen Unfallversicherung Bad Hersfeld. Unter anderem als Herausgeber eines Standardkommentars zum Siebten Sozialgesetzbuch hat er sich wissenschaftlich einen Namen gemacht. Ins Schwärmen kommt Franke, wenn er von seiner zehnjährigen Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Gudensberg erzählt, die 2009 mit dem Wechsel nach Berlin endete.

„Wenn Du als Bürgermeister eine Entscheidung triffst, merkst Du die Auswirkungen sofort. Du musst Dich immer gleich vor den Leuten verantworten. Das erdet“, sagt Franke. Diese Erdung vermisst er bei einigen Abgeordneten. „Ich rieche förmlich, ob jemand Berufserfahrung hat oder nicht.“ Ihm seien Kollegen suspekt, „die nach 15 Semestern Politikwissenschaft und fünf Rhetorik-Kursen gleich in den Bundestag einziehen und meinen, den Menschen die Welt erklären zu können“, sagt Franke. In der Politik gehe es „eben nicht nur um das gut Gemeinte, sondern um das gut Gemachte“. Sein Antrieb sei es, „wirtschaftliche Vernunft und sozialen Ausgleich“ zusammenzubringen. Folgerichtig landete er im Bundestag bei den Seeheimern, dem Club der pragmatischen SPD-Abgeordneten. Inzwischen ist er in den Sprecherkreis der Seeheimer aufgestiegen. Demnächst zieht Franke um, in den siebten Stock des Paul-Löbe-Hauses, „die Etage, in der auch SPD-Chef Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles ihre Büros haben“. Vielleicht fällt sein Blick dann etwas seltener auf Georg August Zinn, dessen Bild „natürlich wieder einen Platz bekommen wird“. Denn die Fenster im neuen Arbeitsdomizil erlauben einen weiten Blick über die Stadt. „Abheben aber ist nicht“, sagt Franke. Darin ist der „überzeugte Nordhesse“, wie sich Franke selbst bezeichnet, dem früheren Ministerpräsidenten durchaus ähnlich. Denn der galt – typisch nordhessisch – auch als zupackend und bodenständig. Damit könne er sich gut identifizieren, sagt Franke und eilt zum nächsten Termin.

Monika Pilath

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi) Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd Michael Klein (mik) Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Monika Pilath (mpi) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters Redaktionsschluss 02. Dezember 2011

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantw.) Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-42 53 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf Frankfurter Societäts-Medien GmbH Katrin Kortmann Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-43 75 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH Andrea Schröder Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-41 33 Telefax (0 69) 75 01-41 34 E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweise erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Schon heute Alltag in vielen ländlichen Regionen vor allem in Ostdeutschland: Für den Besuch beim Arzt müssen weite Wege in Kauf genommen werden. Besonders für alte Leute ist das ein Problem.

# Verzweifelte Lockrufe

**ÄRZTEMANGEL** Kleine Gemeinden lassen sich viel einfallen, um Mediziner anzulocken. Mit wenig Erfolg, wie Sachsen zeigt

**G**ut 20 Minuten dauert die Fahrt vom Chemnitzer Süden nach Niederwiesa. Irina Tarassenko macht sie seit gut einem Dreivierteljahr zweimal täglich – und macht damit die Niederwieser sehr froh. Denn die 39-Jährige ist das, was man in Sachsen derzeit wohl am dringendsten sucht: Landärztin. Im Frühjahr entschloss sich die gebürtige Kasachin, ihren Job an einer Chemnitzer Klinik aufzugeben, um in Niederwiesa eine eigene Praxis zu eröffnen. Gut 5.000 Menschen leben in der Gemeinde im Landkreis Mittelsachsen, zu dieser Zeit waren sie seit über einem Jahr ohne Hausarzt im Ort.

**Enger Kontakt mit Patienten** Nachdem Tarassenkos Vorgänger im Frühjahr 2010 in Ruhestand gegangen war, fand sich – wie vielerorts in der ostdeutschen Provinz – einfach niemand, der seine Praxis übernehmen wollte. Bis die Frau mit den roten Haaren kam. „Ich bin wahnsinnig gern Landärztin“, sagt sie mit hörbarem osteuropäischen Akzent, „so habe ich ganz engen Kontakt zu meinen Patienten und kann alle Entscheidungen selber treffen.“

Auch das Gefühl, hier im Ort dringend gebraucht zu werden, habe ihr die Entscheidung leicht gemacht. „Gerade die alten Leute sind froh, dass sie sich jetzt die langen Wege ersparen können“, erläutert Tarassenko. Da sie gemeinsam mit ihrem Mann und den beiden Kindern ein Haus in Chemnitz hat, ist sie nicht umgezogen, sondern pendelt. „Das ist eigentlich schade, denn Niederwiesa ist wirklich schön. Ich habe es noch kein

einziges Mal bereut, hierher gekommen zu sein“, sagt die Medizinerin. Für Ärztinnen und Ärzte wie Irina Tarassenko ist die Auswahl in Sachsen derzeit groß. Verzweifelt suchen viele ländliche Gemeinden nach Hausärzten – und versuchen nach Kräften, den Mediziner das Leben auf dem Land schmackhaft zu machen. Mit bescheidenem Erfolg: Die Gemeinde Langenbernsdorf bei Zwickau etwa bietet möblierte Praxisräume, die der neue Allgemeinmediziner ein Jahr lang kostenlos nutzen könnte. „Aber es kommt einfach keiner“, sagt Jörg Kunert von der Gemeindeverwaltung niedergeschlagen, „obwohl wir schon seit fast vier Jahren suchen.“ In regelmäßigen Abständen machen auch die Bewohner der Gemeinde ihrem Ärger darüber Luft, wegen jeder Grippe in die nächste Stadt fahren zu müssen, „aber trotz vieler Annoncen in verschiedenen Medien haben wir überhaupt keine Interessenten“, berichtet Jörg Kunert.

Nicht anders sieht es in Radeburg, Burgstädt oder Frankenberg aus. Hier werden interessierte Landärzte mit bis zu zehn Jahren Mietfreiheit für die Praxisräume, Bauland oder zinslosen Darlehen gelockt; sogar Umzugskostenzuschüsse, die Übernahme der Kaltmiete oder die Übernahme eines Teils der Sprachkursgebühren für ausländische Ärzte werden angeboten.

**Im Stich gelassen** Da all das nicht wirkt, wächst bei den zuständigen Bürgermeistern

der Frust. Frank Jäger aus Ohorn etwa in der Westlausitz fühlt sich von aller Welt im Stich gelassen, vor allem aber wirft er der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Totalversagen vor. Seit zwei Jahren hat seine Gemeinde keinen Hausarzt mehr. Eigentlich hatte der alte Arzt weitermachen wollen, dann aber hingeworfen, weil der bürokratische Aufwand der Praxis ihn zunehmend überforderte. „Dafür habe ich vollstes Verständnis“, sagt Bürgermeister Jäger, „der Wust an Irrsinn, der zu dieser ganzen Verwaltung gehört, wird doch jeden Tag schlimmer.“ Statt ihn bei der Suche nach Ersatz zu unterstützen, habe die KV bloß die Budgets der Ärzte aus den Nachbargemeinden erhöht, die seine Leute eigentlich nicht mehr als Patienten hätten annehmen wollen – in der Hoffnung, dass das für Ruhe sorgen würde. Für Jäger ist das Kapitel dagegen längst nicht abgeschlossen, er will weiter um einen eigenen Arzt in der Gemeinde kämpfen.

**»Es kommt einfach keiner, obwohl wir schon seit fast vier Jahren suchen.«**

Jörg Kunert, Gemeinde Langenbernsdorf

Doch dass der kommt, ist unwahrscheinlich. 415 Ärzte, so der Stand von Oktober 2011, könnten in Sachsen noch eine Zulassung bekommen; davon 316 Hausärzte. „Je spezialisiert die Medizin ist – etwa im Bereich der Nuklearmedizin oder Humangenetik –, desto weniger Versorgungsprobleme haben wir“, sagt der Chef der KV Sachsen, Klaus Heckemann. „Aber die Hausärzte befinden sich am anderen Ende der Skala. Hier haben wir einfach insgesamt zu wenige.“ Allein in Dresden gebe es 55 freie Stellen für Allge-

meinärzte – „das wäre in vergleichbar attraktiven Städten in den alten Bundesländern undenkbar“.

**Alte Bevölkerung** Bei allem Ärger über den Mangel: Heckemann ist froh, dass nun wenigstens realistische Daten auf dem Tisch liegen. Jahrelang habe man in der ärztlichen Bedarfsplanung darüber hinweggesehen, dass Sachsen im bundesweiten Vergleich die älteste und damit medizinisch betreuungsintensivste Bevölkerung habe. Nachdem seit März dieses Jahres ein demografischer Faktor in die Planung aufgenommen wurde, sei noch deutlicher zu sehen, dass in Sachsen Ärzte fehlten. Auch Knut Köhler, Sprecher der Sächsischen Landesärztekammer, kommt zu einem eindeutigen Fazit: „Selbst in den sächsischen Großstädten haben wir keine Überversorgung – das ist einfach ein Problem der alten Bundesländer.“ Wohl aber kennt man in Sachsen eine andere Tradition: Die Erinnerung an das dichte Netz der ärztlichen Basisversorgung in der DDR lässt viele vor allem Ältere besonders auf die jetzige Situation schimpfen. Wer es aus früheren Lebensabschnitten ganz anders kennt, für den ist die Tatsache, mit 70 oder 80 Jahren für einen Arztbesuch erst mehrere Kilometer mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Taxi zurücklegen zu müssen, eine besondere Zumutung.

**»Der Wust an Irrsinn, der zur Verwaltung gehört, wird jeden Tag schlimmer.«**

Frank Jäger, Gemeinde Ohorn

Ändern wird sich daran aber vorerst nichts. Wenn sich aber nicht einmal die Stellen in

Dresden besetzen lassen, sieht es für die ländlichen Gemeinden noch schlechter aus. KV-Chef Heckemann weiß, warum: Zum einen schrecke viele junge Mediziner das schlechtere kulturelle Angebot auf dem Lande ab, zum anderen legten gerade Familien Wert drauf, ihre Kinder möglichst wohnortnah in weiterführende Schulen schicken zu können. Ist das nächste Gymnasium zehn oder mehr Kilometer entfernt, sei das für viele ein Ausschlussgrund. Für gewichtiger aber hält er den dritten Punkt: „Früher hatten wir einen Landarzt, dessen Frau als Arzthelferin mithalf. Heute haben wir eine Landärztin, deren Mann meist auch Akademiker ist. Für den ist es ein echtes Problem, dort Arbeit zu finden, wo Landärzte praktizieren.“ Das könne man nicht wegdiskutieren, „das kann man letztlich nur mit Geld vergüten“. Bürgermeister, für die ein Hausarzt im Ort ein „echter Standortvorteil“ sei, müssten sich „da richtig was einfallen lassen“.

Die Landesärztekammer setzt dagegen auch auf Hilfe von außerhalb: Mehr als 1.400 ausländische Ärzte helfen in Sachsen inzwischen, die Versorgung zu sichern. Während man aber in Österreich gezielt um die Mediziner werbe, werde hierzulande aber auch klar gesehen, dass die Sache mit den Kollegen aus Polen oder Tschechien ein zweischneidiges Schwert sei, sagt Knut Köhler. „Die fehlen ja schon jetzt in ihren eigenen Ländern. Guten Gewissens kann man die nicht abwerben.“ Trotzdem will und kann

aktuell niemand auf die 183 polnischen und 146 tschechischen Ärzte verzichten, die in sächsischen Kliniken oder Praxen arbeiten.

**Stipendienprogramm** Auch das Land wurde kreativ: Gemeinsam mit KV und Krankenkassen schnürte das Sozialministerium in Dresden vor zwei Jahren ein gerade verlängertes Förderpaket für Haus- und Fachärzte. Um „drohenden Versorgungsgaps“ entgegen zu wirken, können die Mediziner in den Planungsbereichen Mittlerer Erzegebirgskreis und Torgau-Oschatz Investitionskostenzuschüsse von 60.000 Euro bekommen, wenn sie Praxen neu gründen oder übernehmen. Zudem Stipendien von bis zu 600 Euro bekommen.

Ganz neu ist die Idee, am Image der Hausärzte anzusetzen. Das nämlich ist beim potenziellen Nachwuchs eher schlecht, wie eine Befragung von Absolventen der Uni Leipzig ergab: Viele Medizinstudenten glauben, Hausärzte seien im Vergleich zu spezialisierten Kollegen „eher inkompetent“. Ein „Patientenprogramm für Allgemeinmedizin“, bei dem niedergelassene Allgemeinmediziner Studenten für ein Praktikum aufnehmen und zum Teil als Lehrbeauftragte ab dem ersten Semester betreuen, soll zeigen, wie spannend und anspruchsvoll der Job als Hausarzt ist. Das könnte klappen: Wer sich nur fünf Minuten mit der begeisterten Landärztin Irina Tarassenko unterhält, ist davon sofort überzeugt. *Susanne Kailitz*



Wenn Landarztpraxen unbesetzt bleiben, müssen Mediziner in den Nachbargemeinden die Patienten mitversorgen. Die Folge: Volle Wartezimmer

## Neue Planung, mehr Geld, Wegfall der Residenzpflicht

**GESETZ** Was der Bund tun will, um die gesundheitliche Versorgung in strukturschwachen Gebieten zu sichern

Mit dem am vergangenen Donnerstag im Bundestag verabschiedeten Versorgungsstrukturgesetz (17/6906, 17/8005) will die schwarz-gelbe Koalition dafür sorgen, dass es auch in entlegenen Regionen dauerhaft genügend Ärzte gibt. Ein Überblick der wichtigsten Maßnahmen:

**Änderung der Bedarfsplanung** Ein Kernpunkt ist die Überarbeitung der so genannten Bedarfsplanung, die sicherstellen soll, dass es nicht zu viele, aber auch nicht zu wenige Vertragsärzte, -zahnärzte und -psychologen gibt. Die Koalition rechnet damit, dass der Gemeinsame Bundesausschuss, also das oberste Beschlussgremium der Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland, dazu bis Ende 2012 eine neue Richtlinie vorlegt. Vorgesehen ist, dass die einzelnen Planungsbereiche nicht mehr automatisch den Stadt- und Landkreisen entsprechen müssen. Berücksichtigt werden soll zudem, wie viele ältere und damit meist behandlungsbedürftigere Menschen in einer Region leben.

**Höhere Honorare** Normalerweise müssen Ärzte Honorarabschläge hinnehmen, wenn in ihrer Praxis eine bestimmte Zahl an Be-

handlungen überschritten wird. Das ist gerade für Hausärzte auf dem Land mit hoher Patientendichte ein Problem. Mit dem Gesetz werden Mediziner in unterversorgten Gebieten nun von dieser Begrenzung ausgenommen und können in der Folge mehr verdienen. Des Weiteren können in strukturschwachen Gebieten für besondere medizinische Leistungen Preiszuschläge gezahlt werden. Zudem erhalten die kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) die Möglichkeit, gemeinsam mit den gesetzlichen Krankenkassen finanzierte Strukturfonds einzurichten, um die Niederlassung von Ärzten gezielt zu fördern. Der Haushaltsausschuss geht in einem Bericht (17/8006) davon aus, „dass sich die Summe der geschätzten jährlichen Mehrkosten“ für die gesetzliche Krankenversicherung „auf eine Größenordnung von rund 200 Millionen Euro beläuft“.

**Strukturelle Anreize** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll verbessert werden. Künftig sollen sich Vertragsärztinnen nach einer Geburt nicht mehr nur sechs, sondern zwölf Monate lang vertreten lassen können. Außerdem ist vorgesehen, für die Erziehung von Kindern bis zu 36 Monate einen so genannten Entlastungsassistenten,

also einen zweiten in der Praxis tätigen Arzt, zu beschäftigen. Für die Pflege von Angehörigen ist eine sechsmonatige Auszeit mit Vertretung geplant. Außerdem soll die Residenzpflicht entfallen. Landärzte müssen dann nicht mehr dort wohnen, wo sie praktizieren, sondern können auch in der Stadt leben. Darüber hinaus sollen Krankenhäuser stärker in die Notfalldienste einbezogen werden, um die niedergelassenen Ärzte zu entlasten.

**Abbau der Überversorgung** In manchen vor allem großstädtischen Regionen tummeln sich mehr Haus- und Fachärzte, als für die Versorgung notwendig wären. Diese Überversorgung will die Regierungskoalition abbauen. Dazu erweitert sie die Möglichkeit der KVen, den freiwilligen Verzicht auf die Zulassung als Vertragsarzt finanziell zu fördern.

Anders als ursprünglich vorgesehen sollen die KVen jedoch kein Vorkaufsrecht erhalten, wenn in einem Überversorgten Gebiet die Nachbesetzung einer Praxis ansteht. Vielmehr erhält dort der mit Kassen- und Ärzterevertretern besetzte Zulassungsausschuss die Aufgabe, auf Antrag des ausscheidenden Mediziners oder seiner Erben zu entscheiden, ob sein Arztsitz nachbesetzt

wird. Wird der Antrag abgelehnt, die Praxis also geschlossen, hat die KV dem Vertragsarzt oder seinen Erben eine Entschädigung „in der Höhe des Verkehrswertes der Arztpraxis“ zu zahlen.

**Ambulante Behandlung** Für Menschen mit besonders schweren und seltenen Erkrankungen wie Aids, Multiple Sklerose und Krebs wird ein neuer ambulanter Versorgungszweig eingeführt. An der „ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung“ können sich – unter gleichen Qualitäts- und Vergütungsbedingungen – sowohl niedergelassene Ärzte als auch Krankenhäuser beteiligen. Die Koalition will damit die starre Trennung beider Sektoren lockern. Im Mittelpunkt soll die bestmögliche Versorgung der Patienten stehen und nicht mehr die Frage, wer die Leistung erbringt, heißt es zur Begründung. Die Leistungen können ohne Abstaffelung und Mengenbegrenzung erbracht werden. Den gesamten Bereich ambulanter Operationen hat die Koalition dagegen aus der „ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung“ gestrichen. Insbesondere die Länder hatten hier Bedenken geäußert, die Kosten könnten explodieren. In fünf Jahren sollen die die Auswirkungen evaluiert werden. *Monika Pilath*

# Umstrittene Opferzahlen

**RECHTSEXTREMISMUS** Der Bundestag debattiert über unterschiedliche Statistiken zu Getöteten



Mord aus ausländerfeindlichen Motiven: Gedenk-Kundgebung (rechts) für die am 1. Juli 2009 im Dresdner Landgericht erstochene Ägypterin Marwa El-Sherbini

**M**onika Lazar, Sprecherin der Grünen-Fraktion für „Strategien gegen Rechtsextremismus“, rang am vergangenen Donnerstag nach dem Debattenbeitrag ihres Vorredners Hartfrid Wolff (FDP) im Bundestag um die passenden Worte: Ihr habe es bei dessen Rede „die Sprache verschlagen“, bekannte Lazar an Wolff gewandt und nannte seine Ausführungen „bodenlos“.

„Gut recherchiert“ In der Debatte ging es um eine Große Anfrage der Linksfraktion zur Zahl der Todesopfer rechtsextreme Gewalt seit 1990 (17/5303, 17/7161). Darin bezieht sich die Fraktion auf Recherchen des Berliner „Tagesspiegel“ und der Wochenzeitung „Die Zeit“, die auf 90 Opfer mehr kamen als die Bundesregierung. Lazar verwies darauf, dass in der Öffentlichkeit verschiedene Zahlen genannt würden: Die Bundesregierung komme auf 58 Opfer, während die Amadeu-Antonio-Stiftung von 182 Toten, „Zeit“ und „Tagesspiegel“ von 148 sprächen. Dabei handele es sich um gut recherchierte Zahlen, sagte sie mit Blick auf die beiden höheren Angaben. Wolff könne „nicht einfach unterstellen, dass das von irgendwelchen antifaschistischen Extremisten kommt.“ Wolff hatte zuvor der Linksfraktion vorgeworfen, sie gehe unseriös mit den Zahlen

um, lege bei ihren Bewertungen keine rechtsstaatlichen Maßstäbe zugrunde und komme nur so auf mehr als 100 Opfer. Dagegen zähle die Bundesregierung nur die Straftaten als rechtsextrem, die gerichtlich als solche verurteilt worden seien. „Die Linken wollen stattdessen ein Gesinnungsdenkmal setzen, das die linke Szene anhand der rechtsextremen Straftaten hoffähig machen soll“, kritisierte er. „Das bestätigt noch einmal mehr: Antifaschismusarbeit ist seit jeher Kernelement linksextremistischer Aktivität“, fügte Wolff hinzu. Es gebe viele „seriöse unabhängige Organisationen gegen den Rechtsextremismus“, die man stärken müsse, aber der „Kampf der Extremisten der einen Seite“ habe „schon immer den Extremisten der anderen Seite als Vorwand und Rechtfertigung gedient“. Man brauche „keine linksextreme Unterstützung im Kampf gegen Rechtsextreme“. Lazar entgegnete, sie sei für ein „breites Bündnis aller Demokraten“. In der Vorwoche habe man dies mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gegen Rechtsextremismus geschafft: „Jetzt versuchen sie wieder, die Demokraten zu spalten“. Der SPD-Abgeordnete Sönke Rix sagte an die Adresse Wolffs, er müsse es im Namen

der Sozialdemokraten „deutlich zurückweisen, wenn Sie den politischen Extremismus und den Antifaschismus auf eine Stufe stellen“. Für die SPD, die unter anderem wegen antifaschistischer Arbeit von politischen Extremisten verfolgt worden sei, sei das „eine beschämende Äußerung“. Rix' Fraktionskollegin Gabriele Fograscher betonte, spätestens seit bekannt sei, dass eine „rechte Terrorzelle über zehn Jahre lang unentdeckt gemordet“ habe, müsse man feststellen, „dass wir keine realistische Lageeinschätzung rechtsextremistischer Bedrohungen haben, weder bei den Sicherheitsbehörden noch in der Öffentlichkeit noch in der Politik.“ Für Die Linke sagte ihre Abgeordnete Petra Pau, es gebe offenbar eine „gravierende Fehlstelle in der offiziellen Wahrnehmung rechtsextremer Gewalt“. Stets sei verneint worden, dass es „systematische rechtsextreme Gewalt oder gar Nazi-Terror“ gebe“, betonte Pau und bekräftigte die Forderung nach einer „parteilich unabhängigen Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), mahnte, der „gegenseitige Vorwurf,

dass die jeweils andere Seite irgendetwas verschleiern wolle“, helfe überhaupt nicht weiter. Keine Statistik sei in der Lage, ein „objektiv unangreifbares Bild“ zu zeichnen. Bei der staatlichen Erfassung solcher Taten sei das konkrete Tatmotiv relevant. Seit das Erfassungssystem 2001 von der damaligen rot-grünen Regierung mit den Ländern vereinbart worden sei, werde es „immer wieder evaluiert und angepasst“. Der Grund für ein solches System zur Analyse des konkreten Tatmotivs liege vor allem darin, dass eine „reine Zuordnung des Täters zu einem bestimmten Milieu“ keine eindeutigen Schlüsse zulasse, denn gerade im „braunen Milieu“ habe man es auch mit erheblicher Allgemeinkriminalität zu tun. Schröder betonte zugleich, Einigkeit bestehe darin, dass unabhängig von der Statistik „jedes Opfer rechtsextremer Gewalt eines zu viel“ sei. In diesem Sinne äußerte sich auch der CDU-Parlamentarier Helmut Brandt. Nach seinen Worten ergibt sich die große Differenz der Opferzahlen dadurch, dass im einen Fall die Beurteilung ausschließlich anhand des Kriteriums erfolgt, ob der Täter dem rechten Milieu zuzuordnen ist, und im anderen Fall „sich aufgrund des Ermittlungsverfahrens und der Feststellungen der Gerichte manifestieren lassen, dass die Gesinnung des Täters bei der Tat ausschlaggebend war“. Wie Lazar erinnerte Brandt an die gemeinsame Erklärung aller fünf Fraktionen gegen

Rechtsextremismus und warb dafür, „dieses Einvernehmen gerade in dieser Frage“ nicht aufzugeben. Der FDP-Abgeordnete Stefan Ruppert ergänzte: „Wir sollten hier gemeinsam vorgehen und nicht schon jetzt Differenzen suchen, wo eigentlich keine sind“. Er plädierte dafür, bei jedem einzelnen nicht in der Statistik dokumentierten Fall zu fragen, wie es dazu kam. Man solle aber nicht so tun, als ob dahinter ein „böser Komplotz“ stehe. Helmut Stoltenberg

»Jedes einzelne Opfer ist ein Opfer zu viel.«

Helmut Brandt (CDU)

**KOMPAKT**

- > **137 Menschen** seien seit 1990 durch rechtsextreme Gewalt gestorben, berichteten „Tagesspiegel“ und „Zeit“ im September 2010 unter Berufung auf eigene Recherchen. Bevor der Fall der Zwickauer Terrorzelle bekannt wurde, stieg die Zahl auf 138.
- > **Nach Regierungsangaben** zählten dagegen offizielle Stellen von 1990 bis 31. Januar 2011 insgesamt 47 Todesopfer.
- > **Auf 58 Todesopfer** ist diese Zahl nach den jüngsten Erkenntnissen über die Zwickauer Terrorzelle angestiegen, wie der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Ole Schröder (CDU) sagte.

## Neuer Vorstoß zu Bleiberecht

**AUSLÄNDER** Die SPD-Fraktion dringt auf eine wirksamere Eindämmung der Praxis sogenannter Kettenduldungen für langjährig in Deutschland geduldete Ausländer. Mit einem Gesetzentwurf (17/7933) will die Fraktion zudem Ausländern mit einem Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ eine „gesicherte Perspektive“ bieten. Die Vorlage stand vergangenen Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestages. In dem Entwurf verweisen die Abgeordneten darauf, dass trotz verschiedener Altfallregelungen Mitte dieses Jahres 87.312 Ausländer geduldet in Deutschland lebten, davon 51.244 länger als sechs Jahre. Dies zeige, dass es nach wie vor Ausländer gebe, die über Jahre von der Praxis der Kettenduldungen betroffen sind. Zudem drohten Ausländer mit einem Aufenthaltsrecht „auf Probe“ ab Januar „erneut in die Duldung zurückzufallen, sofern sie ihren Lebensunterhalt nicht vollständig sichern können“. Zur Vermeidung künftiger Kettenduldungen soll daher nach dem Willen der Fraktion eine Bleiberechtsregelung geschaffen werden, „die keinen festen Stichtag enthält und die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung dahingehend absenkt, dass auch das ernsthafte Bemühen um Arbeit als ausreichend erachtet wird“. Auch soll es dem Entwurf zufolge eine eigenständige Regelung für Minderjährige geben, die „bei günstiger Integrationsprognose bereits nach vier Jahren eine Aufenthaltserlaubnis erhalten“. Vorgesehen ist zudem eine eigenständige Regelung für Personen, die in Deutschland einen Schulabschluss machen. In den beiden letzteren Fällen soll es laut Vorlage auch eine Regelung für die Eltern der Betroffenen geben. Schließlich streben die Abgeordneten „für Altfälle von einem Jahrzehnt und mehr eine noch weitreichendere Ausnahme von den allgemeinen Voraussetzungen“ für eine Aufenthaltserlaubnis an. sto

## Beamten winkt mehr Geld

**INNERES** Beamten und Richtern des Bundes sowie Soldaten winkt ab kommenden Jahr mehr Geld. Einstimmig verabschiedete der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP „zur Wiedergewährung der Sonderzahlung“ (17/7631, 17/8007). Die jährliche Sonderzahlung (das sogenannte Weihnachtsgeld) für Beamte und Richter des Bundes sowie für Soldaten war – ausgehend von den kompletten Bezügen für einen Monat – seit 1994 in mehreren Schritten gesenkt worden und belief sich in den Jahren 2004 und 2005 auf 60 Prozent eines Monatsbezugs, wie die Koalitionsfraktionen erläutern. Dieser Betrag sei 2006, befristet auf fünf Jahre, um die Hälfte reduziert worden. Diese vier Jahre später verlängerte Kürzung soll nun auslaufen, so dass dann das 2004 geltende Niveau von 60 Prozent der monatlichen Bezüge wieder erreicht würde. Entsprechend einer 2009 erfolgten Umstellung, seit der die Sonderzahlung als Teil des Monatsbezugs gezahlt wird, wird der seit 2006 nicht gewährte Teil der Sonderzahlung zum 1. Januar 2012 in die Gehaltsabläufe des Bundesbesoldungsgesetzes eingearbeitet. sto

## Weg zur Visa-Warndatei frei

**EINREISE** Koalition setzt Gesetz durch. Opposition hält neue Regelung für überflüssig

Mehr als sechs Jahre nach der Arbeit des Visa-Untersuchungsausschusses des Bundestages hat das Parlament den Weg zur Errichtung einer zentralen Visa-Warndatei freigegeben. Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen von SPD, Die Linke und Grünen verabschiedete der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6643) in modifizierter Fassung (17/7994).

**Abgleich mit Antiterrordatei** Damit sollen die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung der Datei sowie für ein „Verfahren für einen mittelbaren Abgleich von bestimmten Daten aus Visoverfahren für Sicherheitszwecke“ geschaffen werden. In erster Linie soll die Datei laut Bundesregierung der Vermeidung von Visummissbrauch dienen. In ihr sollen Warndaten zu Personen gespeichert werden, die wegen „einer der für das Visumverfahren relevanten Katalogstrafatene nach dem Aufenthaltsgesetz und dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder im Zusammenhang mit Schleusung, Menschen- und Kinderhandel oder schwersten Betäubungsmitteldelikten“ verurteilt worden sind. Ein Zugriff von Sicherheitsbehörden auf diese Datei soll – „abgesehen von den mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden für die Erteilung von Ausnahmewisa und die Rücknahme von Visa an den Grenzen“ – nicht möglich sein. Zudem soll ein neues Verfahren zum Abgleich der Visumantragsdaten mit den Er-

kenntnissen der Sicherheitsbehörden zu Personen mit Verbindung zum internationalen Terrorismus eingeführt werden. Danach sollen die Auslandsvertretungen neben den Daten der Visumsantragsteller die Daten von Einladern, Verpflichtungsgebern und sonstigen Referenzpersonen an eine besondere Organisationseinheit übermitteln, die einen Abgleich mit bestimmten Daten aus der Antiterrordatei vornimmt. Damit soll eine Rückmeldung durch Sicherheitsbehörden an die Visumbehörden ermöglicht werden, wenn Personen aus dem terroristischen Umfeld einreisen wollen.

Für den CDU-Abgeordneten Reinhard Grindel ist die Einführung der Warndatei ein „großer Sicherheitsgewinn“. Der FDP-Parlamentarier Hartfrid Wolf gab zu Protokoll, durch die Datei werde die Rechtssicherheit für die Anwender erhöht. Dagegen zog der SPD-Abgeordnete Rüdiger Veit in Zweifel, dass das Gesetz überhaupt erforderlich ist. Für Die Linke kritisierte die Parlamentarierin Ulla Jelpke, dass die Bundesregierung jeden Beweis für die Erforderlichkeit der Datei schuldig bleibe. Auch der Grünen-Abgeordnete Memet Kilic bezeichnete die Datei als „nicht erforderlich“. sto



Schild zur Passkontrolle an der Einfahrt des Hafens Anklam (Vorpommern)

## Ruf nach mehr Geld für politische Bildung

**ETAT** Koalition verteidigt beschlossene Mittelkürzungen gegen Kritik der Opposition

Nur eine Woche nach seinen Schlussberatungen über den Bundeshaushalt 2012 hat der Bundestag erneut über die dabei beschlossenen Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung debattiert. Der Aussprache am vergangenen Donnerstag lag ein Antrag der SPD-Fraktion (17/7943) zugrunde, diese Kürzungen wieder zurückzunehmen. Während sich die Links- und die Grünen-Fraktion hinter diese Forderung stellten, verteidigte die schwarz-gelbe Koalition die beschlossenen Streichungen.

Die SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe sagte, die Bundeszentrale für politische Bildung setze sich explizit gegen Rassismus und Rechtsextremismus ein. Der Umfang dieser Aktivitäten sei jedoch durch die massiven Kürzungen in Frage gestellt. Für Die Linke kritisierte die Abgeordnete Agnes Alpers, es gebe „Millionen Euro weniger für Projekte, die die Teilhabe an Demokratie stärken, Millionen Euro weniger für Projekte, die aufklären und Zivilcourage stärken, gerade auch in den Regionen, in denen sich der braune Sumpf breitgemacht hat“. Dies sei „einfach nur skandalös“. Der Grünen-Abge-

ordnete Kai Gehring warf der Koalition vor, sie nehme milliardenschwere Steuersenkungen vor und laufe „allen Lobbyisten dieser Republik hinterher“, aber knauser an dieser Stelle im Etat des Innenministeriums. Dies sei jedoch „die völlig falsche Stelle“. Es sei normalerweise völlig unstrittig, dass politische Bildung ein „wesentliches Präventivmittel gegen Extremismus“ sei.

„Grob fahrlässig“ In dem Antrag, der im Anschluss an die Aussprache zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde, heißt es, „gerade vor dem Hintergrund der Geschehnisse rings um die Zwickauer Terrorzelle, der Wahlerfolge der NPD, alltäglicher rechter Gewalttaten und der weiten Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungsmuster“ seien die Kürzungen bei der Bundeszentrale „grob fahrlässig“. Insgesamt 3,5 Millionen Euro weniger stünden für die inhaltliche Arbeit der Bundeszentrale zur Verfügung. Dies seien „immerhin 21 Prozent der Mittel“. Dabei sei die Bundeszentrale „unbestritten eine der wichtigsten Institutionen zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit unter anderem im Kampf gegen Rechtsextremismus“. Die Bundeszentrale selbst werde ihre Leistungen einschränken und die bundesweit etwa 430 von ihr geförderten Träger der politischen Bildung würden ihre Angebote spürbar verringern müssen.



Weniger Geld: Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

„Klares Bekenntnis“ Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Christoph Bergner (CDU), nutzte die Gelegenheit, „um für die Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur politischen Bildung im Allgemeinen und zur Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung im Besonderen abzugeben“. Zu berücksichtigen sei aber auch die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Bergner warnte zugleich davor, so zu tun, „als ob die nominelle Höhe des Haushaltstittels der Bundeszentrale (...) als ein gewissermaßen schlüssiger und abschließender Indikator für die Bedeutung der politischen Bildung gerade auch mit Blick auf die Extremismusbekämpfung betrachtet werden könnte“. Der CDU-Abgeordnete Michael Frieser mahnte, nicht den Eindruck zu erwecken, man könne „Terroristen durch politische Bildung von ihren Taten abhalten“. Der FDP-Parlamentarier Stefan Ruppert betonte, die Opposition solle nicht so tun, „als ob wir durch entsprechende Mittelaufwendungen dieses gravierende Problem, das wir in Deutschland haben, auch nur ansatzweise hätten lösen können“. sto

**A**ls besonders angenehm dürfte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) ihre Besuche im Parlament momentan nicht empfinden. Das geplante Betreuungsgeld und – wieder zurückgenommene – Kürzungen in ihrem Etat für Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus haben ihr in den vergangenen Wochen viel Kritik eingebracht. Und auch Schröders Pläne zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen stoßen insbesondere bei der Opposition auf Unmut. In der Gleichstellungsdebatte am vergangenen Freitag wurde allerdings deutlich: Auch Unions-Frauen erwarten von ihrer Ministerin deutlich mehr als bisher. Eigentlich hätten die CSU-Frauenexpertin Dorothee Bär und ihre CDU-Kollegin Rita Pawelski nichts gegen eine Quote – und dem Gesetzentwurf der Grünen (17/3296) sowie dem Antrag der SPD (17/4683) zur Einführung einer solchen wohl auch gern zugestimmt. Doch weil die SPD eine namentliche Abstimmung zu beiden Initiativen durchgesetzt hatte, war ihnen das nicht möglich. Damit habe die SPD, klagte Pawelski, die gemeinsame Basis der weiblichen Mitglieder des Bundestags verlassen und sie bei der Abstimmung in eine Position gezwungen, „die wir nicht wollten“. Dies habe der Sache erheblich geschadet. Auch Bär bedauerte die Abstimmungsmodalitäten; man habe sich das anders gewünscht.

**Ministerinnen uneins** Denn in einem sind sich insbesondere die Parlamentarierinnen einig: Es bringt nichts, darauf zu warten, dass die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in den Führungssetzen sich von allein ergibt. Dafür sind die Zahlen zu deutlich: Bei 15 Prozent liegt der Frauenanteil in den deutschen Aufsichtsräten, in den Vorständen sind gerade mal 3,7 Prozent weiblich besetzt. „Unterirdisch“ nennt das Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und setzt sich deshalb immer wieder für eine gesetzliche Frauenquote ein. Die soll bei 30 Prozent liegen und bis 2018 erreicht sein. Das aber lehnen sowohl Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) als auch die Familienministerin ab. Schröder will die Gleichberechtigung über einen Stufenplan erreichen, bei dem die Unternehmen selbst unterschiedliche „Flexiquoten“ festlegen – so soll der Frauenanteil im Management und in den Aufsichtsgremien bis 2020 auf bis zu 35 Prozent steigen.

**Kritik an Stufenplan** Genauso umstritten wie zwischen den beiden CDU-Ministerinnen ist das Thema auch im Bundestag. Während sich für die CDU Stephan Scharbath zunächst für freiwillige Lösungen aussprach, die letztlich zu einem „öffentlichen Rechtfertigungsdruck für die Unternehmen“ führen würden, warnte seine Fraktionskollegin Elisabeth Winkelmeier-Becker, es sei ein Irrtum zu denken, das Problem werde sich von allein lösen. Bislang habe sich über freiwillige Verpflichtungen der Wirtschaft der Frauenanteil in den Führungssetzen so minimal erhöht, dass es „noch 50 Jahre“ dauern würde, bis man „bei einer akzeptablen Größenordnung“ angekommen sei. Die Abgeordnete sprach sich klar für den Vorschlag von der Leyens aus: Eine Zielvorgabe von 30 Prozent bis 2018 sei ein guter Weg. Auch Rita Pawelski kritisierte Schröder: Ein Stufenplan sei zwar gut, doch müsse dazu gehören, „dass wir irgendwann die erste Stufe erreichen“. Es reiche nicht, sich auf die Versprechen der Wirtschaft zu verlassen. Davon ist auch die Opposition überzeugt. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast betonte, weil 2013 ein Großteil der Aufsichtsräte neu bestellt werde, sei eine Regelung dringend – das gebe den Unternehmen ge-



Zwei von zehn: Ein Fünftel des aktuellen Vorstandes der Siemens AG ist weiblich.

# Kampf um Quote

**FRAUENFÖRDERUNG** Mehr weibliche Führungskräfte wollen alle. Der Weg dorthin ist selbst unter Unions-Frauen umstritten

nug Zeit, geeignete Frauen zu finden. Ihre Fraktion will, dass es in den Aufsichtsräten und Vorständen künftig eine 40-prozentige Quote gibt. Damit komme der Gesetzgeber seiner Schutzpflicht nach: Das Grundgesetz verlange vom Staat, auf den „Abbau gesellschaftlicher Benachteiligung der Frauen hinzuwirken“. Diese Überzeugung teilen auch die Sozialdemokraten. Rot-Grün habe im Jahr 2001 eine freiwillige Vereinbarung zur Steigerung des Frauenanteils mit der Wirtschaft abgeschlossen, sagte die SPD-Abgeordnete Eva Högl. Dies habe „nichts, aber auch gar nichts gebracht“. Zu dem Handlungsauftrag des Grundgesetzes komme hinzu, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung davon überzeugt sei, man müsse gesetzlich für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen sorgen. Es sei „das dümmste Argument“ gegen die Quote, dass auf diesem Wege ungeeignete Frauen in Führungspositionen gelangen würden. Wer behaupte, der hohe Männeranteil in den Gremien gehe auf eine tatsächliche Bestenauswahl zurück, sende ein „verheerendes Signal an die Frauen im Land“. Frauen wollten und könnten Verantwortung übernehmen – eine gesetzliche Quote solle dafür sorgen, dass Frauen endlich auf die Plätze kommen, die ihnen zustehen“. Die Bundesregierung tue dafür jedoch nichts, sondern setze stattdessen mit dem

Betreuungsgeld „Signale in die falsche Richtung“. Auch die Tatsache, dass Schröder in der Debatte auf einen Beitrag verzichtete, stieß auf Kritik. Es sei „ungehört“, monierte die SPD-Abgeordnete Elke Ferner, dass Schröder nicht einmal den Sprecherinnen ihrer eigenen Fraktion zugehört, sondern demonstrativ in ihren Akten geblättert habe. Für Die Linke stellte Barbara Höll fest, dass die Ministerin nicht spreche, zeige nur, dass „sie nichts zu dem Thema zu sagen hat“. Ihre Fraktionskollegin Yvonne Ploetz stellte fest, Schröder komme den Selbstverpflichtungen noch nicht einmal im eigenen Haus nach: So gebe es keine einzige Staatssekretärin im Familienministerium und von fünf Abteilungen werde nur eine von einer Frau geführt. Die Linke will eine gesetzliche Quote – die mit 50 Prozent über die Forderungen von SPD und Grünen hinausgeht.

**Lab für „Quoten-Gipfel“** Vehement gegen eine Quotenregelung ist nur die FDP. Eine starre Quote sei „unverhältnismäßig“ und greife zu kurz, sagte ihre Abgeordnete Nicole Bracht-Bendit. Man dürfe nicht alle Aktiengesellschaften wie Großunternehmen behandeln; vor allem die vielen Mittelständler stelle eine Quote vor ein Problem. Auch ohne staatliche Verordnungen sei der Druck auf Wirtschaft und Unternehmen

groß, sich „ein frauenfreundliches Image“ zu geben. Der FDP-Rechtsexperte Marco Buschmann betonte, auf dem Gipfeltreffen mit Wirtschaftsvertretern im Oktober habe die Bundesregierung viel erreicht. Wie groß die Ergebnisse des Gipfels vom 17. Oktober 2011 in Berlin tatsächlich sind, ist umstritten: Weder wurden dabei konkrete Ziele für Aufsichtsräte oder Vorstände formuliert, noch konnte man sich auf zeitliche oder prozentuale Ziele einigen. So will Adidas den Anteil seiner weiblichen Führungskräfte bis 2015 von 26 auf 35 Prozent steigern, die Lufthansa dagegen will bis 2020 30 Prozent erreichen. Auch wie genau der Stufenplan aus dem Familienministerium aussehen soll, ist bislang noch nicht bekannt. Medien zufolge will Schröder, dass Großunternehmen mit Bundesbeteiligung bei der Frauenförderung vorangehen – für sie soll die Flexiquote ab 2013 gelten. Bei der Suche nach Beispielen empfehlen Experten oft den Blick nach Norden: Schon 2003 hat Norwegen eine 40-Prozent-Quote für börsennotierte Unternehmen festgesetzt. Für Marit Hoel vom Osloer Institut für Unternehmensvielfalt sind die Auswirkungen „viel undramatischer“ als von von manchen befürchtet: „Es hat sich gezeigt, dass Frauen in Aufsichtsräten nach denselben Prinzipien arbeiten wie die Männer, die sie verdrängt haben.“

## Unterstützung für Frauen

**HILFETELEFON** Bundestag verabschiedet Gesetz einstimmig

Von Gewalt betroffene Frauen sollen schneller und unbürokratischer Hilfe bekommen. Mit den Stimmen aller Fraktionen hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag das Gesetz (17/7238) zur Einrichtung eines bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ verabschiedet. Das Angebot wendet sich an betroffene Frauen, Personen aus ihrem sozialen Umfeld oder Menschen, die im Rahmen ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit Gewalt gegen Frauen konfrontiert werden. Das Telefon soll 24 Stunden bundesweit unter einer einheitlichen Rufnummer zu erreichen sein. Fachkräfte bieten kostenlos Erstberatung, Information und Weitervermittlung an Unterstützungseinrichtungen an. Bei Bedarf, so heißt es in dem Gesetzentwurf, könne die Beratung auch in einer Fremdsprache erfolgen. Das Telefon soll 2013 in Betrieb genommen werden. Der Vorlage zufolge haben 40 Prozent aller in Deutschland lebenden Frauen in ihrem Leben mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. Bei einem Viertel der Fälle sei die Gewalt vom aktuel-

len oder ehemaligen Partner ausgegangen; in zwei Dritteln dieser Fälle sei es wiederum „zu schwerer, sehr schwerer bis lebensbedrohlicher Gewalt“ gekommen.

**»Meilenstein«** Die Koalitionsfraktionen begrüßten das Gesetz als „wichtiges Signal“ für Frauen. Es sei ein „Meilenstein im Bemühen, Gewalt gegen Frauen abzubauen“, sagte Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU). Sibylle Laurischk (FDP) betonte, vor allem für die „schwer erreichbare Zielgruppe“ von Frauen mit Behinderung, ältere Frauen und Migrantinnen werde der Weg ins Hilfesystem geebnet. Dem widersprach Cornelia Möhring (Die Linke): Das geplante Sprachangebot von Englisch, Türkisch und Russisch reiche nicht aus. Die osteuropäischen Sprachen müssten stärker vertreten sein. Marlene Rupperecht (SPD) sagte, es sei höchste Zeit, dass Deutschland die Konvention des Europarates gegen Gewalt an Frauen ratifiziere. Zudem müsse die Kommunikation mit den Ländern deutlich verbessert werden, ergänzte Monika Lazar (Grüne). tyh ||

## Löschen statt sperren

**NETZPOLITIK** Bundestag hebt Gesetz von 2009 auf

Der Bundestag hat das umstrittene Gesetz zu Sperren von Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten endgültig aufgehoben. Künftig werden Seiten mit entsprechenden Inhalten direkt gelöscht statt nur gesperrt. Im Jahr 2009 hatte das Parlament zu Zeiten der Großen Koalition das Gesetz noch mit großer Mehrheit verabschiedet – jetzt wurde es einstimmig gekippt. Die Entscheidung bedeutet nicht nur das endgültige Aus für das sogenannte „Zugangssperren-Gesetz“, sondern beendet auch eine lange und kontroverse Debatte.

aus dem Internet verbannt werden – dauerhaft und nachhaltig“. Hinter jeder Darstellung stehe „eine reale Misshandlung von Kindern, fürchterliches Leiden und Schmerz“. Die Bundesregierung habe sich daher entschlossen, „diese Inhalte vorbehaltlos zu löschen, national und in internationaler Zusammenarbeit“.

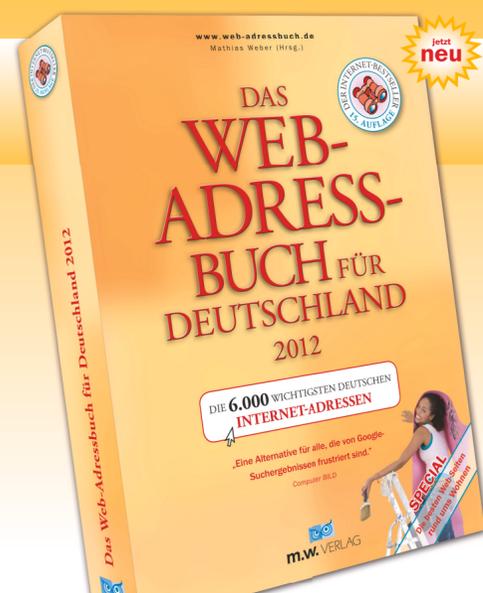
**Kritik an Internetsperren** Für die Sozialdemokraten betonte ihr Abgeordneter Lars Klingbeil: „Wir sind uns hier im Parlament darüber einig, dass der sexuelle Missbrauch und die sexuelle Gewalt an Kindern zu den schlimmsten Verbrechen gehören, die es gibt“. Klingbeil wertete es als Erfolg, „dass heute Einigkeit unter uns besteht, dass Netzsperrern der falsche Weg sind, wenn es darum geht, Kinderpornografie im Internet zu bekämpfen“.

Der Parlamentarier Jörn Wunderlich (Die Linke) sagte, der Bundestag entscheide über die Aufhebung eines Gesetzes, „welches seinerzeit in blindwütiger Aktionismus“ erlassen worden sei. Dabei sei Die Linke von Anfang an gegen dieses „sinnlose Gesetz“ gewesen und habe Anfang 2010 seine Aufhebung beantragt. Der Grünen-Abgeordnete Konstantin von Notz begrüßte, „dass wir dieses Gesetz zurücknehmen“, nachdem man „zwei Jahre darum gerungen“ habe. Notz fügte hinzu, wer im Jahr 2011 „im Bereich der Netzpolitik glaubhaft agieren möchte und gleichzeitig Netzsperrern fordert“, der denke „wahrscheinlich auch, Atomkraft sei eine Ökoenergie“. Für den CDU-Abgeordneten Ansgar Heveling blieb die Frage, welches Staats- und Gesellschaftsbild „diejenigen im Kopf (haben), die mit Verweigerung gebürtelt haben, um das Gesetz zu Fall zu bringen“. Denn da, argumentierte Heveling, „geht es wohl um mehr als um die Frage der Tauglichkeit des Mittels Internetsperren – es geht offensichtlich um die grundsätzliche Haltung zu staatlichen Eingriffen zur Abwehr von Straftaten“. Verena Renneberg ||

**»Sexuelle Gewalt an Kindern gehört zu den schlimmsten Verbrechen.«**

Lars Klingbeil (SPD)

Anzeige



## „Die besten Geheimtipps aus dem Internet“

Die 6.000 wichtigsten Internet-Adressen auf einen Blick

Brightite

„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“  
**BILD.de**

„Orientierung bietet das Web-Adressbuch für Deutschland, das rund 6.000 Internet-Seiten übersichtlich geordnet und redaktionell getestet dem Leser präsentiert.“  
**BERLINER ZEITUNG**

„Nie wieder zielloses Treiben im Internet: Das Web-Adressbuch bringt Ordnung in den Datenschlingel. Auch routinierte Surfer können noch manchen Geheimtipp entdecken.“  
**HAMBURGER ABENDBLATT**

„Unverzichtbares Standardwerk für zielgerichtete Recherche im Internet.“  
**MÜNCHNER MERKUR**

„Die thematischen Zusammenstellungen mit kurzen, oft nur zweizeiligen Bewertungen können auch Journalisten Zeit sparen helfen, wenn es um die Einarbeitung in neue Themen geht.“  
**MEDIENDIENST KRESS**

„Eine nützliche Orientierungshilfe im Datenschlingel bietet das Web-Adressbuch für Deutschland.“  
**BERLINER MORGENPOST**

„Wie findet man die besten und wichtigsten Internetadressen? Mit einem Blick ins Web-Adressbuch für Deutschland.“  
**B.Z.**

„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“  
**COMPUTER BILD**

„Das Web-Adressbuch für Deutschland bietet die definitiv umfangreichste und derzeit aktuellste Sammlung deutscher Web-Adressen.“  
**NDR**

„Die gedruckte Alternative zu Google & Co. – Beim Web-Adressbuch für Deutschland kann man sich einfach durch die Themenbereiche treiben lassen und entdeckt ständig neue Surf-Tipps.“  
**WESTFALEN-BLATT**



**m.w. VERLAG**

768 Seiten • 600 Screenshot-Abbildungen • Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich • 15. Auflage • ISBN 978-3-934517-14-1 • € 16,90

## KURZ NOTIERT

## Einheitliches Melderecht angestrebt

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Meldewesens (17/7746) vorgelegt, mit dem die gesetzlichen Grundlagen für ein einheitliches Melderecht „und damit für einen effektiveren und effizienteren Vollzug des Melderechts geschaffen“ werden sollen. In der Vorlage verweist die Regierung darauf, dass das Meldewesen mit der Föderalismusreform I in die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes überführt worden sei. Mit dem angestrebten Gesetz fülle der Bund diese Gesetzgebungskompetenz aus und führe das bisher geltende Melderechtsrahmengesetz aus dem Jahr 1980 mit den Landesmeldegesetzen in einem Bundesmeldegesetz zusammen. *sto* ||

## Oppositionsvorstöße zu Verbraucherschutz abgelehnt

Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind mit Vorstößen zum Schutz von Verbrauchern vor überhöhten Überziehungszinsen gescheitert. Der Bundestag lehnte vergangenes Freitag entsprechende Anträge der Links- (17/2913) und der Grünen-Fraktion (17/3059) ab. Darin war die Bundesregierung aufgefordert worden, die Zinssätze für Dispositions- und Überziehungskredite verbrauchergerichtet zu deckeln. Der Antrag der Linken wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD bei Enthaltung der Grünen abgelehnt. Der Antrag der Grünen wurde mit Koalitionsmehrheit bei Enthaltung von SPD und Die Linke abgelehnt. Der Entscheidung lag eine Beschlussempfehlung (17/3586) des Rechtsausschusses zugrunde. *ver* ||

## Offener Umgang mit Homosexualität im Sport

Die SPD-Fraktion macht sich für eine „Förderung eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport“ stark. Der Sport stehe für Werte wie Fairness, Toleranz und gegenseitigen Respekt, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion (17/7955), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag an den Sportausschuss überwies. Gerade im Fußball gebe es „Ausgrenzungen und verbale Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung“. Auch sei Homosexualität „noch immer ein Tabuthema im Sport“. Der Bundestag solle dafür eintreten, „dass auch im Sport die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit sich die Aktiven im Breiten- wie im Spitzensport offen zu ihrer sexuellen Identität bekennen können“. *sto* ||

## Kuratoriumsmitglieder der Hirschfeld-Stiftung gewählt

Der Bundestag hat die Mitglieder für das Kuratorium der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ gewählt. Er folgte einem gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen (17/7935). Für die Union werden dem Kuratorium folgende Abgeordnete angehören: Stefan Kaufmann, Jan-Marco Luczak, Jens Spahn und Dagmar G. Wöhrl. Die SPD-Fraktion ist mit Barbara Hendricks und Johannes Kahrs vertreten. Für FDP-Fraktion wird Michael Kauch dem Kuratorium angehören. Für die Fraktion Die Linke zieht Barbara Höll ins Kuratorium ein. Bündnis 90/Die Grünen wird durch Volker Beck vertreten. Mit einem Bildungs- und Forschungsprogramm soll die neue Stiftung der gesellschaftlichen Diskriminierung homosexueller Männer und Frauen in Deutschland entgegenwirken. Das von den Nationalsozialisten an Homosexuellen verübte Unrecht soll historisch aufgearbeitet und dokumentiert werden. *bob* ||

## Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit

Die Bundesregierung sieht im Aufbau Ost „ein Zeichen für den Erfolg des Zusammenwachsens von Ost und West“. Die Bilanzen zum 20. Jubiläum der deutschen Einheit im vergangenen Jahr hätten deutlich gemacht, dass der Einigungsprozess „an einer neuen Wegmarke angekommen ist“, heißt es in dem als Unterrichtung (17/7711) vorliegenden „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011“. Die Innenstädte hätten sich erneuert und es gebe wieder eine intakte Umwelt. Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner sei inzwischen von ursprünglich 43 auf 73 Prozent des westdeutschen Niveaus gestiegen und es würden mehr als 80 Prozent des westdeutschen Produktivitätsniveaus erreicht. Auch sei der in den vergangenen Jahren im Fokus stehende Aufbau der Infrastruktur fast abgeschlossen. Die noch bestehenden gesamtwirtschaftlichen Unterschiede bei der Wirtschaftskraft und am Arbeitsmarkt erfordern dem Bericht zufolge auch in den nächsten Jahren eine überproportionale Beteiligung des Bundes an Maßnahmen der Struktur- und Wirtschaftsförderung in den ostdeutschen Ländern. Der bis 2019 laufende Solidarpakt II sei dafür die finanzielle Grundlage. *sto* ||



Ein Rollstuhlparcours in Eberswalde. Auf dem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe müssen noch einige Hürden überwunden werden.

# Steiler Weg zur Teilhabe

**MENSCHENRECHTE** Bundestag diskutiert sechs Anträge der Opposition zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen

**D**en dringenden Handlungsbedarf unterstrichen die Oppositionsfraktionen eindrucksvoll: Gleich fünf Anträge, die sich mit den Rechten von Menschen mit Behinderungen befassen, haben sie vergangene Woche vorgelegt. Lediglich einer der am 1. Dezember vom Bundestag erstmals beratenen Anträge ist älteren Datums. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht dabei der „Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“. Diese 2006 unterzeichnete Konvention ist das weltweit erste Abkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Erstmals werden darin die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht als Sonderrechte sondern als Menschenrechte deklariert. 2009 ratifizierte der Bundestag das Dokument und bekannte sich damit zum Ziel der Inklusion, also dazu, dass Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben sollen. Der Nationale Aktionsplan (NAP) wiederum dokumentiert sämtliche Maßnahmen der Bundesregierung zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft – insgesamt 213 Projekte. Als zu unkonkret kritisierten SPD, Linke und Grüne den NAP. Diese Kritik wies die Koalition jedoch zurück: „Der NAP ist ein Motor für Veränderungen und kein Gesetzespaket“, sagte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in der Debatte.

**Viele Vorschläge** Ein Motor allein reicht jedoch der Opposition nicht aus, sie will den NAP als voll funktionstüchtiges Gefährt für Menschen mit Behinderungen verstanden wissen und reichte deshalb detaillierte Anträge ein, die sich eng an den Vorgaben der UN-Konvention orientieren. Drei Anträge kommen von der Fraktion Die Linke, zwei von der SPD und einer von Bündnis 90/Die Grünen. Die Linke fordert in einem Antrag (17/7872), den NAP dem Bundestag als Unterrichtung vorzulegen und so eine umfassende Beratung zu ermöglichen. In einem zweiten Antrag (17/7889) macht sich die Fraktion für ein Teilhabegesetz stark. Im Zentrum der Teilhabeleistungen soll die bedarfsgerechte persönliche Assistenz stehen, wobei die Einkommens- und Vermögenssituation der Betroffenen keine Rolle spielen soll. In ihrem dritten Antrag (17/6586) setzt sich Die Linke dafür ein, die Wartezeit auf einen Schwerbehindertenausweis auf fünf Wochen zu begrenzen. Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihrem Antrag (17/7951) eine Weiterentwicklung des Neunten Sozialgesetzbuches (SGB IX), in dem das Leistungsrecht für behinderte Menschen geregelt ist. Denn viele Rehabilitationsträger setzen die Vorschriften des SGB IX nicht oder nur unvollständig um, schreiben die Grünen. Eine Überprüfung der Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-Konvention fordert die SPD in einem Antrag (17/7942). Die Abgeordneten sprechen sich für ein Konzept des „Disability Mainstreaming“ für Politik und Gesetze aus, um die Gesellschaft für die Belange der Betroffenen zu sensibilisieren. In einem zweiten Antrag (17/7827) setzt sich die SPD für einen Tag des barrierefreien Tourismus auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin ein.

**Einig im Ziel** In der Debatte bekräftigten alle Redner das Ziel einer inklusiven Gesellschaft, meist, ohne im Detail auf die Anträge einzugehen. Während die Koalition zu friedlichen auf das Erreichte und optimistisch in die Zukunft blickte, reichte der Opposition dieses nicht aus. „Menschen mit Behinderungen wollen nicht als Bittsteller am Rande der Gesellschaft leben. Sie wollen teilhaben können und nicht teilhaben dürfen“, betonte Elke Ferner (SPD). Seit der Ratifizierung der Konvention habe die Regierung lediglich einen „zögerlichen“ NAP mit vielen Absichtserklärungen formuliert, der jedoch am Kern des Problems vorbeigehe. Denn „wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“, stellte die SPD-Abgeordnete fest.

Maria Michalk (CDU) zog dagegen ein anderes Resümee: „Die Ratifizierung der Konvention, der NAP, die Aktivitäten des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung beweisen, dass wir auf einem guten Weg sind und nicht die Augen vor den Problemen verschließen.“

**Schneeballeffekt** Auf einem guten Weg bedeutet aber auch, noch nicht am Ziel zu sein. Das ist auch der Bundesregierung klar. „Wir alle träumen von einer Gesellschaft, in der sich niemand den Zutritt zu einem Geschäft einklagen muss“, sagte deshalb Ursula von der Leyen. Der NAP löse einen Schneeballeffekt aus und werde dazu beitragen, dass die Gesellschaft für die Belange von Menschen mit Behinderungen stärker sensibilisiert wird. Dass dies auch eine Frage von Generationenerfahrungen sein kann, machte Gregor Gysi (Die Linke) klar. Seine Generation hege ein „scheues Verhältnis“ gegenüber Menschen mit Behinderung, weil sie den Umgang mit ihnen als Kind nicht gelernt habe. Ziel müsse es nun sein, diesen Umgang zu einer völligen Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Auf allen gesellschaftlichen Feldern müsse sich die Gesellschaft „einen Ruck geben“, um die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Gabriele Molitor (FDP) sah genau darin das Ziel des NAP. Er stoße einen Veränderungsprozess an, der diese Teilhabe ermöglicht. In Deutschland sei die Gleichstellung aber schon weit vorangeschritten, weshalb die Opposition vorsichtig mit ihren Vorwürfen sein soll, sagte Molitor. Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) attestierte der Bundesregierung dagegen eine „Blockade und Erstarrung in der Behindertenpolitik“. So seien die Teilhabeleistungen immer noch zu unkoordiniert. Angesichts dieser Unübersichtlichkeit würden sich die Akteure „eingraben“. *Claudia Heine* ||

Wiederverheiratungen soll künftig verhindert werden, dass Hinterbliebenenrenten zu lange gezahlt werden. Der größte Streitpunkt, zu dem sich in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses am 24. Oktober 2011 auch die Mehrheit der Sachverständigen kritisch geäußert hatte, waren die Regelungen zur Erstattungspflicht des Bundes für Rentenversicherungsbeiträge von Menschen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten. Der Bund erstattet seit Januar 2008 den WfbM keine Beiträge mehr zur Aufstockung der Rentenversicherung für Menschen mit Behinderungen im Eingangs- und Berufsbildungsbereich der Werkstätten. Stattdessen wies das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Bundesagentur für Arbeit und die Rentenversicherungsträger an, die Kosten zu übernehmen. Diese Praxis hatte ein Gericht im Jahr 2010 für unzulässig erklärt. Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah eine rückwirkende Änderung der Regelungen zum 1. Januar 2008 vor, die diese Praxis nachträglich legitimiert hätte. Diese Rückwirkungsregelung hat die Koalition schließlich zurückgenommen, was bei der Opposition auf ein positives Echo stieß. Die SPD kritisierte dennoch einen „Verschiebepark“ hin zu einer zusätzlichen Belastung der Steuerzahler, denn die Koalitionsfraktionen bekräftigten ihr Ziel, dass in Zukunft dennoch die BA diese Kosten erstatten soll. Bündnis 90/Die Grünen begrüßten den Verzicht auf die Rückwirkung ebenfalls, sahen die Pläne der Koalition wegen des angespannten Haushalts der BA aber kritisch. Auch Die Linke sprach von einer „sachlich falschen Kostenverlagerung“. Union und FDP verteidigten ihre Pläne dagegen als einen Schritt zu mehr Effizienz in der Sozialpolitik. „Nach langer Fahrt wird der Omnibus nun sein Ziel erreichen“, hieß es aus der Koalition. *che* ||

## Opposition dringt auf Offensive bei Vorbeugung

**ANHÖRUNG** Experten für Ausbau der Gesundheitsförderung

Die Opposition macht Druck für ein Präventionsgesetz und einen massiven Ausbau der Gesundheitsförderung. Bei einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses ernteten die Fraktionen von SPD, Die Linke und Grünen vergangene Woche seitens der Sachverständigen viel Zustimmung zu ihren Anträgen. „Die Zeit ist reif für ein Bundesgesetz zur nicht-medizinischen Prävention“, betonte etwa der Leiter der Forschungsgruppe Public Health des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Rolf Rosenbrock. Der Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen, Thomas Altgeld, konstatierte, es mangle nicht an Papieren zur Prävention. Vielmehr fehle ein gesetzlicher Rahmen. Andreas Mielck vom Institut für Gesundheitsökonomie am Helmholtz Zentrum München sagte, ein Präventionsgesetz solle vor allem darauf ausgerichtet sein, die gesundheitliche Ungleichheit infolge sozialer Unterschiede zu verringern.

**Widerspruch** Jedoch gab es auch Widerspruch. Volker Wanek vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) befand, die in den Anträgen enthaltenen Intentionen könnten „auch ohne ein Präventionsgesetz“ und „ohne neue bürokratische Hürden“ umgesetzt werden. Er verwies darauf, dass bei Prävention und Gesundheitsförderung in den vorhandenen Strukturen viel erreicht worden sei, etwa mit dem Kooperationsverbund Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA), Elisabeth Pott, sagte, es brauche nicht zwingend ein Gesetz, wenn es – wie etwa bei der HIV/Aids-Prävention – einen „gemeinsamen politischen Willen“ und die Kooperation von Bund und Ländern gebe. Gleichwohl müsse die Finanzierung der Prävention deutlich erhöht werden. „Man kann nicht für 3,50 Euro die Prävention in ganz Deutschland verbessern“, betonte die Professorin. Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (17/5384) ein Präventionsgesetz, in dem etwa die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen geregelt wird. Außerdem soll damit eine Stiftung Prävention und Gesundheitsförderung als neue gemeinsame Organisationseinheit der Sozialversicherung, des Bundes und der Länder errichtet und finanziell unterstützt werden. Der Professor für Kindergeriatrie an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Raimund Geene, begrüßte den Stiftungsansatz. Es gebe zwar viele gute

Ansätze für Gesundheitsförderung und Prävention. Doch es fehle „bislang ein starker Akteur“. Auch Rosenbrock nannte eine Stiftung „eine gute Lösung“. Sinnvoll könne eine Orientierung an entsprechenden Ansätzen in der Schweiz sein.

**Mindestausgaben** Die SPD will ferner die Ausgaben der Krankenkassen für Prävention erhöhen. Dazu solle pro Versichertem ein Mindestausgabenrichtwert von zehn Euro festgelegt werden. Der Vertreter des GKV-Spitzenverbandes zeigte sich in der Anhörung darüber „erstaunt“. Dies bedeute eine Steigerung auf mehr als das Doppelte des derzeitigen Volumens, sagte Wanek. Das wäre aus seiner Sicht derzeit „nicht machbar“.

Die Linken schlagen in ihrem Antrag (17/6304) vor, „eine Koordinierungs- und Entscheidungsstelle auf Bundesebene zu schaffen, die organisatorisch an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) angebunden wird und über eigene finanzielle Mittel im Rahmen eines Fonds verfügt“. An dem einzurichtenden Fonds sollen sich nach Vorstellungen der Linken Bund, Länder, die Sozialversicherungszweige und die private Kranken- und Pflegeversicherung beteiligen. „Zusätzlich sind zum Start aus dem Bundeshaushalt in den nächsten vier Jahren jeweils eine Milliarde Euro in den Fonds einzuzahlen“, verlangen die Abgeordneten. Nach Abschluss der Aufbauphase sei der Finanzierungsbeitrag des Bundes für die Folgejahre rechtzeitig festzulegen. Von den Gesamtmitteln des Fonds sollen 75 Prozent von der kommunalen Ebene abgerufen werden, heißt es in der Vorlage. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will mit ihrem Antrag (17/5529) Prävention und Gesundheitsförderung als Aufgabe in den Sozialgesetzbüchern verankern und neben der gesetzlichen auch die private Kranken- und Pflegeversicherung an der Finanzierung beteiligen. Das Finanzvolumen solle in der Startphase 500 Millionen Euro betragen und in den Folgejahren jeweils um zehn Prozent erhöht werden, schreiben die Grünen-Abgeordneten. Die schwarz-gelbe Koalition lehnt ein Präventionsgesetz ab. Im Koalitionsvertrag ist stattdessen von einer „Präventionsstrategie“ die Rede. Diese solle „Vorhandenes bewerten und aufeinander abstimmen, nationale und internationale Erfahrungen und Erkenntnisse analysieren sowie auf bewährten Programmen und Strukturen aufbauen, diese weiterentwickeln und sie in die Fläche bringen“. *Monika Pilath* ||

»Die Zeit ist reif für ein Bundesgesetz zur nicht-medizinischen Prävention.«

Rolf Rosenbrock

»Man kann nicht für 3,50 Euro die Prävention im ganzen Land verbessern.«

Elisabeth Pott

## Der Omnibus ist im Ziel

**SOZIALGESETZE** Umfangreiches Änderungspaket beschlossen

Der Bundestag hat am 1. Dezember umfangreichen Änderungen der Sozialgesetzbücher den Weg gebnet. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Opposition nahm er den Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Viertes Gesetz zur Änderung des Vierten Sozialgesetzbuches und anderer Gesetze in geänderter Fassung an (17/6764). In diesem wegen seiner inhaltlichen Vielfalt auch „Omnibusgesetz“ genannten Gesetz geht es unter anderem um die Versicherungspflicht von Teilnehmern an dualen Studiengängen. Diese soll einheitlich in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und der Arbeitsförderung für die gesamte Dauer des Studiums geregelt werden. Außerdem sollen im Sechsten Sozialgesetzbuch die Voraussetzungen für eine erweiterte Datenübermittlung zwischen den Meldebehörden und der gesetzlichen Rentenversicherung geschaffen werden. Insbesondere durch die Übermittlung von Daten von



Im Dickicht der Sozialgesetzbücher

**KURZ NOTIERT**

**SPD fordert barrierefreie ITB**

Die SPD-Fraktion setzt sich für einen Tag des barrierefreien Tourismus auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin ein. In einem Antrag (17/7827) fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass ein solcher Tag vom Jahr 2012 an dauerhaft eingerichtet wird. Dies „könnte einen wirksamen Beitrag zur Verbreitung guter Praxisbeispiele von barrierefreien Angeboten“ leisten, auf die Menschen mit Behinderung zur Teilhabe am Tourismus angewiesen seien, heißt es zur Begründung im Antrag. Der Bundestag überwies ihn am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an den Tourismusausschuss. *mpi*

**Keine Überprüfung des Atommeilers ITER**

Die Bundesregierung muss sich nicht dafür einsetzen, dass der Bau des Kernfusionsreaktors ITER im südfranzösischen Standort Cadarache im Rat der Europäischen Union und im ITER-Rat überprüft wird. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/6321) lehnte der Bundestag auf Beschlussempfehlung des Forschungsausschusses (17/7934) am vergangenen Donnerstag ab. Dabei sollte zunächst geklärt werden, wie die „strittige Finanzierung der gigantischen Mehrkosten des Projekts“ erfolgen soll und inwieweit die nationalen Haushalte durch die Mehrkosten belastet werden. *tyh*

**Grüne: Gesetzgeber für Bundesstraßenbau zuständig**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf zur Bedarfsermittlung des Baus oder Ausbaus von Bundesfernstraßen (17/7885) vorgelegt. Damit soll klargestellt werden, dass die Entscheidung über den Bau oder Ausbau von Bundesfernstraßen allein beim Gesetzgeber liegt. Die Exekutive solle ohne eine solche Entscheidung keine Planung vornehmen dürfen. Die Entscheidung über den Bau und Ausbau von Bundesfernstraßen folge einer stets sehr kontrovers geführten Debatte, heißt es in dem Gesetzentwurf, der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. *mik*

**Deutsche Bahn soll ihre Preiserhöhung zurücknehmen**

Die Bundesregierung soll dafür sorgen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) die Preiserhöhung vom Dezember 2011 zurücknimmt. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem am Donnerstag erstmals beratenen Antrag (17/7940). Weiter soll sich die Regierung für eine grundsätzliche Reform des Bahnpreissystems einsetzen. Diese soll sozial ausgewogen und familienfreundlich sein und besonders auf die kontinuierliche Vergrößerung des bestehenden Kundenstamms durch die Förderung und den Ausbau der Mobilitätskarten Bahncard 50 und 100 orientiert sei. Die DB AG wolle am 11. Dezember 2011 die Fahrpreise um 3,9 Prozent im Fernverkehr und um 2,7 Prozent im Nah- und Regionalverkehr anheben. *mik*



Unterschiedliche Reaktionen auf den Ausgang des Volksentscheids (v. l.): Baden-Württembergs Ministerpräsident Wilfried Kretschmann (Grüne), Baubefürworter bei einer Jubelfeier und Finanzminister Nils Schmid (SPD)

# »Runter von den Bäumen«

**STUTTGART 21** Nach dem klaren Votum für das Bahnprojek drohen neue Probleme mit den Baukosten

**B**auen wollen jetzt alle, nachdem knapp 60 Prozent der baden-württembergischen Wähler bei der Volksabstimmung über den Bahnhofsneubau „Stuttgart 21“ den Ausstieg des Landes aus dem 4,5 Milliarden Euro teuren Vorhaben abgelehnt und damit die oft als „Wutbürger“ titulierte Gegner in die Schranken gewiesen hatten. Unterschiedliche Konsequenzen werden trotzdem gezogen. Während Union und FDP möglichst schnell freie Fahrt für die Züge durch den Stuttgarter Untergrund anstreben, will die Opposition strikt auf die Einhaltung der Kosten achten.

**Großvorhaben möglich** Thomas Strobl (CDU) lobte in einer Aktuellen Stunde des Bundestages am vergangenen Mittwoch das Votum über Stuttgart 21 als „gutes Signal“ für den Standort Deutschland: Auch künftig könnten große Infrastrukturprojekte realisiert werden. Strobl interpretierte das Referendum zu S 21 als „Bestätigung für die parlamentarische Demokratie“. Das Volk habe gebilligt, was in diesem Fall bei einem jahrelangen parlamentarischen Prozess abgesegnet worden sei. Der CDU-Abgeordnete appellierte an die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg, nun dazu beizutragen, dass der neue Bahnhof schnell verwirklicht werden könne. „Querschüsse“ aus den Reihen der Grünen und der Landesregierung müssten beendet werden. Strobl rief Ministerpräsident Wilfried Kretschmann und Verkehrsminister Winfried Hermann (beide Grüne) auf, den

Projektgegnern die neue Situation zu erklären: Die Grünen hätten die Leute „auf die Bäume gebracht und müssen sie nun wieder runterholen“. Aus Sicht von Ulrich Lange (CSU) beginnt für die baden-württembergische Regierung bei der Umsetzung des Votums vom Sonntag der „echte Stresstest“. Joachim Pfeiffer (CDU) plädierte dafür, bei Infrastrukturvorhaben die Bürgerbeteiligung neu zu gestalten, da deren jetzige Form die Bevölkerung offenbar nicht erreiche. Dabei müsse auch eine Beschleunigung der Planungsverfahren angestrebt werden. Der Ausgang des Plebiszits habe offenbart, dass der Stuttgarter Gemeinderat, der baden-württembergische Landtag und der Bundestag bei ihren Entscheidungen für S 21 den „richtigen Riecher hatten“, so Patrick Döring (FDP). Entgegen einem oft erwarteten Eindruck stehe die Bevölkerung neuem aufgeschlossen gegenüber. Bei der Realisierung von S 21 sei nun „schnelles Verwaltungshandeln“ nötig, sagte der Liberale. Besonders Hermanns Verkehrsressort sei gefordert, die Umsetzung zu beschleunigen. Zur „Projektförderung“ durch die Landesregierung reiche eine „konstruktiv-kritische Begleitung“ von S 21 nicht aus. An die Adresse der Koalition gerichtet erklärte der SPD-Abgeordnete Christian Lange, wer nach der Volksabstimmung das Votum der „schweigenden Mehrheit“ lobe, müsse sich nun auch für mehr Volksentscheide einsetzen. Lange sah nicht zuletzt in der hohen Wahlbeteiligung einen Grund, Plebiszite künftig in höherem Maße zu ermöglichen. Der SPD-Abgeordnete begrüßte

die Absicht von Grün-Rot, im Südwesten die Quoren bei Volksabstimmungen senken zu wollen. Für Lange ist die Landesregierung verpflichtet, die Verwirklichung von S 21 zu unterstützen. Besonders der Verkehrsminister müsse sich daran messen lassen. Hermann stehe nun „unter unserer verschärfen

läufig in einer Dagegen-Bewegung“ münden müsse. Sabine Leidig von der Linksfaktion führte das Resultat des Plebiszits auch darauf zurück, dass die Grünen in Baden-Württemberg zu sehr auf den Koalitionsfrieden mit der SPD gesetzt hätten. Sie gab sich über-

Leidig warnte, wegen der steigenden Kosten könnten in Stuttgart „gigantische Baurinnen“ entstehen. Sie bezeichnete die Ergebnisse des Stresstests als falsch. Die Leistungsfähigkeit von S 21 werde geringer sein als jene des heutigen Kopfbahnhs. In Stuttgart werde ein „Nadelöhr“ geschaffen.

**Geld fehlt woanders** Die grün-rote Regierung habe dem Land mit dem Volksentscheid einen „großen Gefallen“ getan, erklärte Fritz Kuhn von Bündnis 90/Die Grünen. Jetzt sei der Konflikt um S 21 demokratisch entschieden. Die Grünen würden dieses Vorhaben nun umsetzen. Dazu gehöre aber auch, dass der Kostenrahmen von 4,5 Milliarden Euro gewahrt werde. Kuhn äußerte Zweifel, ob die Realisierung von S 21 gut für den Standort Deutschland sei. Schließlich könne sich erweisen, dass die in Stuttgart investierten Milliarden bei anderen Bahnvorhaben fehlen würden. Ministerpräsident Kretschmann erklärte in Stuttgart: „Wir werden umschalten von ablehnend-kritisch auf konstruktiv-kritisch“, und dies „ohne Hintertür und doppelten Boden“. Für den kleinen Koalitionspartner versprach der baden-württembergische Finanzminister Nils Schmid (SPD), „dass wir jetzt Verträge erfüllen, den Bau unterstützen wollen“. Verkehrsminister Hermann warnte vor zu hohen Kosten: Die Landesregierung werde gemäß Finanzierungsabkommen nicht mehr als 930 Millionen Euro zum Verkehrsprojekt dazugeben. Und Kretschmann ergänzte: Das sei das „Ende der Fahnenstange“. *Karl-Otto Sattler*



Der oberirdische Stuttgarter Hauptbahnhof gehört wohl bald der Vergangenheit an.

Beobachtung“. Langes SPD-Kollegin Ute Kumpf warf Union und FDP vor, bei S 21 anfangs gegen ein Plebiszit gewesen zu sein, was auch für die Grünen gelte. Erst das Referendum habe eine Entscheidung für S 21 gebracht. Es habe sich gezeigt, so Kumpf, dass die direkte Demokratie „nicht zwangs-

zeugt, dass das Bahnprojek zum „Scheitern verurteilt ist“. So sei die Kostenfrage immer noch ungelöst. Bereits jetzt sei der Kostendeckel von 4,5 Milliarden Euro gesprengt, so die Linkspolitikerin. Letztlich würden es wohl über sieben Milliarden Euro werden.

## Regierung steht zum VW-Gesetz

**WIRTSCHAFT** Die Bundesregierung will im Streit mit der Brüsseler EU-Kommission um das VW-Gesetz nicht nachgeben, sondern das deutsche Gesetz, das dem Land Niedersachsen als VW-Aktionär eine Sperminderität in dem Automobilunternehmen sichert, vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verteidigen. Ein Sprecher der Regierung versicherte in einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am vergangenen Mittwoch, auch die von der Kommission angeordneten hohen Strafzahlungen von 31.114 Euro pro Tag würden die Regierung nicht davon abbringen können, diese Position zu vertreten. Ein Sprecher der SPD-Fraktion begrüßte die „deutliche und klare Stellungnahme der Bundesregierung“ und forderte sie auf, auf Kurs zu bleiben. Auch die Linksfaktion wünschte der Bundesregierung „viel Erfolg“ und begrüßte, dass der Vertreter der Regierung eine so klare Position eingenommen habe. Von der CDU/CSU-Fraktion wurde bedauert, dass sich die EU-Kommission immer auf die großen Player im Markt stürze. Die FDP-Fraktion zeigte sich erstaunt, mit welchem Engagement sich die EU-Kommission bei diesem Unternehmen ausbeute. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hieß es, ein Betrag von 31.114,75 Euro pro Tag sei schon ein „Haufen Geld“. *hle*

## Transparenz per E-Mail

**VERBRAUCHERSCHUTZ** Anspruch auf Informationen wird ausgeweitet, ist aber nicht kostenlos

Fast ein Jahr nach dem letzten Dioxin-Skandal sind die gesetzgeberischen Konsequenzen gezogen worden. Verbraucher können jetzt einfacher Informationen erhalten, die – wie die Lieferketten von Unternehmen – bisher noch als Geschäftsgeheimnis galten. Auch der Auskunftsweg wird einfacher: Eine E-Mail an Behörden reicht, um einen Antrag auf Informationsauskunft zu stellen. Der Bundestag stimmte am Freitag der Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG, 17/7374, 17/7993) mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfaktionen zu. Mehrere Anträge der Opposition wurden abgelehnt.



Zugang zu Informationen wird leichter.

Elvira Dobrinski-Weiß (SPD) reichte der Gesetzentwurf nicht. Sie forderte eine „Transparenzkultur“ für Deutschland, die durch die Verpflichtung der Behörden, Informationen von sich aus offen zu legen, etabliert werden könnte. Diese Forderung konnte Erik Schweickert (FDP) so nicht nachvollziehen. „Wir weiten den Informationsanspruch aus“, sagte er. So werde die schnelle Informationsaufberei-

tung bei Grenzwertüberschreitungen von Lebensmitteln gefördert. „Durch die Novellierung wird das VIG, was es hätte immer sein sollen: ein Transparenzgesetz“, so Schweickert. Caren Lay (Die Linke) war sich hingegen sicher, dass der Gesetzentwurf nicht helfe, die Verbraucherrechte zu stärken. „Es gibt weiterhin keine Regelung für Finanzdienstleistungen.“ Lay forderte, dass das VIG für alle Produkte und Dienstleistungen gelten müsse. „Aber dieses Verbraucherinformationsgesetz verdient seinen Namen nicht.“ Nicole Maisch (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich in ihrer Rede enttäuscht: „Mit dem Gesetz wird wenig gewollt und noch weniger erreicht.“ Die Ankündigung eines bundeseinheitlichen Hygienesiegels durch die Ministerin werde durch den Entwurf nicht eingehalten. Mechthild Heil (CDU/CSU) hielt den Kritikern des Gesetzes vor, dass das VIG die Souveränität der Verbraucher stärke, statt sie zu bevormunden. „Das Gesetz bringt umfassende, einfache, schnelle und kostengünstige Informationen.“ Aber es werde in Zukunft nicht mehr möglich sein, umfangreiche Anfragen zu stellen, die die Verwaltungen auf Monate binden würden, ohne die Auskünfte in Rechnung zu stellen. Das sei im Interesse der Steuerzahler. *Jan Eisel*

Anzeige

### DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

**Jetzt auch als E-Paper**

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

# Das Prinzip Langsam

**FINANZEN I** Die Börsen drehen sich weltweit immer schneller. Mit der Realwirtschaft hat der Handel nur noch wenig zu tun. Das meiste ist Spekulation. Eine neue Steuer soll das Tempo drosseln



An den Börsen könnte sich neben Bullen und Bären auch die Schnecke breit machen. Das Weichtier steht auch für ein altes Anlegerprinzip: Kaufen und liegen lassen.

**M**anchmal kommt das Anschauungsmaterial frei Haus. Als der Finanzausschuss des Bundestages am vergangenen Mittwoch über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer beriet, mit der die Spekulation eingedämmt und das Tempo an den Börsen verlangsamt werden soll, drehten die Märkte richtig auf. Weltweit stiegen die Kurse steil an, nachdem die staatlichen Notenbanken den unter Eigenkapitalschwäche leidenden privaten Banken Geldspritzen in Aussicht gestellt hatten. Auch in Frankfurt legte der Deutsche Aktienindex (DAX) ein Kursfeuerwerk hin und erfreute die in den letzten Monaten geplagten Anleger mit einem Tagesplus von knapp fünf Prozent.

**Exzessive Aktivitäten** Die massiven Kursanstiege der jüngeren Zeit haben Gründe. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist überzeugt, dass der Ausbruch der Finanzkrise mit „exzessiven Handelsaktivitäten“ zu tun hat. Das Handelsvolumen an den Börsen sei in den Jahrzehnten vor der Krise stark überproportional im Vergleich zu den Transaktionen der Realwirtschaft gewachsen. Das heißt: Es ist weit mehr Geld im Umlauf, als es dem Wert der Realwirtschaft entspricht, und dieses Geld ist an den Börsen im pausenlosen Einsatz. Auch die Haltedauer von Finanzinstrumenten hat sich nach Erkenntnissen des DIW verkürzt. Aktien seien 1990 etwa an der Frankfurter Börse durchschnittlich zwei Jahre gehalten worden. Heute seien es nur wenige Monate. Und zugleich seien die Transaktionskosten gesunken.

Für Bundesregierung und Opposition liegt eine Lösung auf der Hand: die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die SPD-Fraktion hat dazu einen Antrag (siehe Kompakt) vorgelegt, der einen Steuersatz von 0,05 Prozent vorsieht, mit dem sich der Finanzausschuss in seiner öffentlichen Anhörung beschäufte. Außerdem ging es um einen Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer und das deutsch-französische Positionspapier zu dieser Steuer.

Wirtschaftsverbände, Börsen und Banken ließen sich von den Kursschwankungen nicht erschüttern und blieben ihrer Haltung treu: Sie beurteilten die Finanztransaktionssteuer äußerst kritisch oder lehnten sie sogar strikt ab. In der Anhörung sagte der Sachverständige Professor Volker Wieland (House of Finance): „Die beste Idee ist ein Steuersatz von Null.“ Dagegen wurde die Steuer von Nichtregierungsorganisationen und Teilen der Wissenschaft als wichtiges Instrument zur Eindämmung der Spekulation angesehen. Die Deutsche Kreditwirtschaft, der Zusammenschluss der Bankenverbände, befürchtete negative Auswirkungen auf die Konjunktur. Selbst die EU-Kommission erwarte bei einer EU-weiten Steuer von 0,1 Prozent auf Aktien (0,01 Prozent auf Finanzwerten wie Derivate) eine Einbuße des Bruttoinlandsprodukts von 1,76 Prozent. Die Finanztransaktionssteuer treffe nicht nur die Finanzinstitute, sondern alle Erwerber von Finanzprodukten, darunter auch Kleinsparer. Ähnlich äußerten sich die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in einer gemeinsamen Stellungnahme. Danach würden auch die Unternehmen belastet, die Lie-

fergeschäfte gegen Zins- und Währungsrisiken durch Derivate absichern würden. Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) sagte auf die Frage, wer das von der EU geschätzte Steueraufkommen von 57 Milliarden Euro zu tragen habe: „Das werden Bürger und Realwirtschaft sein.“ Der Bundesverband Investment und Asset Management erklärte: „Die Belastung hätten vor allem Langfrist- und Altersvorsorgesparer zu tragen.“ Professor Franz Mayer (Universität Bielefeld) sah in der Vereinbarkeit der Finanztransaktionssteuer mit dem Binnenmarkt keine Probleme: „Unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit der vorgesehenen Gesetzgebung bestehen auch gegen die Höhe der

avisierten Steuer keine Bedenken, auch nicht unter grundrechtlichen Aspekten“, erklärte er zum EU-Vorschlag. Stephan Schulmeister (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) befürwortete ebenfalls die Steuer, die auf den Märkten dafür sorgen könne, „dass extreme Ausschläge schwächer werden“. Schulmeister hielt die stark gestiegenen Zinssätze für eine Folge der zunehmenden Spekulation und warnte vor seiner Ansicht nach drohenden katastrophalen Folgen: „Mich beschleicht ein Titanic-Gefühl.“

**Keine Rede von Rezession** Professor Gustav Horn (Hans-Böckler-Stiftung) widersprach der Darstellung mehrerer Wirtschaftsvertreter, wonach die EU-Kommission bei Einführung der Steuer eine Rezession erwarte. Das habe die Kommission nie gesagt, erklärte Horn. „Einige Gegner der Steuer halten hartnäckig an dem Argument fest, die Steuer würde den Kleinsparer treffen. Ebenso hartnäckig muss die Einwand zurückgewiesen werden“, erklärte Detlev von Larcher von Attac. Durch die niedrigen Steuersätze sei die Steuer bei einzelnen Transaktionen kaum spürbar und „im Vergleich mit den gleichzeitig anfallenden Gebühren vernachlässigbar“. Auch der von der Deutschen Börse und der Börse Stuttgart in Stellungnahmen befürchtete Umsatzverlust an außereuropäischen Handelsplätzen ist nach Ansicht von Attac „maßlos überzeichnet“, da jede Transaktion einer Institution oder Person mit Sitz in der EU steuerpflichtig wäre. Der Börsenmakler Dirk Müller sprach sich für die Transaktionssteuer aus: „Von 0,05 Prozent geht die Welt nicht unter.“ Hans-Jürgen Leersch

## KOMPAKT

> **Geltungsbereich** Die SPD-Fraktion verlangt in einem Antrag (17/6086), eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene einzuführen.

> **Steuersätze** Jede Transaktion, also der Kauf oder Verkauf von Wertpapieren aller Art und der Handel mit Devisen, soll einheitlich mit 0,05 Prozent des Wertes besteuert werden.

> **Wirkung** Die Antragsteller versprechen sich nicht nur Steuereinnahmen, sondern erwarten auch einen Rückgang der Spekulation. Da der Steuersatz bei jedem Handelsgeschäft fällig werde, werde die Zahl kurzfristiger Transaktionen zurückgehen.

## Linke will EZB anzapfen

**FINANZEN II** Neuer Fonds soll Staatsinvestitionen finanzieren

Ein europäischer Fonds für soziale, solidarische und ökologische Entwicklung soll in Zukunft die Finanzierung öffentlicher Vorhaben zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen übernehmen. Zu den Aufgabenbereichen soll auch die Förderung von Umweltmaßnahmen und des Strukturwandels gehören, heißt es in einem Antrag der Fraktion Die Linke (17/7884), der am Donnerstag vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Nach Vorstellungen der Linksfraktion soll der Fonds über eine neue Europäische Bank für öffentliche Anleihen finanziert werden, über die Staatsanleihen der EU-Staaten bei der Europäischen Zentralbank eingereicht werden. Dadurch werde eine Möglichkeit der Staatsfinanzierung zu den Konditionen der Geschäftsbanken geschaffen, schreibt die Fraktion und stellt fest: „Diese Bank ist daher ein wichtiges Instrument, um die Fi-

nanzierung der Nationalstaaten nicht länger von der Willkür und dem Wohlwollen der internationalen Finanzmärkte abhängig zu machen.“

**Steuer ab 2012** Zusammen mit der französischen Regierung soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorbereiten. Beide Staaten sollen diese Steuer ab 2012 einführen. Der Steuersatz soll 0,1 Prozent für Aktien und 0,05 Prozent für alle anderen Finanz- und Devisentransaktionen betragen. Außerdem sollen EU-weit Personen mit einem Privatvermögen von mehr als einer Million Euro zu einer Sondervermögensabgabe herangezogen werden. Die Linksfraktion fordert zudem Verbote von Leerverkäufen, Kreditversicherungen, des Hochfrequenzhandels und der Rating-Bewertung von Staatsanleihen. hle

## Streit um Deutschlands Rolle beim Klimaschutz

**UN-KONFERENZ** Abgeordnete erwarten keinen Durchbruch bei den Verhandlungen in Durban

Bei der Aktuelle Stunde zur UN-Klimakonferenz im südafrikanischen Durban am vergangenen Donnerstag fokussierte sich alles auf eine Frage: Ist Deutschland weiter Vorreiter im Klimaschutz oder nicht? Der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Jung übt daran keinen Zweifel. „Wir zeigen mit unserem Handeln, dass wir unserer Rolle gerecht werden“, sagte er und nannte als einen Beweis die Tatsache, dass sich Deutschland dazu verpflichtet habe, bis 2020 seine Treibhausgasemissionen „unkonditioniert“ um 40 Prozent zu verringern.

**Wenig Optimismus** Doch obwohl die Koalitionsfraktionen einen Antrag eingebracht hatten, in dem sie ein neues rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen fordern (17/7936), zeigte auch er sich bezüglich der Klimaverhandlungen wenig optimistisch. Er glaube nicht, dass es dort „zu einem Durch-

bruch“ kommen werde, sagte er. Das fürchtete auch die Opposition, die der Bundesregierung vorwarf, auch in Deutschland zu wenig zu tun: „Solange die Taten fehlen, wird Deutschland nicht mehr Vorreiter beim Klimaschutz sein können“, sagte der Abgeordnete Dirk Becker (SPD). Seine Fraktion hatte zuvor einen eigenen Antrag (17/7938) eingebracht, in dem sie fordert, dass in Durban schrittweise substanzielle Fortschritte für ein Klimaabkommen erzielt werden sollen. Die Linke sprach sich in ihrem Antrag (17/7939) dafür aus, die Bundesregierung müsse im ersten

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Geldwäsche wird erschwert

**FINANZEN** Das „Waschen“ von Geld aus illegalen Geschäften zum Beispiel mit Drogen oder dem Menschenhandel wird erschwert. Der Bundestag beschloss am vergangenen Donnerstag den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Geldwäscheprävention (17/6804, 17/7950). Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP stimmten ebenso dafür wie die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, während sich die Fraktion Die Linke der Stimme enthielt. Zuvor hatte die Koalition im Finanzausschuss des Bundestages zahlreiche Änderungen an dem Entwurf vorgenommen. Mit dem Gesetz werden Sorgfalts- und Meldepflichten erweitert und auch auf den Nichtfinanzsektor ausgedehnt. Betroffen sind unter anderem Immobilienmakler, Spielbanken, Steuerberater und Rechtsanwälte. Außerdem sind schärfere Sanktionen bei Gesetzesverstößen vorgesehen. Die Pflicht zur Verdachtsmeldung wird ausgeweitet. Mit dem Gesetz sollen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auch bei komplexen Transaktionen und Geschäftsbeziehungen erschwert werden. Die CDU/CSU-Fraktion zeigte sich im Finanzausschuss erfreut, dass der Gesetzentwurf jetzt abgeschlossen und damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Geldwäsche geleistet werden könne.

Es sei im Laufe der Beratungen gelungen, im Regierungsentwurf noch enthaltene überflüssige Bürokratie abzubauen. Als Beispiel wurde die Pflicht zur Ernennung von Geldwäschebeauftragten in Unternehmen ab neun Beschäftigten genannt. Die Pflicht zur Ernennung dieser Beauftragten wurde mit einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Finanzunternehmen und Spielbanken reduziert. Nachdem es gelungen sei, wichtige Verbesserungen an dem zunächst mangelhaften Entwurf vorzunehmen, sei das Gesetz jetzt zustimmungsfähig. Ein Sprecher der SPD-Fraktion wies aber auch darauf hin, dass im Bereich des Online-Glücksspiels ein neues Geldwäscheproblem entstehen könne. Die FDP-Fraktion lobte, dass nicht mehr alle Unternehmen ab neun Mitarbeitern einen Geldwäschebeauftragten ernennen müssen. Wie die SPD begrüßte die FDP-Fraktion, dass das Gesetz nach drei Jahren auf seine Wirksamkeit überprüft werden solle. Auch die Linksfraktion sprach von einer konstruktiven Diskussion über den Gesetzentwurf, der jedoch weiterhin verbesserungsbedürftig sei. So würden Geldspielgeräte nicht erfasst. Die Linksfraktion forderte außerdem einen Sonderkündigungsschutz für Geldwäschebeauftragte. hle

### Zahl der Verkehrstoten soll sinken

**VERKEHR UND BAU** Die Bundesregierung soll die Verkehrssicherheit in Deutschland weiter verbessern. Einem Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/5530) stimmte der Verkehrsausschuss am Mittwoch bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zu. Die Regierung soll deshalb die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auf den Erfolgen der Vergangenheit aufgebaut wird, um die Zahl der Unfallopfer weiter zu senken. Dabei müsse aber immer darauf geachtet werden, dass die Regeln von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert würden. „Ohne diese Akzeptanz nutzen die besten Gesetze und Verordnungen nichts“, heißt es in dem Antrag. Die Abgeordneten fordern darin unter anderem, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 im Vergleich zu 2010 um 40 Prozent zu reduzieren. Daneben soll auch die Zahl der Schwerver- und Schwerverletzten verringert werden. Das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen soll im Rahmen von Kampagnen weiterhin gefördert werden. Ebenso soll die Akzeptanz freiwilliger Gesundheitsüberprüfungen älterer Verkehrsteilnehmer gefördert werden. Im Infrastrukturbereich soll die Regierung den Schwerpunkt der

Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf die Landstraßen legen, da hier immer noch der Großteil der Verkehrstoten zu beklagen sei. Die Sprecher der Koalition wiesen darauf hin, dass die Verbesserung der Verkehrssicherheit unter allen Abgeordneten „unstrittig“ sei. Unterschiedliche Meinungen gebe es in Details. So hielt die Union die Verminderung der Zahl der Verkehrstoten um 40 Prozent für „realistisch“, während die Forderung der EU, die Zahl der Verkehrstoten um 50 Prozent zu verringern, nicht erreichbar sei. Die FDP hält es für ein wichtiges Ziel, für eine lebenslange und sichere Mobilität zu sorgen. Für die SPD-Fraktion muss die Mobilität „intelligent“ gestaltet werden. Sie kritisierte, dass im Antrag nicht auf die Geschwindigkeit als Hauptursache für Unfälle eingegangen werde. Die Linksfraktion setzte sich für „ambitionierte“ Ziele an der Verkehrssicherheit ein und kritisierte, dass im Etat für 2012 wiederum lediglich zehn Millionen Euro für Verkehrssicherheit eingesetzt seien. Bündnis 90/Die Grünen betonten, es gehe nicht nur darum, schwere Unfälle zu vermeiden, sondern auch die Anzahl der Unfälle überhaupt. Deshalb forderte die Fraktion Tempo 30 innerorts. mik

### Arbeitsagentur erwartet Überschuss

**HAUSHALT** Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erwartet im kommenden Jahr Einnahmen von insgesamt 37,8 Milliarden Euro. Die Beitragseinnahmen sollen davon 26,3 Milliarden Euro betragen. Das geht aus dem Etatentwurf 2012 der BA hervor, den der Haushaltsausschuss am Mittwoch zur Kenntnis nahm. Die Ausgaben sind mit insgesamt 37,2 Milliarden Euro etatisiert. Dementsprechend erwartet die BA im kommenden Jahr einen Überschuss von rund 550 Millionen Euro. Gegenüber den vorgesehenen Ausgaben in diesem Jahr sieht der Haushalt 2012 einen Anstieg der Einnahmen um 1,2 Milliarden Euro (plus 3,3 Prozent) und eine Reduzierung der Ausgaben um 4,7 Milliarden Euro (minus 11,3 Prozent) vor. Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktförderung sind 2,8 Milliarden Euro eingesetzt. Das sind 440 Millionen Euro mehr als voraussichtlich in diesem Jahr ausgegeben wird. Die BA geht bei ihrem Etatentwurf davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um ein Prozent und die Zahl der Arbeitnehmer um 0,4 Prozent steigen wird. Demgegenüber soll die Zahl der Arbeitslosen von durchschnittlich 2,97 Millionen Euro in diesem Jahr auf 2,85 Millionen sinken.

Die Sprecher aller Fraktionen begrüßten die deutlich verbesserten Arbeitslosenzahlen: Mit 2,71 Millionen Arbeitslosen hatte die BA kurz zuvor den niedrigsten November-Wert seit 1991 gemeldet. „Diese Zahlen sind positiver als erwartet“, sagte der Sprecher der Union. Insgesamt sah er den Etat der BA auf einem „guten Weg“. Vielleicht könne in diesem Jahr noch eine „schwarze Null“ erreicht werden. Für die FDP war es besonders positiv, dass die BA die Ausgaben verringert habe und nun in Zukunft eine Rücklage aufbauen könne. Demgegenüber kritisierten die Sprecher der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, dass bisher noch keine Rücklage aufgebaut wurde. Bei der kleinsten Veränderung der Konjunktur gebe es keinen „Puffer“ mehr. Der Vorstandsvorsitzende der BA, Frank-Jürgen Weise, erläuterte, bei der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise in den vergangenen drei Jahren seien insgesamt zehn Milliarden Euro für Kurzarbeitergeld verwendet worden. Es gelte die Faustregel: 100.000 Arbeitslose kosten 1,7 Milliarden Euro. Insgesamt könne er bisher jedoch noch keine Anzeichen für einen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt erkennen. mik



Über 190 Staaten beraten in Durban über ein Abkommen.

„Wir müssen das Tempo erhöhen“, mahnte Eva Bulling-Schröter in der Debatte. Für die FDP sprach sich Michael Kauch dafür aus, auch in Sachen Klimaschutz die deutsche Industrie weiter zu stärken: „Wir stehen für eine Balance bei der der industrielle Kern nicht beschädigt wird, und wir werden so weiter Vorreiter beim Klimaschutz bleiben.“ Die Grünen hatten für die Klimakonferenz einen Zehn-Punkte-Aktionsplan vorgelegt (17/7828), in dem sie die Regierung auffordern, eine „echte Vorreiterrolle“ einzunehmen. Da die UN-Verhandlungen seit Kopenhagen in der Erde stecken, forderte der Grünen-Abgeordnete Herrmann Ott hier einen Strategiewechsel. Da von den USA kein Kurswechsel zu erwarten sei, müsse man eine Klimapolitik mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten (KLUG) anstreben. Denn so Ott: „Das Paradeferd, es lahm, aber es kann wieder auf die Beine kommen.“ Annette Sach



Überall in Deutschland sind wieder jüdische Schulen, Synagogen oder Kultureinrichtungen entstanden. Doch in den vergangenen Jahren gab es statistisch gesehen noch immer eine Friedhoffschändung pro Woche (Foto unten rechts).

# Mitten unter uns

**ANTISEMITISMUS** Bericht im Auftrag des Bundestages belegt Vorurteile in Bevölkerung. Fehlende Gesamtstrategie bemängelt

Eigentlich fühle er sich in seiner Freiheit nicht eingeschränkt, sagt Aaron und zieht seine graue Basecap lässig ein Stück tiefer ins Gesicht. Und auch seine Mitschülerin Dalia findet: „Man muss Abstriche machen, aber man kann hier frei leben.“ Aaron und Dalia sind junge Juden in Deutschland: Sie sind in Berlin geboren, haben die jüdische Grundschule besucht und bereiten sich jetzt auf der Jüdischen Oberschule in Berlin-Mitte auf das Abitur vor. Die 17-jährige Dalia ist Schulsprecherin und engagiert sich in ihrer Freizeit bei der „Jungen Union“, Aaron ist 16 und hat lange Zeit im Verein Fußball gespielt.

Zwei Leben, die sich von dem Gleichaltriger kaum unterscheiden. Doch es sind die kleinen, eigentlich unspektakulären Geschichten, die zeigen, dass der Alltag von Juden in Deutschland noch immer von Stereotypen, Vorurteilen und versteckten, aber auch offenen Aggressionen begleitet wird. „Ich würde nicht mit einem Davidstern durch die Straßen gehen. Man muss ja nicht provozieren“, sagt Aaron, als wäre das eine Selbstverständlichkeit. Dalia erzählt, wie sie einmal mit Freunden, die Jungen mit Kippa auf dem Kopf, die Mädchen mit Israel-T-Shirts, in ein großes Kaufhaus am Berliner Ku-Damm gegangen sind. „Das war erschreckend, die haben uns angeschaut als wären wir Verbrecher.“ Und als sie dort auch noch nach koscheren Lebensmitteln fragten, sagte die Verkäuferin: „Wir sind doch nicht im Judenland“, berichtet sie.

»So eine Art von Bericht hat es in Deutschland noch nicht gegeben.«

Juliane Wetzel, TU Berlin

Deutschland zu erstellen“, Juliane Wetzel gehört zu den zehn Mitgliedern des unabhängigen Expertenkreises, die den Bericht erarbeitet haben. „So eine Art von Bericht hat es in Deutschland noch nicht gegeben“, sagt die Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Antisemitismus definieren Wetzel und ihre Kollegen als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die „Juden und als Juden wahrgenommene Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Einstellungen unterstellen“, heißt es in dem Bericht. Sie zeigen: Antisemitismus ist kein Phänomen von gestern, sondern er existiert bis heute in den verschiedensten Formen – auch jenseits offener rechtsextremer und den Judenhass propagierender Milieus. Dennoch ist das rechtsextremistische Lager, so der Bericht der Experten, „der bedeutendste politische Träger des Antisemitismus“. Das „jüdische Feindbild“ stellt ein wichtiges Bindeglied für die Ideologie des keineswegs homogenen Rechtsextremismus dar, das um andere rassistische Feindbilder wie „Ausländer“ oder „Muslime“ ergänzt wird.

Hier kommt es auch zu den meisten antisemitischen Straftaten: 2010 wurden als „politisch motivierte Kriminalität (PMK)“ 1.268 Straftaten gemeldet, davon entfielen, wie auch in den vergangenen Jahren, mehr als 90 Prozent auf Täter von rechts. Im Vergleich dazu, fallen Straftaten aus dem linken in Judenland“, berichtet sie.

ken Milieu kaum ins Gewicht: Würden 2010 von rechts 37 antisemitische Gewalttaten verübt, meldeten die Behörden im Bereich des Linksextremismus seit 2006 lediglich eine einzige Straftat. Antisemitismus, erläutern die Autoren, ist kein Bestandteil der Ideologie des Linksextremismus. Dennoch gibt es Anknüpfungspunkte: „Die Diskurse zum Nahostkonflikt überschreiten manchmal die Grenze zum Antisemitismus“, sagt Wetzel. Den Schwerpunkt des Antisemitismus in Deutschland sehen die Experten aber an ganz anderer Stelle: „Wir haben uns nicht auf die Extremisten kapriziert, sondern versucht, Alltagsantisemitismus aufzuzeigen. Also: was passiert in Parteien, Vereinen oder auch in den Kirchen“, sagt sie. Wetzel und ihre Kollegen gehen davon aus, dass es in der Bevölkerung „etwa 20 Prozent latenten Antisemitismus“ gibt. Ein Wert, der laut Umfragen in den letzten zehn bis 20 Jahren etwa konstant geblieben ist. Es gebe eine „tiefe Verankerung antisemitischer Stereotype und Wahrnehmungsmuster in der Alltagskultur“, heißt es in dem Bericht.

**Katalysator Nahostkonflikt** Neben den „klassischen“ antisemitischen Vorurteilen, wie etwa Juden besäßen zu viel Einfluss (Verschwörungstheorien) oder Juden zögen Vorteile aus dem Holocaust (sekundärer Antisemitismus), wird in den letzten Jahren Antisemitismus in Verbindung mit dem Nahostkonflikt immer ausgeprägter: Kritik an Israel, die den Staat Israel mit „den Juden“ gleichsetzt und israelische Politik mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik vergleicht. Eine Form des Antisemitismus, der sich nicht in dumpfen Parolen auf der Straße entlädt, sondern laut Studie auch in gebildeten Kreisen bei gepflegten Abendessen durchaus akzeptiert wird. Diese Beobachtung hat auch Timo Reinfrank von der Amadeu-Antonio-Stiftung gemacht: „Durch die Thematisierung des Nahostkonflikts werden Stereotypen wieder gesellschaftsfähig gemacht“, sagt der Projektkoordinator der Stiftung. Seit gut zehn Jahren unterstützt sie Projekte und Initiativen gegen rechtsextreme Gewalt – und stellt sich immer wieder der Frage, wie und mit welchen Mitteln Antisemitismus bekämpft werden kann. Bei den Präventionsmaßnahmen sehen die Verfasser des Berichts neben oft guten Ansätzen auch Defizite: „Auf vielen Gebieten fehlt uns die Grundlagenforschung. Zum Beispiel, wie verbreitet der Antisemitismus unter Muslimen oder anderen Migrationsgruppen ist und was in Vereinen oder Kirchen passiert“, sagt Wetzel. Auch den Umgang mit dem Thema Antisemitismus in Schulen sieht sie kritisch. Lange Zeit habe man dort auf eine „Betroffenheitspädagogik“ gesetzt und den Schülern

„eine Schuld auf die Schultern“ gelegt, mit der sie nicht umgehen konnten. Viele habe das überfordert. Und die Historikerin gibt zu bedenken: „Nur weil die Menschen etwas über den Holocaust wissen, sind sie nicht davor gefeit, antisemitische Stereotype zu transportieren.“

**Keine Tabuisierung** Der Bericht fordert daher mehr Programme, bei denen aktuelle Probleme behandelt werden. Projektkoordinator Reinfrank weiß, wie wichtig das ist: „Es geht nicht um eine Tabuisierung, sondern um eine inhaltliche Auseinandersetzung. Es geht darum, Haltung zu entwickeln“. Er verweist auf ein anderes Problem, das auch die Wissenschaftler anprangern:

„Es gibt immer wieder Frust, weil die Programme nach drei Jahren enden“, sagt Reinfrank. Dadurch gingen immer wieder Geld, aber auch Fachkompetenz verloren. Der Politikwissenschaftler, der früher auch einige Jahre im Jüdischen Museum in Berlin gearbeitet hat, freute sich daher, dass der erste Antisemitismusbericht, „sowohl auf der Höhe der wissenschaftlichen Forschung als auch der Probleme angekommen ist“. Und er teilt die Kritik der Experten, dass eine Gesamtstrategie zum Thema Antisemitismus in Deutschland bislang fehlt. Gerade auch angesichts der Diskussionen um die Mordserie der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle wundert er sich, dass der Bericht bislang noch auf keine große Resonanz gestoßen

ist: „Ich würde mir wünschen, dass der Bericht in den parlamentarischen Gremien behandelt wird“, sagt er. Auch Dalia und Aaron wünschen sich einen anderen Umgang mit dem Thema Antisemitismus hierzulande. „Man muss die Initiativen an die richtigen Orte bringen. In den Gymnasien ist das gut und tut auch nicht weh, aber man sollte auch mal an die Haupt- und Realschulen gehen“, findet er. Dalia macht sich, was das Thema angeht, keine Illusionen: „Es wird immer Antisemitismus geben, aber es kommt auf die Form des Antisemitismus an. Und es kommt darauf an, wie die Gesellschaft und die Politik damit umgehen – und wie sie dagegen hält.“

Annette Sach

## »Entscheidend aber ist Einmischen«

**NIEDERLANDE** Vizepräsidentin Petra Pau enthüllt Mahnmahl für Kindertransporte

Als sie vor mehr als 70 Jahren in Hoek van Holland ankamen, waren sie alleine, verängstigt, unsicher. Vorgangene Woche standen sie wieder dort, am Wasser, in der Novemberkälte. Um zu sehen, wie Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) ein Mahnmahl enthüllte, das an ihr Schicksal erinnert: an die Kindertransporte nach England, die zwischen November 1938 und September 1939 rund 10.000 jüdischen Kindern das Leben retteten. 1,6 Millionen wurden im Holocaust ermordet. Etwa 40 der damals in England aufgenommenen Kinder waren zur Enthüllung gekommen. Die Bronzeskulptur des 1929 in Danzig geborenen Künstlers Frank Meisler – der selbst mit einem der letzten Transporte nach Großbritannien kam – ist eines von vier Mahnmahlen, die den Kindertransporten gedenken. Das erste wurde 2006 am Bahnhof Liverpool Street in London – dem Ort, an dem die jüdischen Kinder aus Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei ankamen – errichtet. 2008 und 2009 folgten je eines vor dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin und vor dem Bahnhof Danzig, also an den Orten, von denen aus die Kinder ihre Heimat verließen. Das Mahnmahl in Hoek van Holland, heute ein Stadtteil von Rotterdam, bildet den Abschluss: Hier legten die Schiffe Richtung Großbritannien, Richtung Sicherheit ab. „Channel crossing to life“, heißt das Denkmal. Es zeigt sechs Kinder. Sie warten. Neben ihnen Gepäck, Koffer, ein Geigenkasten. Ein Junge sitzt abseits, den Arm auf seinen Koffer gestützt. Vor ihm erstreckt sich der Hafen von Rotterdam.

„Wir müssen uns klar machen, dass ein Mahnmahl nicht zum Selbstzweck errichtet

wird“, sagte Pau, die mit dem Bürgermeister von Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, und einer Tochter des Künstlers das Denkmal enthüllte. Ein Mahnmahl sei ein Ort der Erinnerung, der Trauer und des Engagements. „Erinnern heißt, für Gegenwart und Zukunft zu arbeiten und für Demokratie und Toleranz einzustehen“, betonte Pau.

**Diskriminierung heute** Noch heute gebe es „diesen plumpen, menschenfeindlichen Antisemitismus“, der sich aus Rassenideologie speise. „Aber es gibt eben auch den neuen Antisemitismus aus anderen Wurzeln, den islamistisch aufgeladenen zum Beispiel und – da müssen wir uns nichts vormachen – es gibt auch den einen oder anderen, der sich als Linker versteht und trotzdem antisemitische Klischees bedient“.



Rotterdams Bürgermeister Ahmed Aboutaleb und Petra Pau vor der Skulptur

sagte Pau. Die Politik müsse im Alltag einsetzen und sensibilisieren – in der Sprache der Schule, am Stammtisch oder eben auch in der Familie. Pau hofft, dass es im kommenden Frühjahr im Parlament eine „sehr würdige Debatte“ um den Antisemitismusbericht (siehe Artikel oben) und damit um die neuen Formen des Antisemitismus geben wird.

Die Enthüllung des Mahnmahls war der Abschluss einer zweitägigen Reise der Bundestagsvizepräsidentin in die Niederlande. Auf dem Programm standen unter anderem der Besuch der Portugiesischen Synagoge in Amsterdam und der Essalam Moschee in Rotterdam, außerdem das Jüdisch Historische Museum und das Anne-Frank-Haus – das Versteck jenes jüdischen Mädchens, das mit 15 Jahren im Konzentrationslager Bergen-Belsen ums Leben kam und dessen Tagebuch weltberühmt wurde.

Während Paus Reise kam die Sprache immer wieder auf neue Formen der Geschichtsvermittlung. Gerade das Anne-Frank-Haus bemüht sich, die Verbindung zum heutigen Antisemitismus, aber auch allgemein zu Ausgrenzung, Vorurteilen und Diskriminierung herzustellen. So können Besucher am Ende der Ausstellung abstimmen: ob Kreuze in Klassenzimmern erlaubt sein dürfen oder wie der Staat mit Einwanderern ohne Aufenthaltsgenehmigung umgehen soll. Die grausame Konsequenz von Diskriminierung ist in den leer stehenden, verdunkelten Zimmern des Verstecks greifbar.

Es war ein Besuch, der Pau tief bewegte. „Gedenken ist wichtig. Erinnern ist wichtiger. Entscheidend aber ist Einmischen“, schrieb sie in das Gästebuch. Tatjana Heid

**Verschiedene Formen** Diese Erlebnisse sind Beispiele für den sogenannten „Alltagsantisemitismus“ – eine von vielen Formen des Antisemitismus in Deutschland, die der aktuelle Antisemitismusbericht erstmals zusammenfasst. Drei Jahre lang haben zehn Wissenschaftler und Praktiker an dem über 200 Seiten langen Papier gearbeitet. Der Antisemitismusbericht (17/7700) der Bundesregierung, der dem Parlament Anfang November übermittle wurde, geht auf eine Initiative aller fünf Fraktionen zurück. In zwei gleichlautenden Anträgen hatten 2008 CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen (16/10775) und Die Linke (16/10776) gefordert – 70 Jahre nach der Reichsprogromnacht am 9. November 1938 –, den Kampf gegen Antisemitismus zu verstärken und jüdisches Leben in Deutschland zu fördern. Konkret wurde darin ein Expertengremium beauftragt, „in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Antisemitismus in



In Deutschland leben etwa 200.000 Juden.



Proteste gegen die Hinrichtung von Troy Davis in den USA im September 2011: Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist ein Ziel von Menschenrechtsaktivisten.

## Dialog mit Russland

**AUSWÄRTIGES** SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihrer Forderung nach einer Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gescheitert. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen (17/7824) wurde am vergangenen Donnerstag von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Die Abgeordneten hatten darin die Bundesregierung aufgefordert, die Entwicklung der Organisation als „Sicherheit- und Friedensgemeinschaft“ voranzutreiben. Zudem solle sich Deutschland mit eigenen Konzepten an einem „substanziellen Dialog mit Russland“ beteiligen. Die Diskussion über neue Sicherheitsstrukturen sei für die OSZE eine große Chance, ihre Rolle als wichtiges Forum gesamteuropäischer Sicherheit zurückzugewinnen, schreiben die Abgeordneten. Die geografische Ausdehnung der OSZE umfasse Europa, Nordamerika, Russland und Zentralasien und damit einen für Gesamteuropa sicherheitsrelevanten Raum. Die Entspannung zwischen den USA und Russland sowie die Wiederannäherung zwischen Russland und der Nato habe zudem einen „dynamischen Dialogprozess“ in der Organisation begünstigt. Die Unionsfraktion wies in der Aussprache darauf hin, dass eine Stärkung der OSZE nicht zur Schwächung des transatlantischen Nato-Bündnis führen dürfe. Aus der FDP-Fraktion hieß es, der Antrag fordere die Bundesregierung zu Handlungen auf, die bereits im Gange seien. **bob II**

## Europäische Perspektive

**MONTENEGRO** Der Bundestag unterstützt den Wunsch des Balkanlandes Montenegro nach einem Beitritt zur EU. Das Plenum stimmte vergangenen Donnerstag für einen Antrag der Koalitionsfraktionen (17/7768). Die Abgeordneten fordern darin, dass die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Bundestag im Europäischen Rat der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zustimmt. Die Abgeordneten unterstützen zudem das Vorhaben der EU-Kommission, die Verhandlungen mit den Kapiteln Justiz, Grundrechte und Innere Angelegenheiten zu beginnen. Union und FDP betonen, dass es keinen Automatismus – etwa durch Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen – geben dürfe. Trotz erkennbarer Reformanstrengungen müsse Montenegro in den Bereichen Pressefreiheit, Rechtsstaat, Parlamentarismus, Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität noch „erhebliche zusätzliche Anstrengungen unternehmen“, heißt es im Antrag weiter. Die Anträge von SPD (17/7809) und Grünen (17/7769) scheiterten an den Stimmen der Koalitionsmehrheit. Die Sozialdemokraten forderten, keine zusätzlichen Bedingungen neben den sogenannten Kopenhagener Kriterien aufzustellen. Diese müssen Beitrittskandidaten auf einer Vielzahl von gesellschaftlichen und staatlichen Feldern erfüllen, um Vollmitglied der EU zu werden. Die EU solle allerdings ein „detailliertes und effizientes Monitoring“ für die Bereiche Demokratie, Parlamentarismus, Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und Korruptionsbekämpfung entwickeln und anwenden, schreiben die Sozialdemokraten. Die Grünen sehen Herausforderungen bei der „Entpolitisierung von Justiz und Verwaltung“ sowie bei Meinungs- und Medienfreiheit, Umweltstandards und der Situation von Minderheiten wie den Roma. **ah II**

# Der Kampf, der alle fordert

**MENSCHENRECHTE** Bundestag beschäftigt sich mit der weltweiten Bedrohung elementarer Rechte

Die Erschütterung war ihm anzumerken: Die Stirn gerunzelt, die Stimme zitternd, sprach der CDU-Parlamentarier Michael Brand von seinem Besuch in Somalia, dem Ort einer Katastrophe von „wirklich biblischem Ausmaß“. Er sprach von Kindern, die vor Hunger schrien, und von Kindern, die vor Hunger nicht mehr schreien konnten. Es müsse mehr getan werden, als nur auf die Öffnung der Zubringer zu hoffen, forderte er. Die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika war nur eines der vielen Themen, die am vergangenen Freitag bei der Debatte zur Kenntnisnahme des Neunten Menschenrechtsberichts der Bundesregierung und des EU-Jahresberichts 2009 zur Menschenrechtslage (17/2840, 17/7941, 17/4522, siehe Stichwortkasten nebenan) zur Sprache kam. Tatsächlich ging es um eine große Bandbreite menschenrechtlicher Fragen: um die Abschaffung der Todesstrafe, um den Schutz religiöser Minderheiten, um Menschenrechte in Deutschland und Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Das Engagement der Bundesregierung sei vielfältig, betonte Marina Schuster, menschenrechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. So habe sich der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), dem Kampf gegen die Todesstrafe verschrieben. Nach wie vor gebe es Länder wie die USA, China, Iran und Weißrussland, in denen die Todesstrafe vollstreckt

werde. Deutschland dürfe nicht aufhören, für die Abschaffung der Todesstrafe zu kämpfen. „Der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen erfordert alle“, sagte sie. Angelika Graf (SPD) wies darauf hin, dass die staatlichen Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger weltweit zugenommen hätten. „Autokratische und diktatorische Staaten agieren so umfangreich wie grausam“, betonte sie. Als besonders dramatische Beispiele nannte sie Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan. Hier gebe es kaum Menschenrechtsaktivisten, weil die Staaten so grausam gegen sie vorgehen. Europa müsse deutlicher zeigen: „Wer sich für Menschenrechte engagiert, bekommt unsere europäische Rückendeckung.“ Neben einem größeren Schutz von Menschenrechtsverteidigern forderte Graf außerdem mehr Schutz von Opfern des Menschenhandels, eine Harmonisierung des EU-Asylrechts, die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

**Kritische Töne** Die menschenrechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Annette Groth, warf der Bundesregierung Scheinheiligkeit vor. Sie unterstütze einerseits die Protestbewegung in der arabischen Welt, gleichzeitig liefere sie Panzer nach Saudi-Arabien. Im Jahr 2010 seien mehr Waffen als je zuvor aus Deutschland exportiert worden, sagte Groth. „Das ist ein Skandal und deshalb fordern wir ein umfassendes Exportverbot von Waffen.“

In dem Menschenrechtsbericht vermisse sie zudem eine „selbstkritische Bestandsaufnahme“ deutscher Handelspolitik und ihrer „fatalen Auswirkungen“. Noch immer seien deutsche Unternehmen an Menschenrechtsverletzungen beteiligt, der Bericht blende dies jedoch aus. „Erst wenn uns das Schicksal der Kinder in Bahrain, in Ägypten, in Ostafrika so am Herzen liegt, als wären es unsere eigenen Kinder, machen wir eine richtige, echte, glaubwürdige Menschenrechtspolitik“, schloss sie. Der Neunte Menschenrechtsbericht habe viele gute Seiten, sagte Tom Koenigs, (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im Bundestag. Der Bericht zeige, dass überall dort auf der Welt, wo es starke staatliche, halbstaatliche und zivilgesellschaftliche Menschenrechtsinstitutionen gebe, die Menschenrechte vorankommen. Jedoch scheine es in Deutschland darum zu gehen, die Einrichtungen des Menschenrechtsschutzes eher schwach zu halten, kritisierte er. Als Beispiel nannte Koenigs die Mittelkürzungen für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. „Wenn wir vor unserer Haustür nicht mit gleichem Maß messen wie in der weiten Welt, dann wirft uns diese weite Welt ganz zu Recht Doppelmoral vor.“ Deutschland müsse dieselben Standards haben, sonst seien Ratschläge an andere lächerlich. „Auch Sie können irren“, sagte daraufhin Pascal Kober (FDP) in Richtung Tom Koenigs. Es sei bei Weitem nicht so, dass Deutschland Wasser predige und Wein trin-

ke. Im Gegenteil: Die Kinderrechte seien unter Schwarz-Gelb ausgebaut, die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften vorangetrieben und der Kampf gegen Menschenhandel zur Ausbeutung von Arbeitskraft verstärkt worden.

**Miteinander kämpfen** Trotz aller Meinungsverschiedenheiten betonte Brand, dass es Deutschland und das Parlament auszeichne, bei der Verteidigung von Menschenrechten stets nach Gemeinsamkeiten zu suchen. „Wir kämpfen nicht gegeneinander, sondern miteinander“, sagte er. Besondere Aufmerksamkeit muss seiner Meinung nach neben der Hungerkatastrophe am Horn von Afrika dem Kampf gegen die Todesstrafe, der Religionsfreiheit und der Rechte religiöser Minderheiten gewidmet werden. Das, so betonte Brand eindringlich, ist jedoch nur eine Auswahl. Es sei die Aufgabe Deutschlands, die Einhaltung von Menschenrechten im In- und Ausland zu garantieren, ergänzte sein Fraktionskollege Jürgen Klimke (CDU). Und das sei eine „Sisyphos-Arbeit“.

Tatjana Heid II

### STICHWORT

#### MENSCHENRECHTSBERICHTE

**> Der Neunte Menschenrechtsbericht** der Bundesregierung informiert über alle menschenrechtspolitischen Aktivitäten der Regierung im In- und Ausland sowie über die Entwicklungen im internationalen und europäischen Menschenrechtssystem vom 1. März 2008 bis zum 28. Februar 2009. Erstmals ist der Bericht in einen innen- und in einen außenpolitischen Teil aufgeteilt.

**> Der EU-Jahresbericht 2009** zur Menschenrechtslage erstreckt sich über den Zeitraum Juli 2008 bis Dezember 2009. Er gibt einen Überblick über Instrumente und Initiativen der EU in Drittländern, die Tätigkeit des Europäischen Parlaments im Bereich der Menschenrechte und über Themenschwerpunkte wie die Rechte der Kinder, Todesstrafe, Folter und Menschenrechte von Frauen.

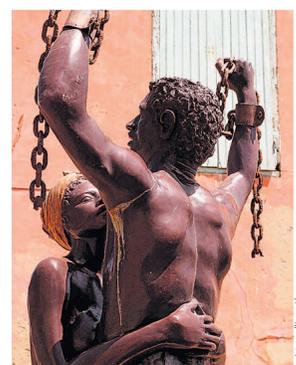


## Verschleppt und verkauft

**MENSCHENHANDEL** Experten geben Einblick in einen globalisierten kriminellen Markt

Es ist ein Markt, auf dem Angebot und Nachfrage die Preise diktiert – nur dass hier nicht Waren den Besitzer tauschen, sondern Menschen. Auf rund 22 Milliarden Euro schätzt die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) den weltweiten Profit der Menschenhändler, 2,5 Millionen Menschen seien betroffen. In Deutschland habe es im Jahr 2010 knapp 1.500 aktenkundige Fälle gegeben, wobei die Dunkelziffer vermutlich höher liege, sagte der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses Tom Koenigs (Bündnis 90/Die Grünen) vergangene Woche bei einer öffentlichen Anhörung, zu der fünf Experten geladen waren. Özlem Dündar-Özdoğan von der Zentralen Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel – KOBRA Phoenix e.V. stellte heraus, dass weiblichen Opfern zumeist sexuelle Ausbeutung widerfährt. Die Expertin forderte, dass die Opfer zumindest eine Zeit lang in Deutschland ohne eine offizielle Aufenthaltsgenehmigung bleiben dürfen. Tätern würden den Betroffenen in der Regel den Pass bei der Einreise abnehmen. Petra Follmar-Otto vom Deutschen Institut für Menschenrechte plädierte dafür, dass die Opfer das Recht erhalten, nach einem Prozess in Deutschland bleiben zu dürfen. Wenn es zu einem Prozess und gegebenenfalls einer Verurteilung der Täter

in Deutschland komme, würden oft Mittelsmänner in der Heimat die Opferfamilien oder aber die Opfer selbst nach ihrer Rückkehr bedrohen und angreifen. Follmar-Otto forderte eine „grundlegende Erweiterung des Aufenthaltsrechts“. Die Unicef-Expertin Jyothi Kanics hob die Lage von Kindern und Jugendlichen hervor, die oftmals als Drogenschmuggler einge-



Sklaverei ist kein Relikt aus früherer Zeit.

setzt würden. Vor allem minderjährige Opfer sollten vor der Strafverfolgung geschützt werden. Die frühere Sonderbeauftragte der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels, Helga Konrad, sagte: „Heute gehört der Menschenhandel zu den am stärksten globalisierten kriminellen Märkten unserer Zeit.“ Aufgrund der weltweiten Migration sei es für Polizei und Einwanderungsbehörden oft sehr schwierig festzustellen, wer Opfer von Menschenhandel sei. Der Politologe Robert Oberloher von der Hochschule der Polizei Hamburg sprach sich für eine einheitliche bundesweite Kooperation staatlicher und nichtstaatlicher Stellen aus. Naile Tanis, Geschäftsführerin des KOK (Bundesweiter Koordinationskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess) plädierte unter anderem für ein Zeugnisverweigerungsrecht für die Beraterinnen der 50 Fachberatungsstellen für Betroffene des Menschenhandels. Ein profundes Vertrauensverhältnis bei der Beratung sei elementar. „Es kommt jedoch immer wieder vor, dass Beraterinnen als Zeuginnen im Strafverfahren vorgeladen werden, um über das ihnen von den Klientinnen Anvertraute auszusagen“, sagte Tanis. Die Folge sei eine Belastung und Gefährdung des Vertrauensverhältnisses zwischen Beraterin und Klientin. **ahelver II**

## »Wir sitzen in einem Boot«

**ENTWICKLUNG** Bundeskanzlerin Angela Merkel hält an UN-Millenniumszielen fest

Es ist ein Zeichen, das bisher kein deutscher Regierungschef gesetzt hat: Erstmals besuchte Bundeskanzlerin Merkel (CDU) vergangene Woche den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Ausschussvorsitzende Dagmar Wöhrl (CSU) wertete dies nicht nur als Wertschätzung der Ausschussarbeit, sondern als Zeichen der Anerkennung der Entwicklungszusammenarbeit überhaupt. Die Kanzlerin machte deutlich, dass in einer zusammenwachsenden Welt angesichts von Klimawandel, wachsender Weltbevölkerung und knapper werdender Ressourcen die Probleme der anderen stets auch unsere Probleme seien. „Wir sitzen alle in einem Boot“, sagte Merkel.

**Finanzsteuer** Auf Nachfragen aus den Oppositionsfraktionen bekräftigte sie, an den UN-Millenniumsziele festzuhalten. Danach soll Deutschland bis 2015 unter anderem 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit aufwenden. Seit 2003 habe Deutschland diese Quote um mehr als ein Zehntelprozent auf knapp 0,4 Prozent im Jahre 2010 erhöht. „Wir stehen damit nicht ganz schlecht, aber auch nicht ganz gut da“, räumte Merkel ein. Ob zur Erreichung dieses Ziels die viel diskutierte und von ihr be-

fürwortet Finanztransaktionssteuer herangezogen werden soll, ließ die Kanzlerin offen. Die Steuer sei, obwohl noch nicht einmal eingeführt, so gut wie „schon fünfmal vergeben“. Merkel verwies darauf, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit durch das Engagement privater Stiftungen massiv verändert habe. Diese Entwicklung sei zu begrüßen,



Angela Merkel und Dagmar Wöhrl

allerdings müsse man aufpassen, dass sich die Privaten nicht mit dem rasch zu sichtbaren Ergebnissen führenden Projekten etwa im Bereich Gesundheit die „Rosinen“ herauspicken, während den nationalen Regierungen die „Mühen der Ebene“ etwa im Bereich der Schulbildung blieben. Wichtige Anliegen der Koalition seien zudem Effizienz und Wirksamkeit. Die Kontrollmöglichkeiten seien bei der multilateralen Zusammenarbeit schlechter als bei der bilateralen, sagte Merkel. Laut Koalitionsvertrag sollen zwei Drittel der Entwicklungsgelder für die direkte Zusammenarbeit mit Staaten aufgewendet werden, ein Drittel für multinationale Organisationen. „Unsere Entwicklungszusammenarbeit würde nicht besser, wenn wir dieses Verhältnis umkehren“, sagte die Kanzlerin. Als weitere Schwerpunkte nannte sie die Themen Bildung, Gute Regierungsführung, eine stärkere Arbeitsteilung Europas in der Entwicklungszusammenarbeit, sowie das Ziel, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. „Das Zwei-Grad-Ziel ist von Europa allein nicht zu erreichen“, betonte Merkel und verwies auf die Herausforderung, insbesondere die Schwellenländer auf dieses Ziel zu verpflichten. **Alexander Heinrich II**



## Arabische Gespräche

**BESUCHE** Der Deutsche Bundestag unterstützt den Demokratisierungsprozess in arabischen Ländern. Dazu gehören gegenseitige Besuche von Parlamentariern in den jeweiligen Ländern sowie Einladungen führender Repräsentanten dieser Staaten nach Berlin.

Bei seinen Treffen mit dem Kronprinzen des Königreichs Bahrain, Salman Bin Hamad Al-Khalifa, und dem König von Jordanien, Abdullah II. Ibn al-Hussein, signalisierte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), dass der Bundestag zur Vertiefung der parlamentarischen Zusammenarbeit bereit sei. Bei dem Gespräch mit dem Kronprinzen von Bahrain ließ sich Lammert ausführlich über die aktuelle Lage im Königreich unterrichten. Er lobte den Bericht der unabhängigen Bassiouni-Kommission, in dem die Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt bei den Demonstrationen im Frühjahr 2011 kritisiert wurde. Lammert gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Umsetzung der Empfehlungen dieses Berichtes nun „ein Beitrag für Frieden und Stabilität in Bahrain“ sein könnte. Diese Stabilisierung sei Voraussetzung für die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die er als gut, freundlich und entwicklungsfähig betrachte. Der Präsident mahnte auch die Garantie der Menschenrechte und Einführung eines fairen Wahlsystems an.

**Wahlgesezt** Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Lammert und dem jordanischen König stand die Wahlgeseztgebung und die politische Landschaft in Jordanien vor den für 2012 geplanten Parlaments- und Lokalwahlen. Bei seinem Besuch im Deutschen Bundestag traf der König auch Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses unter der Leitung des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Hans-Ulrich Klose (SPD). Der König sah in dem begonnenen arabischen Frühling „eine gewaltige Chance für jedermann“. Der Wandel werde aber noch die nächsten fünf bis sechs Jahre bestimmen. Der König umriss einige Reformvorhaben seines Landes, die die Einrichtung eines Verfassungsgerichts sowie die Formulierung eines Parteien- und Wahlgeseztes betreffen. Der König zeigte sich an einem engen parlamentarischen Austausch interessiert. Der Bundestagspräsident verwies auf die Bereitschaft deutscher Parlamentarier, die Demokratisierungsprozesse zu unterstützen, sowie auf die Arbeit deutscher parteinaher Stif-



König Abdullah II. trifft Norbert Lammert (r.)

gen im arabischen Raum, die die Zahl ihrer Mitarbeiter aufgestockt haben. Zudem machte er seine Gäste auf den arabischsprachigen Auftritt des Bundestages im Internet aufmerksam, der aktuelle Beiträge über die Arbeit des deutschen Parlaments und das politische System Deutschlands enthält. *sad*



Wer hat die besseren Konzepte, um die Euro-Krise zu lösen? SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier oder Bundeskanzlerin Angela Merkel?

# Neue Runde im Dauerstreit

**EURO-KRISE** Merkel gibt Regierungserklärung vor Treffen des Europäischen Rats ab. Opposition: Augenwischerei

Vor der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel am 9. Dezember hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) noch einmal ihr Ziel einer Änderung der europäischen Verträge bekräftigt. Mit diesem Voratz fahre sie nach Brüssel betonte sie in ihrer Regierungserklärung am 2. Dezember im Bundestag. Ziel müsse es sein, eine Fiskalunion zu schaffen, die wirksame Sanktionsmechanismen besitzt, um gegen Verstöße der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsländern vorzugehen. Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise sei jedoch ein Prozess, der Jahre dauern wird, sagte die Kanzlerin. Den einen Befreiungsschlag gebe es hier nicht, dennoch sei schon viel erreicht worden.

„Wir reden nicht nur über eine Fiskalunion, sondern wir fangen an, sie zu schaffen.“ Nun müsse es darum gehen, die „Konstruktionsfehler bei der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion“ zu beheben, nämlich Verletzungen der Euro-Stabilitätskriterien nicht weiter folgenlos geschehen zu lassen, wie bisher. „Dass wir uns entschieden haben, damit aufzuhören, ist die ermutigende Zwischenbilanz, die wir heute ziehen können“, betonte Merkel. Ein weniger ermutigendes Resümee zog Merkel in einem anderen Punkt: „Bei der gegenwärtigen Krise Europas handelt es sich nicht nur um eine Staatsschuldenkrise, sondern auch um eine Vertrauenskrise.“ In dieser hätten sich zwei Institutionen durch ihre hohe Glaubwürdigkeit ausgezeichnet: die Gerichte und die Notenbanken. Ihre Unab-

hängigkeit weiter zu schützen, bezeichnete sie als „höchstes Gut unserer Demokratie“. Demgegenüber müsse man allerdings „schonungslos“ feststellen, dass die Politik ihre Glaubwürdigkeit verspielt und Vertrauen eingebüßt habe, da sie dem Schuldenmachen jahrelang tatenlos zugehört habe. Erneut wandte sich Merkel gegen Eurobonds. Solange die nationale Souveränität der EU-Staaten über ihre Haushalte bestehen bleibe, solange sei eine gemeinsame Haftung für die Schulden anderer nicht machbar. Wer dennoch Eurobonds fordere, habe das Wesen der Krise nicht verstanden, so Merkel.

**Deutschland rettet sich selbst** Die Opposition sah das Unverständnis für die Krise naturgemäß nicht bei sich selbst. Vielmehr warf SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier der Koalition vor, durch ihre Wankelmütigkeit die Krise Europas zusätzlich zu verstärken. In Bezug auf die Äußerungen Merkels zu einer Fiskalunion bemerkte Steinmeier: „Sie gaukeln den Menschen tragfähige Konzepte vor, doch noch nie hat das gestimmt.“ Auch in zwei anderen Punkten sagte die Kanzlerin den Menschen nicht die Wahrheit, empörte sich Steinmeier. Zum einen müsse man klarmachen, dass Deutschland nicht die Griechen und Italiener rettet, sondern vor allem sich selbst, nämlich die deutsche Exportwirtschaft und damit deutsche Arbeitsplätze. Zum anderen die Kanzlerin bei ihrer Ablehnung von Eurobonds so, als wolle sie verhindern, dass die deutschen Steuerzahler für die Versäumnisse anderer haften müssen. Dies sei aber

schon jetzt der Fall, entgegnete er. „Eine Gemeinschaftshaftung findet durch die Anleihenkäufe der EZB bereits jetzt statt.“ Auch Jürgen Trittin, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, warf der Regierung Zögerlichkeit vor. „Ihr Marathonlauf hat noch gar nicht begonnen“, wandte

den, dass es nicht für andere haftet. Das ist schon jetzt längst der Fall.“ Ähnlich argumentierte auch Gregor Gysi, Fraktionschef der Linken. Er attestierte der Bundesregierung, die Ursachen der Krise falsch einzuschätzen. Denn die Diktatur der Finanzmärkte sei nicht abgebaut worden,

chenland als Bedingung für Hilfszahlungen einen drastischen Sozialabbau zumute, verschärfe man die Krise anstatt sie zu lösen. Nötig sei vielmehr, endlich die Finanzmärkte wirkungsvoll zu regulieren, sagte Gysi. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle stellte bei der Opposition eine „Lust am Untergang“ fest und warf der SPD vor, die Eurokrise für parteitaktische Ziele zu missbrauchen. Dies sei „fahrlässig“. Dagegen „kämpft diese Kanzlerin engagiert für Europas Zukunft und wir stehen hinter ihr“, rief Brüderle ins Plenum. Wie Merkel lehnte auch er Eurobonds ab. Es könne nicht sein, dass die haften, die alles richtig gemacht haben, sagte er mit Verweis auf die Haushaltsdisziplin Deutschlands.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder warf der SPD ebenfalls Heuchelei vor. Deren Vorwurf, Deutschland würde sich gegenüber seinen Nachbarn arrogant verhalten, konterte er mit einem Hinweis auf die Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Dieser habe 2003 die Achse Paris-Berlin-Moskau ausgerufen und der Einheit Europas damit einen großen Schlag versetzt, sagte Kauder. Außerdem falle die Aufweichung der Euro-Stabilitätsgrenzen in die Regierungszeit von Rot-Grün. Kauder verteidigte noch einmal die Strategie der Regierung: „Wir sind solidarisch. Aber Hilfe gibt es nur, wenn auch eine Gegenleistung erbracht wird. Das ist der richtige Weg“, sagte er. *Claudia Heine*



Die Proteste der Griechen gegen das Sparprogramm der Regierung halten an.

er sich an die Kanzlerin. Zu sagen, bevor etwas passiert, müssen wir erst die Verträge ändern, oder muss erst Italien sein Sparprogramm durchziehen, sei in der aktuellen Situation fahrlässig. Trittin warf der Bundesregierung ebenfalls Augenwischerei vor: „Hören Sie auf, das deutsche Volk zu belü-

gen, sie habe sich verschärft. Somit sei auch nicht die von Merkel erwähnte Staatsschuldenkrise die Ursache, sondern die Macht der Finanzmärkte. „Wenn man das nicht erkennt, kann man die Ursachen auch nicht bekämpfen. Ihr Weg ist gescheitert“, stellte Gysi fest. Indem man Ländern wie Grie-

Mehr zum Europäischen Rat unter: [www.european-council.europa.eu](http://www.european-council.europa.eu)

## Gekaperte Revolution

**ÄGYPTEN** Muslimbrüder liegen im ersten Wahlgang vorn

Wenn zehntausende Demonstranten einen Slogan rufen, entsteht leicht der Eindruck, sie vertreten die Mehrheit. Dass dies manchmal ein Trugschluss ist, mussten die jungen ägyptischen Aktivisten erfahren, die mit ihrem mutigen Protest im Februar den Rücktritt von Präsident Husni Mubarak erzwungen hatten.

Nach der ersten Runde der Parlamentswahl am Nil in der vergangenen Woche sind viele von ihnen entsetzt. Denn die Sieger dieses ersten von drei geplanten Umwahlen nach der Entmachtung des „Pharaos“ sind nicht die neu gegründeten Parteien der Revolution, sondern die Islamisten. Zur stärksten Kraft wurden die Muslimbrüder mit ihrer „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“, die aus Ägypten einen Staat mit islamischem Antlitz machen will – stärker religiös geprägt als die von moderaten Islamisten regierte säkularer Türkei, aber weniger puritanisch als Saudi-Arabien. Die Kandidaten der inzwischen verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP) von Mubarak, die diesmal als Unabhängige angetreten oder unter das Dach neuer Parteien geschlüpft waren, sind dagegen fast alle kläglich gescheitert. Wie stark die Rolle der Religion im neuen Ägypten sein wird, wird davon abhängen, welchen Koalitionspartner die Muslimbrüder wählen: Die salafitische „Partei des

Lichts“ (Hizb al-Nour), die für eine stärkere Trennung von Mann und Frau im öffentlichen Leben und für eine Islamisierung der Lerninhalte plädiert, oder die Ägyptische Allianz, der überwiegend liberale Parteien und auch einige christliche Politiker angehören.

**Hoffen auf Umschwung** Der christliche Unternehmer Naguib Sawiris, der nach der Entmachtung Mubaraks im vergangenen Februar die „Partei der Freien Ägypter“ gegründet hatte, warte seine Mitstreiter nun davor, den Kopf in den Sand zu stecken: „Lasst uns auf unserem Erfolg aufbauen. Ihr seid die Hoffnung Ägyptens. Es ist noch nicht vorbei.“ Die Facebook-Generation, die nun das Gefühl hat, die Islamisten hätten ihre Revolution gekapert, hofft auf einen Umschwung in den nächsten zwei Wahlen, in denen die Ägypter der restlichen 18 von insgesamt 27 Provinzen wählen sollen. „In Oberägypten werden die Muslimbrüder nicht so gut abschneiden“, erklärte ein junger Revolutionär. Eine ägyptische Journalistin schimpfte: „Die Partei der Muslimbrüder mit ihrer mangelnden Integrität und ihren schmutzigen Spielchen ist die neue NDP.“ *Anne-Beatrice Clasmann, Kairo*

Die Autorin ist dpa-Korrespondentin für die Arabische Welt

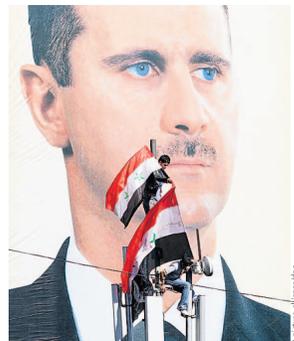
## Grenzen der Freundschaft

**SYRIEN** Die Arabische Liga kehrt Assads Regime den Rücken. Die Nachbarn fürchten um die Stabilität in der Region

Es wird allmählich einsam um Syriens Präsident Baschar al-Assad. Nachdem die EU und die USA ihre Sanktionen bereits mehrfach verschärft hatten, brachte die Arabische Liga Ende November beispiellose Strafmaßnahmen auf den Weg. Vergangenen Mittwoch schloss sich die Türkei den Sanktionen an. Zu den Beschlüssen der Arabischen Liga zählen das Einfrieren von Konten, Reiseverbote und der Abbruch aller Handelsbeziehungen mit der syrischen Regierung.

**Guerillakrieger** Zunehmend trägt der Aufstand Züge eines Bürgerkriegs. Seit dem Beginn der Proteste gegen das Assad-Regime vor neun Monaten sind nach Angaben der UN 4.000 Menschen ums Leben gekommen. Mittlerweile kämpft die Armee nicht mehr nur gegen friedliche Demonstranten, die politische Freiheit einfordern, sondern auch gegen bewaffnete Guerillakrieger und abtrünnige Soldaten. „Die Militarisierung der Protestbewegung hat die Liga in Panik versetzt“, sagt der syrische Menschenrechtler Wissam Tarif. „Hier geht es um regionale Stabilität, nicht um Menschenrechte.“ Das Verhältnis Syriens zu den Ländern am arabischen Golf ist schon seit längerem angespannt: Vielen der sunnitisch dominierten Staaten missfällt die Nähe Assads zum schiitischen Iran. Bislang aber erschien As-

sad den Machthabern der Region als das kleinere Übel. Der Präsident gilt als berechenbarer Gegner. Was auf einen Sturz seines Regimes folgen würde, ist völlig offen. In Syriens leben Angehörige einer Vielzahl von Konfessionen, die wiederum eng mit den Nachbarländern verwoben sind. Allzu leicht könnte die Gewalt überschwappen und weite Teile des Nahen Ostens in Brand setzen. Hinzu kommt, dass Syrien in der Re-



Assads Anhänger vor einem seiner Plakate

gion strategisch eine Schlüsselrolle spielt: Über seine Verbündeten, die Hisbollah im Libanon und die Hamas in Palästina, übt Assads Regime erheblichen Einfluss aus. Die Fäden der anti-israelischen Achse Damaskus-Hisbollah-Teheran laufen in Damaskus zusammen. Assad mag viele Freunde verloren haben: Die Türkei, einst ein enger Verbündeter Syriens, hat nun den Zahlungsverkehr mit Syriens Zentralbank eingestellt und alle Waffenlieferungen gestoppt. Das Assad-Regime habe „das Ende der Fahnenstange erreicht“, sagte Außenminister Ahmet Davutoglu. Der Iran sowie militante Islamisten in der arabischen Welt aber stehen weiter hinter Assad. Dem Regime bleiben noch einige Schlupflöcher: Im Libanon dominiert die Hisbollah die Regierung, der Irak importiert große Mengen Lebensmittel aus Syrien. Beide Staaten dürften sich nicht an die Beschlüsse der Liga halten. Ohnehin sind diese umstritten: „Die Sanktionen können den Niedergang der Wirtschaft beschleunigen“, sagt Peter Harling, Projektleiter der außenpolitischen Denkfabrik International Crisis Group. „Zunächst aber haben sie keine sichtbaren Auswirkungen auf politischer Ebene.“ Befürworter der Strafmaßnahmen hoffen, dass die wirtschaftliche Not Assads verblie-

benen Rückhalt untergräbt. Die Eliten unterstützen das Regime, von dessen Patronage-Netzwerken sie profitieren. Die religiösen Minderheiten aber halten vor allem aus Angst zu Assad. Christen und Alawiten fürchten, dass blutiges Chaos auf ein Ende des Regimes folgen wird. Daran dürften Wirtschaftssanktionen wenig ändern. Bislang leidet vor allem die Bevölkerung an den Beschränkungen: Die Preise steigen, das Geld wird knapp. „Das hier ist eine Revolution, kein Picknick“, sagt Omar al-Khaini, ein Aktivist der Proteste gegen Assad in Damaskus. „Die Sanktionen helfen uns, doch wir brauchen mehr Unterstützung, eine Flugverbotszone und internationalen Schutz.“ Die Arabische Liga hat getan, was sie kann. Nun ist es an den Vereinten Nationen, weitere Schritte zu tun.

Doch damit ist kaum zu rechnen: Bislang hat sich die UN nicht einmal auf eine Resolution einigen können, in der die Gewalt in Syrien verurteilt wird: Lange zögerten auch die westlichen Staaten aus Sorge um die Stabilität des Nahen Ostens. Das ändert sich zwar langsam. Doch nach wie vor blockieren Russland und China jeden Vorstoß im Weltfriedensrat. *Gabriela M. Keller*

Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus der Arabischen Welt.

**KURZ REZENSiert**



**Martin Emmer, Gerhard Vowe, Jens Wolling: Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland.** UVK Verlag, Konstanz 2011; 343 S., 39 €

Wer sich mit politischer Kommunikation im Internet wissenschaftlich beschäftigen will, dem steht mit „Bürger online“ jetzt eine Arbeit zur Verfügung, die auf der Grundlage aktueller Statistiken und Umfrageergebnisse umfassende Analysen präsentiert. Die Studie bietet detaillierte Antworten auf die Fragen, wie die Bürger in Deutschland in den Jahren 2001 bis 2009 das Internet für ihre individuelle politische Kommunikation und Information genutzt haben und wie sich dabei ihr politisches Verhalten insgesamt verändert hat. Die Ergebnisse der Untersuchung machen deutlich, dass die Online-Angebote der traditionellen Qualitätsmedien im Vergleich zu anderen Angeboten im World Wide Web zumeist stärker wahrgenommen werden. Dabei handelt es sich um kein deutsches Phänomen: Vor kurzem berichtete die „New York Times“, dass die Zahl der Abonnenten ihres kostenpflichtigen Online-Angebots enorm angestiegen sei.

Die Autoren stellen fest, dass die klassischen Zeitungen und Fernsehnachrichten nach wie vor zu den beliebtesten Informationsquellen gehören. Obwohl die Online-Aktivitäten insgesamt zugenommen haben, verzeichneten die übrigen Informationsquellen keinen Rückgang. Allerdings gehe die Nachfrage nach den klassischen Medien bei den jüngeren Internet-Nutzern zurück. „Insgesamt kann keine Abkehr von politischer Kommunikation beobachtet werden“, lautet das Fazit der Wissenschaftler.

Als Informationsquelle erfreut sich das Internet wachsender Bedeutung: Nutzten im Jahr 2002 weniger als 30 Prozent der Deutschen das Internet als Quelle für politische Informationen, waren es 2009 bereits fast 50 Prozent. Genutzt werden aber nicht nur die Online-Angebote der klassischen Medien, sondern auch der politischen Akteure, die nicht nur in Wahlkampfzeiten 30 Prozent der Deutschen erreichen. Zu den interessantesten Befunden der Studie gehört, dass sich zwar 75 Prozent der Befragten im Alltag über Politik unterhalten, aber nur 15 Prozent der Internet-Nutzer dies auch über das World Wide Web tun. manu ||



**Annabelle Sreberny, Choham Khiby: Blogistan. Politik und Internet im Iran.** Hamburger Edition, Hamburg 2011; 285 S., 22 €

„Wetten, dass ich eine Million Leute finde, die gegen Ahmadinedschad sind?“ Tatsächlich bringt es diese Facebook-Initiative nur auf 26.000 Fans. Demgegenüber verfügt Mir Hossein Mousawi, der innenpolitische Gegner des iranischen Präsidenten, immerhin über 43.000 Unterstützer. Doch von einer „Facebook-“ oder „Twitter“-Revolution kann kaum die Rede sein, wenn sich im Iran – immerhin das am stärksten vernetzte Land des Nahen und Mittleren Ostens – nur wenige Zehntausend Internet-Nutzer aktiv für ihre politischen Ziele einsetzen.

Die Überbewertung der Rolle der sozialen Netzwerke, über die 2009 die Massenproteste im Iran organisiert wurden, hat zwei zentrale Ursachen: zum einen die Bedeutung, die dem Internet für die politische Kommunikation in den westlichen Staaten zukommt; zum anderen der Umstand, dass den westlichen Journalisten oft nur die sozialen Netzwerke als Informationsquelle zur Verfügung stehen, weil eine freie Berichterstattung aus dem Iran nicht möglich ist.

Dass diese Quellen nur eingeschränkt aussagekräftig sind, belegen folgende Zahlen: Lediglich 100 Personen twitterten auf Englisch über die Unruhen im Iran nach der Präsidentschaftswahl 2009. Über die Wahl selbst wurden zwar mehr als zwei Millionen der sogenannten „Tweets“ veröffentlicht, allerdings twitterten 60 Prozent der Nutzer nur ein einziges Mal. Unklar ist zudem, „wie viele der Leser im Iran selbst leben“, betonen die in London lehrenden Wissenschaftlerinnen Annabelle Sreberny und Choham Khiby.

In ihrer herausragenden Studie „Blogistan“ halten die Autorinnen überraschende Informationen über die Bedeutung des Internets und der sozialen Netzwerke in der Auseinandersetzung zwischen „Konservativen“, „Reformern“ und Mullahs bereit. So würden sich die iranischen Blogger all zu sehr dafür interessieren, was gerade populär ist, und zu wenig für die politischen Inhalte selbst. Allerdings muss man die Einschätzung der beiden Wissenschaftlerinnen, dass das politische Regime im Iran nicht „totalitär“ sei, durchaus kritisch hinterfragen. manu ||

**D**er Karriereweg von Wissenschaftlern an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist mitunter steinig: So können sich Doktoranden oft schon glücklich schätzen, einen Arbeitsvertrag für eine Teilzeitstelle bis zu drei Jahren zu erhalten. Aber auch mit dem „Dr.“ vor dem Namen wird der Arbeitsmarkt nicht automatisch berechenbarer. Forscher und Lehrende, die keine feste Stelle als Professor erhalten, werden ebenfalls oft nur für einige Monate oder wenige Jahre angestellt.

Mit der schwierigen Karriereplanung von Forschern befasste sich am vergangenen Mittwoch der Forschungsausschuss des Bundestages. Die Parlamentarier hörten Experten über das Wissenschaftszeitvertragsgesetz an. Dieses bildet seit 2007 die rechtliche Grundlage für die befristeten Arbeitsverträge von studentischen Hilfskräften, Doktoranden und sogenannten „Post-Docs“, also promovierten Mitarbeitern. Insgesamt zwölf Jahre kann wissenschaftliches und künstlerisches Personal befristet angestellt werden: sechs Jahre bis zur Promotion, sechs weitere Jahre danach.

Georg Jongmanns von der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), die das Gesetz für das Bundesforschungsministerium ausgewertet hat, berichtete zwar von einer weitgehenden Zufriedenheit in den Einrichtungen. An einigen Stellen könne aber nachgebessert werden. So sei nicht eindeutig geregelt, ob für studentische Aushilfen der Bachelor- oder Masterabschluss für die Befristung ausschlaggebend sei.

Für Andreas Keller von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist der gegenwärtige Zustand hingegen nicht haltbar. Die Zahl der Professorenstellen sei von 1997 bis 2010 um gerade einmal fünf Prozent gestiegen, während die Zahl der Studierenden um 21 Prozent zugenommen habe, klagte er. Es gebe deutlich mehr wissenschaftliche Mitarbeiter als früher, allerdings würden nicht mehr unbefristete Stellen geschaffen. Im Jahr 2005 seien auf einen unbefristet Beschäftigten vier befristet Angestellte gekommen. Fünf Jahre später habe sich das Verhältnis auf eins zu acht verschlechtert. Keller forderte Tariffreiheit für wissenschaftliches Personal. Darüber hinaus sei ein Gesetz notwendig, in dem die Mindestlaufzeit von Verträgen festgelegt werde.

**Kritische Finanzlage** Ursula Nelles, Jura-Professorin und Rektorin der Universität Münster, sieht keinen grundsätzlichen Fehler in befristeten Verträgen. „Geben sie keine Befristung vor, erweisen sie den Betroffenen einen Bärendienst“, sagte sie. Ein gewisser Zeitdruck sei für eine Doktorarbeit förderlich – sonst werde sie nie abgeschlossen. Die Situation auf dem Stellenmarkt sieht allerdings auch sie kritisch. Schuld daran sei die Finanzlage der Hochschulen. Die Zahl der Absolventen, die promovieren wollten und dazu fähig seien, steige. Die Zahl der verfügbaren Stellen aber nicht. „Auf eine wissenschaftliche Stelle setzt man häufig vier Doktoranden“, schilderte Nelles die Situation. Die Hochschulen seien angehalten, mehr Drittmittel einzuwerben. Die institutionelle Förderung werde dagegen zurückgefahren. Drittmittel seien aber im Gegensatz zur institutionellen Förderung projektgebunden und zeitlich begrenzt. Ein weiterer Faktor sei die Unberechenbarkeit unbefristeter Stellen. Werbe ein Professor für einen seiner Mitarbeiter, zögerten viele Hochschulleitungen. Der Professor wechsle vielleicht nach vier Jahren die Universität. Sein wissenschaftliche Mitarbeiter aber bleibe eventuell 25 Jahre – und ein neuer Professor könne sich unter Umständen nicht mit ihm anfreunden, argumentierte Nelles.



Viele junge Wissenschaftler in Deutschland arbeiten nur auf der Grundlage befristeter Verträge. Dies führt zu beruflichen und privaten Unsicherheiten.

# Ungewisse Zukunft

**HOCHSCHULEN** Parlamentarier und Experten bewerten die Berufssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses unterschiedlich. Handlungsbedarf sehen sie alle

Der Abgeordnete Tankred Schipanski (CDU) zog nach dem Expertengespräch eine gemischte Bilanz. Seine Kollegen und er überlegten, wie etwa ein automatischer „Gleichlauf“ zwischen Projektbefristung und Befristung einer Stelle zu erreichen sei. „Wir regen eine Selbstverpflichtung vor allem im Hochschulbereich an“, sagte Schipanski. Bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen werde diese Möglichkeit erfolgreich genutzt. Besonders für „Post-Docs“ müsse ein neuer Weg neben den Professorenstellen geschaffen werden.

An diesem Punkt sieht auch sein Kollege Martin Neumann (FDP), selbst seit 1999 Professor, Handlungsbedarf. Grundsätzlich befürworte er aber befristete Stellen für For-

scher. „Ein gewisser Druck muss da sein“, argumentiert Neumann. Der Wissenschaftsbetrieb lebe davon, dass immer wieder neue Mitarbeiter mit neuen Ideen hinzukämen. Ein Problem sieht er in der unterschiedlichen Finanzierung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Letztere würden vom Bund gefördert und erhielten wachsende Budgets. Erstere fielen in die Zuständigkeit der Länder und hätten mit immer knapperen Kassen zu kämpfen.

**Kritik an Tarifsperre** „Ich habe den Eindruck, dass mindestens die Tarifsperre weggehört“, meinte Swen Schulz (SPD). „Dann müssen wir überlegen, ob nicht doch Geset-

zesänderungen notwendig sind.“ Seine Fraktion müsse die Informationen aber erst einmal in Ruhe auswerten. Er frage sich, ob die Begründung der Hochschulen, viele Verträge könnten aufgrund der Drittmittel nur befristet abgeschlossen werden, zumindest teilweise eine Ausrede sei. Denn die Auswertung der HIS habe schließlich ergeben, dass die Verträge manchmal über einen kürzeren Zeitraum abgeschlossen würden als die Projekte finanziert seien. „Bevor man aber zu Ergebnissen kommt, muss man die Grundsatzfrage stellen“, sagte Schulz: „Welche Unterschiede zur freien Wirtschaft sind tatsächlich gerechtfertigt?“ Für eine Aufhebung der Tarifsperre plädiert auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Außerdem müssten die Befristungen wegen der Drittmittelfinanzierung eingeschränkt werden.

„Wissenschaftlern, die alle sechs Monate um einen neuen Vertrag kämpfen, wird eine hochqualitative Forschung und eine gute Lehre unmöglich gemacht“, mahnte Petra Sitte (Die Linke). Für sie stellen die ständigen Befristungen schlicht eine „Ausbeutung junger, hochqualifizierter Menschen“ dar. Sitte plädierte für eine Aufhebung der Tarifsperre und eine Mindestlaufzeit für Verträge. Die schlechter werdende Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sei ein Grund für die Situation, fehlende Personalentwicklungskonzepte ein anderer. Sandra Ketterer ||

## Barrierefrei ins Kino

**KULTUR** Mehr Filme für Hör- und Sehbehinderte gefordert

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP wollen das Angebot an barrierefreien Filmen für Hör- und Sehbehinderte ausbauen und entsprechend fördern. In einem gemeinsamen Antrag (17/7709) fordern sie die Bundesregierung auf zu prüfen, ob Kinos für Investitionen in die barrierefreie Ausstattung ihrer Vorführsäle Ermäßigungen ihrer Abgabe an die Filmförderungsanstalt (FFA) erhalten können. Zu prüfen sei auch, ob geförderte Filmproduktionen ab einer bestimmten Förderhöhe zur barrierefreien Ausstattung des Films verpflichtet werden können. Falls notwendig, sei das Gesetz durch die nächste Novelle entsprechend zu ändern. Zudem sei das gemeinsame Förderprogramm von Filmwirtschaft, FFA, Bund und Ländern zur Digitalisierung der Kinos „energisch voranzutreiben“, um die technischen Voraussetzungen für die Aufführung von Audiodeskriptionen in den Kinos zu schaffen.

Nach Angaben der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (CDU) und Claudia Winterstein (FDP) leben in Deutschland circa 1,2 Millionen blinde und sehbehinderte Menschen sowie weitere Millionen gehörlose, schwerhörige und ertaubte Menschen. Knapp 300.000 von ihnen gelten wegen ihrer Hörbehinderung als schwerbehindert. Der Bundestag überwies den Antrag am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse. Prinzipiell unter-

stützen und befürworten auch die Oppositionsfraktionen das Anliegen. Kunst und Kultur müssten sich „ohne Abstriche auch für Menschen mit Behinderung erschließen lassen“, lautet das gemeinsame Credo. Dies ergebe sich nicht zuletzt aus Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention.

**Opposition will Zusammenarbeit** Der Opposition geht der Antrag jedoch nicht weit genug. „Die Analyse ist zwar richtig, aber die angemessenen Schlussfolgerungen werden nicht gezogen“, gab die SPD-Abgeordnete Angelika Krüger-Leißner zu Protokoll. Der Antrag beschränke sich auf das Filmförderungsgesetz, es müssten aber alle Förderungsinstrumente unter die Lupe genommen werden. Ebenso wie ihre Kollegin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) warb sie für ein gemeinsames Vorgehen der Fraktionen in den Ausschussberatungen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Für die Linke forderte Ilja Seifert, dass Barrierefreiheit zu einem „verbindlichen Kriterium“ gemacht werde: „Das heißt auch: keine Förderung einer Filmproduktion, welche nicht auch mit Audiodeskription, Untertitelung und Gebärdensprache produziert wird.“ Die Kosten für die Audiodeskription eines 90-minütigen Films für Blinde und Sehbehinderte werden auf 5.000 Euro und für die Untertitelung für Hörbehinderte auf 1.000 Euro beziffert. Alexander Weinlein ||

## Trauer um Christa Wolf

**LITERATUR** Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat das Leben und Werk der am vergangenen Donnerstag im Alter von 82 Jahren verstorbenen Schriftstellerin



Christa Wolf

Christa Wolf gewürdigt: „Mit Christa Wolf verliert Deutschland eine seiner bedeutendsten Schriftstellerinnen, eine intellektuelle Persönlichkeit und kritische Instanz in unserem Land.“ Lammert bezeichnete Wolf als „herausragende Chronistin der Nachkriegsjahrzehnte“. Die deutsche Teilung und die Wiedervereinigung habe „tiefe Spuren im Leben und im literarischen Werk“ der 1929 in Landsberg an der Warthe im heutigen Polen geborenen Schriftstellerin hinterlassen. „Vom Wunsch nach Utopie hat sie sich freilich nie verabschieden wollen. Die Widersprüchlichkeiten einer Schriftstellerexistenz in Zeiten der Diktatur legte sie schonungslos offen, und sie hat damit neben der persönlichen Selbstvergewisserung auch einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Aufarbeitung geleistet.“ aw ||

Anzeige

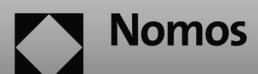
## Extremismus der Mitte



**Rechtsextremismus in Deutschland und Europa**

Rechts außen – Rechts ‚Mitte‘? Herausgegeben von Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha Unter Mitarbeit von Claudia Fritz 2011, 188 S., brosch., 26,-€, ISBN 978-3-8329-5817-6 (Kulturwissenschaft interdisziplinär, Bd. 7)

Weitere Informationen: [www.nomos-shop.de/12775](http://www.nomos-shop.de/12775)



**AUFGEKEHRT**

**Danke, liebes Krisenjahr!**

**A**lters Semester wissen es aus Erfahrung: Vor der Krise ist nach der Krise. Kuba-Krise, Russland-Krise, Suez-Krise, Tequila-Krise; nicht zu vergessen Aids, die neue Eiszeit und BSE – alles ist schon mal da gewesen. Während die Generation Golf wenigstens noch substanziellen Fragen nachgehen konnte (Barbour-Jacke oder nicht?), schüttelt eine gewisse Verwirrung derzeit die Bevölkerung durch: Ein Erdnuss-Schoko-Riegel für 80 Eurocent statt für 50 Pfennige, ist das diese Preisstabilität? Und wie genau sieht's aus, wenn die vorbei ist?

Natürlich verändert die Krise uns alle. Die schlechte Nachricht zuerst: Banken und Versicherungen sorgen nicht mehr für Wohlstand und Sicherheit für alle. Wirklich nicht. Jetzt die gute: Alle Banken und Versicherungen sind jetzt systemrelevant; ihren Job übernimmt auf ewig der Staat. Geld gibt's fortan für jeden, der bei den Kids zuhause bleibt oder ihrwetwegen lieber zur Arbeit geht; für Klimaschutz und für Kohlekraftwerke und natürlich für jeden, der zuviel oder zuwenig verdient. Und das beste: Heizöl ist endlich mal so teuer, dass Subventionsbetrügereipare vor den Villen der Republik stöhnen müssen ob des hämischen Grinsens des Heizöltankwagenfahrers. Soziale Gerechtigkeit: Die Krise macht sie möglich.

Wer aufgrund autoritativer Informationen optimistisch sein will, der braucht nur den Duden. Das Wort „Krise“, so lernen wir dort, kann übersetzt werden mit „Zeit, die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt“. Auf deutsch: Hast Du eine ordentliche Krise, ist das Schlimmste schon geschafft. Sollte sich zeigen, dass das nicht stimmt, ließe sich notfalls immer noch die Duden-Redaktion besetzen. Noch eine gute Nachricht zum Schluss: Erlöse aus der Rückgabe von Pfandflaschen bleiben bis auf Weiteres steuerfrei. Weihnachten vorerst ebenfalls. In diesem Sinne: Frohe Vorweihnachtszeit! *Markus L. Blömeke*

**VOR 60 JAHREN ...**

**Ja zum Südweststaat**

**9. Dezember 1951: Zusammenschluss**

„Wir lassen es uns nicht mehr länger gefallen, dass der Provinzialismus eines einzelnen Mannes Deutschlands Selbstorganisation verhindert“, schimpfte im Herbst 1951 Carlo Schmid, damals SPD-Landesvorsitzender in Württemberg-Hohenzollern. Dieser „einzelne Mann“ hieß Leo Wohleb, Staatspräsident des Landes Baden. Der Streitpunkt der beiden Politiker: die Gründung eines Südweststaates in der Bundesrepublik – Baden-Württemberg.



Wahlplakat für die Entstehung eines neuen Südweststaates

Nach dem Krieg gliederten die Besatzungsmächte das Gebiet des heutigen Bundeslandes neu. Aus Baden, Württemberg und dem preußischen Hohenzollern modellierten sie die Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern. Nicht viele waren damit zufrieden. Während sich Wohleb „sein“ altes Land Baden zurückwünschte, wollten andere den Zusammenschluss. Die Argumente: Vereinfachung der Verwaltung, Vorteile für die Wirtschaft, mehr Einfluss auf Bundesebene. Im April 1951 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das das Volk am 9. Dezember 1951 zur Abstimmung über den Plan aufrief. Abgestimmt würde in vier Wahlbezirken; der Zusammenschluss galt als angenommen, wenn drei der vier Bezirke zustimmten. 69,7 Prozent der Badener und Württemberger stimmten für den Südweststaat, nur in Südbaden hatte er keine Mehrheit. Ein weiterer Schönheitsfehler: Im gesamtbadischen Gebiet – Nord- und Südbaden – stimmten 52 Prozent mit Nein. Die Verfechter der Eigenständigkeit Badens waren hartnäckig: 1970 wurde erneut abgestimmt – 82 Prozent der Badener votierten für einen Verbleib in Baden-Württemberg. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: BEI DER AKTIVEN MINIPAUSE**



Fitness im Parlamentsbetrieb: Die „Aktive Minipause“ soll den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung Entspannung und neue Energie bringen.

**»Kraft tanken für den Rest des Tages«**

Es ist 11.30 Uhr am Donnerstagvormittag. Rhythmische Klänge elektronischer Popmusik dringen aus einem Besprechungsraum im Deutschen Bundestag. Zwischen Konferenzstühlen und Stühlen erschließt sich am Ende des verwinkelten Raumes eine kleine Freifläche. Jeden Donnerstag mutiert sie zum Fitnesscenter, denn hier bietet der Bundestag seinen Mitarbeitern die so genannte „Aktive Minipause“ an: Im Zeitraum von zwei Stunden ab 11.30 Uhr startet in Intervallen von 20 Minuten die viertelstündige Sparteinheit.

In der ersten Gruppe sind an diesem Donnerstag sechs Teilnehmer. Genau gesagt, ein Mann und fünf Frauen. Die Altersstruktur reiche von jung bis alt, erklärt Thomas Wrana, Mitarbeiter des zuständigen Referats im Bundestag, das die Minipause organisiert. Insgesamt seien etwa 35 bis 75 Mitarbeiter wöchentlich dabei, „in Sitzungswochen sind es immer weniger“, erklärt er.

Unter Anleitung eines hauptberuflichen Fitnesstrainers soll die angespannte Muskulatur der Angestellten im Rücken- und Schulterbereich entkrampft und gedehnt werden. Die Bewegung aktiviert darüber hinaus das Herzkreislaufsystem und soll eine kurze Abwechslung sein, die neue Kraft und Energie für den Rest des Arbeitstages bringt.

„Die aktive Minipause reiht sich ein in die betriebliche Gesundheitsförderung, denn dem Bundestag als Arbeitgeber ist die Gesundheit seiner Beschäftigten sehr wichtig“, betont Wrana. „Kraft tanken für den Rest des Tages – Aktive Minipause“ lautet das Motto der sportiven Einheit. Diese ist allerdings keinesfalls eine Erfindung des Bundestags, sondern bereits seit Jahren Mittel der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Trainer Magnus, der – wie sollte es auch anders sein – schlank, trainierte, große Mann mit den kurzen und leicht ergrauten Haaren, beherrscht sein Handwerk und ist vollkommen in seinem Element. Dynamisch macht er alle Übungen vor und mit, gibt Anweisungen, scherzt, motiviert und erklärt, wofür diese und jene Verrenkung nun genau gut sein soll. Diese Trainingsmethode nennt sich de-

duktiv: vormachen – nachmachen – mitmachen. „Das ist ein gutes Angebot, es macht Spaß und man sollte es nutzen“, sagt Karin Senger, Mitarbeiterin im Petitionsausschuss, begeistert.

Ob der Kürze der Zeit sind die Übungen so konzipiert, dass sie sich in normaler Alltagskleidung durchführen lassen. Mit einem elastischen Schwingstab, fast zwei Meter lang, mit kleinen Gewichten an den Enden, wird die Schulter-Rücken-Muskulatur trainiert und entspannt. Der Trainer gibt strikte Anweisungen: „Den Stab jetzt längs hinter den Rücken“, „tiefer“, „ein bisschen höher und ihr seht aus wie Weihnachtsengel“, unterhält er die Gruppe. Gegen Ende der Einheit sammeln sich schon die Teilnehmer für die nächste Runde, immerhin mindestens zehn. Ausschließlich Frauen.

Die Minipause für Gruppe Eins neigt sich mit einer Ballade dem Ende zu. In ihrem Takt werden die Hände geknetet und verrenkt; jeder, der am Computer arbeitet, ahnt, wie wohltuend das sein muss. *Verena Renneberg*

**IN EIGENER SACHE**

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

„Das Parlament“ erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Zufrieden blicken Redaktion und Vertrieb auf stetig steigende Auflagenzahlen. In Zeiten weithin abnehmender Akzeptanz von Zeitungen ist das keineswegs selbstverständlich und deshalb besonders bemerkenswert. Also: Vielen Dank an alle Leserinnen und Leser für das Vertrauen!

Und doch ist uns Ihre Zuneigung vor allem eines: Ansporn, die Arbeit des Deutschen Bundestages und das internationale parlamentarische Geschehen in allen Facetten weiterhin so transparent darzustellen, dass Sie politische Vorgänge besser verstehen und einordnen können. Zudem wollen wir Ihnen die nicht immer leicht zu erklärenden Inhalte so anschaulich präsentieren, dass Ihnen die Lektüre Spaß macht. Auch des-

halb gibt es „Das Parlament“ jetzt zusätzlich als E-Paper. Fortan können Sie die Zeitung also auch am Bildschirm lesen. Und so wird's gemacht: Einfach das Feld „Das Parlament“ auf der Internet-Startseite [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) anklicken – schon kann es los gehen. Für den bequemen Lesegenuss lassen sich die einzelnen Artikel leicht vergrößern. Zudem finden Sie auf jeder Zeitungsseite Links zu weiterführenden Infor-

mationen über das jeweils behandelte Thema. Zum Schluss noch eine Bitte: Uns interessiert Ihre Meinung. Schreiben Sie uns! Die Redaktion freut sich auf Ihre Anmerkungen – egal, ob Sie „Das Parlament“ klassisch oder elektronisch gelesen haben.

**Ihr Jörg Biallas Chefredakteur**

**SEITENBLICKE**



**PERSONALIA**

**> Klaus Rose Bundestagsabgeordneter 1977-2005, CSU**

Am 7. Dezember wird Klaus Rose 70 Jahre alt. Der promovierte Philologe und Gymnasiallehrer schloss sich 1961 der CSU an. Von 1972 bis 1990 gehörte er dem Stadtrat seiner Heimatstadt Vilshofen und von 1972 bis 2008 außerdem dem Kreistag in Passau an. Von 1974 bis 1977 saß er im Bayerischen Landtag. Rose, stets Direktkandidat des Wahlkreises Passau, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Haushaltsausschuss sowie im Verteidigungsausschuss, an dessen Spitze er von 1994 bis 1997 stand. Danach, bis 1998, war Rose Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung.

**> Erhard Eppler Bundestagsabgeordneter 1961-1976, SPD**

Erhard Eppler vollendet am 9. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der aus Ulm gebürtige promovierte Philologe und Gymnasiallehrer war 1952 Mitbegründer der Gesamtdeutschen Volkspartei. 1956 wurde er SPD-Mitglied und war von 1973 bis 1981 Landesvorsitzender in Baden-Württemberg. Von 1970 bis 1990 gehörte er dem Parteivorstand und von 1973 bis 1982 sowie von 1984 bis 1989 dem SPD-Präsidium an. Als Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission von 1977 bis 1991 beeinflusste er wesentlich den Kurs seiner Partei und war zudem maßgeblich an der Formulierung des „Berliner Programms“ beteiligt. Von 1968 bis 1974 amtierte er als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

**> Peter M. Schmidhuber Bundestagsabgeordneter 1965-1969, 1972-1978, CSU**

Am 15. Dezember wird Peter M. Schmidhuber 80 Jahre alt. Der aus München gebürtige Diplomvolkswirt, promovierte Jurist und Rechtsanwalt trat 1952 in die CSU ein, war Kreisvorsitzender in München-West und engagierte sich in Mittelstandsgremien seiner Partei. Schmidhuber, von 1978 bis 1987 bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und in dieser Zeit auch Mitglied des Bayerischen Landtags, gehörte von 1987 bis 1995 der Kommission der Europäischen Gemeinschaft an. Danach war er bis Ende 1999 Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank. Im Bundestag arbeitete Schmidhuber zuletzt im Wirtschaftsausschuss.

**> Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck Bundestagsabgeordneter 1983-1990, CDU**

Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck wird am 17. Dezember 80 Jahre alt. Der aus Riesenbeck bei Ibbenbüren stammende Land- und Forstwirt trat 1957 der CDU bei und engagierte sich 25 Jahre kommunalpolitisch in seiner Heimatgemeinde. Von 1968 bis 1997 war er Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes und stand von 1969 bis 1997 an der Spitze des Deutschen Bauernverbandes. Heereman, Direktkandidat des Wahlkreises Steinfurt II, arbeitete in beiden Legislaturperioden im Auswärtigen Ausschuss mit.

**> Klaus Kinkel Bundestagsabgeordneter 1994-2002, FDP**

Klaus Kinkel vollendet am 17. Dezember sein 75. Lebensjahr. Der aus dem württembergischen Metzingen gebürtige promovierte Jurist wurde 1970 persönlicher Referent von Innenminister Hans-Dietrich Genscher und wechselte mit ihm als Leiter des Ministerbüros 1974 ins Auswärtige Amt. 1979 wurde Kinkel als erster Zivilist Chef des Bundesnachrichtendienstes und 1982 Staatssekretär im Bundesjustizministerium. 1991 trat er an dessen Spitze und wurde im Jahr darauf Nachfolger Genschers als Bundesaußenminister. Das Amt behielt er bis zum Ende der Ära Kohl 1998. Von Juni 1993 bis Juni 1995 war Kinkel FDP-Bundesvorsitzender. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 19. Dezember.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 12.-16.12.2011  
Isaf-Mandat, Rente mit 67 (Do), Zwischenbericht Internetenquete (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream